

forum erwachsenenbildung

Die evangelische Zeitschrift für Bildung im Lebenslauf

2/17



POLITIK

konkret, direkt und couragiert



»» Bringen Sie uns auf Ideen!

Wir laden Sie ein, ein aktiver Teil unseres „forums“ zu sein: Bringen Sie Ihre Ideen, Tipps und Artikelvorschläge ein oder senden Sie uns einen Kommentar zu einzelnen Artikeln.

Kontakt:

Frau Jönke Hacker, hacker@comenius.de

»» Arbeitsfelder der DEAE

Die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e.V. (DEAE) ist der bildungspolitische Dach- und Fachverband der Evangelischen Erwachsenenbildung in Deutschland. Die DEAE agiert forschend, verbindend und praxisbegleitend und ist dem Öffentlichkeitsauftrag des Evangeliums und der Bildungsverantwortung der Kirche verpflichtet. Die Kompetenzen und Interessen der Evangelischen Erwachsenen- und Weiterbildung werden von der DEAE auf Bundesebene gebündelt, entwickelt und fachlich sowie politisch vertreten.

Thematisch sind für die DEAE vor allem vier Bereiche zentral:

» FAMILIE UND GENERATION

Im Kontext lebensbegleitender Bildung unterstützt die DEAE die Fundierung und Entwicklung von Angeboten für alle familiären Lebensphasen und -formen. Die Wahrnehmung der gesamten Familie – nicht nur der Kinder – in ihrer jeweiligen Lebenslage und mit ihren spezifischen Ressourcen sowie die besondere Berücksichtigung selbstorganisierter, ehrenamtlicher Strukturen zeichnet die familienunterstützende Arbeit der DEAE aus. In diesem Sinne fördert die DEAE auch die wachsende Agilität und Interessenvielfalt im Alter. Sie steht für mehr Dialog zwischen den Generationen, für bessere Vernetzungen in den Kommunen, Gemeinden und Quartieren und für die Entwicklung von diesbezüglichen Qualifizierungsprogrammen.

» PROFESSIONELLE PRAKTIKEN

Fragen zur Professionalität und Leitungsbeschreibung, zum Qualitätsmanagement und Generationenwechsel in Einrichtungen werden von der DEAE sowohl wissenschaftlich als auch kollegial bearbeitet. Die DEAE bietet vielfältige Gelegenheiten für professionsbezogene Debatten, Reflexionen und Initiativen. Mit ihren Beratungs-, Qualifizierungs-, Vernetzungs- und Publikationsmöglichkeiten stärkt sie die Berufsidentität, Expertise und Innovationsfähigkeit von Mitarbeitenden in der Evangelischen Erwachsenenbildung.

» KULTUR UND ZIVILGESELLSCHAFT

In kultureller und politischer Hinsicht agiert die DEAE, indem sie hier bestehende Bildungspraxis anhand wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Diskurse weiterentwickelt, Vorreiterprojekte initiiert und aktuelle Debatten vom Standpunkt konkreter Bildungspraxis beleuchtet. Das Spektrum reicht dabei von Problemen der Diskriminierung und gesellschaftlichen Teilhabe über die Entwicklung kreativer, musischer Fähigkeiten und medienpädagogischer Formate bis hin zu Fragen christlicher Kulturprägung und Globalen Lernens. Insbesondere aber setzt die DEAE Akzente durch interkulturelle Ansätze, zivilgesellschaftliche Energieprojekte, quartiersbezogene Konzeptentwicklungen und eine kontroverse Erinnerungskultur.

» THEOLOGIE UND RELIGION

Die DEAE denkt und handelt in evangelischer Verantwortung. In ihren Projekten, Veranstaltungen und Veröffentlichungen verbindet sie andragogisches Bildungshandeln mit religiösen Fragestellungen, theologischen Traditionen und interreligiöser Verständigung. Die DEAE weiß um Trends und Herausforderungen der religionspädagogischen Praxis, sie kennt die Debatten der Theologie, Religions- und Kulturwissenschaft und setzt entsprechende Akzente in der Erwachsenenbildungslandschaft. Ebenso bereichert die DEAE die religionspädagogischen und theologischen Diskurse und Praktiken, indem sie dort klassische und aktuelle Gesichtspunkte der Erwachsenenbildung einbringt.

»» Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Lamento über den Bereich der politischen Bildung wachsen gegenwärtig vor allem die ihn betreffenden Ansprüche: politische Bildung im Lebenslauf soll nicht nur das Interesse der politikverdrossenen Zeitgenossen wecken sowie das Engagement von politikinteressierten Bürger/innen entwickeln; sie soll zudem vehement den Diskriminierungstendenzen aller Couleur entgegen treten beziehungsweise verstärkt ein Europa der Meinungs- und Religionsfreiheit unterstützen; sie hat die Kluft zwischen ärmeren und reichen Bevölkerungsgruppen zu überbrücken sowie den populistischen Parolen, Fake News und medial geschürten Ängsten möglichst nüchtern und differenziert die Stirn zu bieten; die Komplexität politischer Beweggründe und Bürokratien soll sie anschaulich und übersichtlich in Szene setzen; zugleich soll sie zunehmend emotionale, offene, erfahrungsbezogene und aktivierende Angebote konzipieren – und dies am besten gemeinsam mit den Adressat/inn/en, um nicht Gefahr zu laufen, mit einer Dienstleistung verwechselt zu werden.

So weit, so gut, im Allgemeinen. Doch von einem anspruchsvollen Aufgabentableau ist es noch ein gutes Stück Weg zu hilfreichen Fortbildungssettings für die haupt-, neben- und ehrenamtlich tätigen Mitarbeitenden oder gar zu deren Programmplanungsaktivitäten und didaktischer Praxis. Zwar muss man nicht auf empirische Forschungen warten, die ‚detektivisch nach abstinenter Zielgruppen und mikrodidaktischen Innovationen‘ (S. 34–36) fahnden, was es vor Ort aber unbedingt braucht, ist, dass Anbieter, Mitarbeitende und Adressaten sich jeweils darüber verständigen und streiten, in welche Diskussionen und Prozesse man sich tatsächlich einmischen sollte, welche Vorgehensweisen sich dafür anbieten und worin dabei Konsens und Disconsens bestehen. Mit einem solchen Prozess des Zueigen- und Streitbarmachens, mit dem Ringen der Anbieter um ihre politischen Ausrichtungen, unterlaufen sie das große Ganze, die Repräsentanz, über die schon genug schwadroniert wird. Und die Einrichtungen verschaffen sich dadurch auch Distanz zum politischen Apparat, der mittels finanzieller Förderungen versucht, ihnen bestimmte Aufgabenschwerpunkte und Perspektiven zu diktieren. Weil die ‚Infragestellung, der Konflikt das demokratische Ereignis ist‘ (S. 26f.), bleiben auch repräsentative Demokratien nur so lang lebendig, wie sie aus persönlicher Erfahrung, streitbarer Lebenswelt, zivilgesellschaftlichem Engagement und eben auch aus kirchlichem Bildungshandeln erwachsen.

Erst in einem zweiten Schritt, dann, wenn es um die Realisierung von streitbar gemachten Ambitionen geht, kommt unsere aktuelle Ausgabe zum Zuge: Sie zeigt a) wie politische Bildung im Lebenslauf mehr sein kann als herausgehobene Wissensreflexion oder ‚Plattform‘ (S. 21), wie sie *direkt* und emotional sein kann – sei es durch einen ‚marginalized man, der das mit der Integration in Deutschland bereits hinter sich hat‘ (S. 16), durch ‚Debatten-events‘ (S. 9f.), ‚Legislatives Theater‘ (S. 27f.) oder durch ‚prophetische Unruhestiftung‘ (S. 21). Wir geben b) *konkrete* bildungspraktische Anregungen, die anschaulich machen, wie innovativ und öffentlichkeitswirksam politische Bildung im Lebenslauf sein kann – wie sie sich zum Beispiel in die ‚Walpurgisnacht‘ (S. 29–33) oder das ‚Maibaumaufstellen‘ (S. 6f.) einmischt, wie inklusive Seminare und Exkursionen‘ (S. 13f.) funktionieren können oder wie brisant in diesem Wahljahr ‚social bots und Fake News‘ (S. 47–49) sind. Und schließlich zeigt unsere Ausgabe, c) wie *couragiert* und dialogorientiert sich unsere ‚Planungsroutinen‘ (S. 36), ‚kirchliche Betriebsblindheit‘ (S. 45f.) und ‚Konsens-Bildungskultur‘ (S. 21f.) unterbrechen lassen, denn bereits die Programmplanungen und Vorverständigungen sind politische Prozesse, die gewagt sein wollen, mit denen aber noch allzu oft ‚biographische Brüche‘ (S. 41), ‚Ausgrenzungserfahrungen‘ (S. 25) und ‚widerständige Reaktionen‘ (S. 34–37) in ihrer politischen Ausdrücklichkeit überspielt werden.

Eine mehr ansprechende als anspruchsvolle Lektüre wünscht Ihnen

Steffen Kleint

Steffen Kleint



Dr. Steffen Kleint

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Comenius-Institut

Redaktionsleitung forum erwachsenenbildung

kleint@comenius.de

» **schwerpunkt – Politik: konkret, direkt und couragiert**

Martina Wasserloos-Strunk

Politische Bildung in Zeiten der Befremdung 16

Migration ist nicht neu und die Herausforderungen, die daraus für die Aufnahmegesellschaften entstehen, sind es auch nicht. Die Flüchtlingsströme, die in Zeiten der Globalisierung unterwegs sind, erfordern aber noch einmal einen genauen Blick darauf, wie Integration – besser noch Inklusion – gelingen kann. Wer zu uns kommt, ist Experte und Expertin für Vieles. Für Veränderung. Für Risikobereitschaft. Für Trennung. Für Entschlossenheit. Wie reagieren wir mit unseren Bildungskonzepten darauf?

Thomas Schlag

Realität, Herausforderungen und
Potentiale einer Politischen Evangelischen Erwachsenenbildung..... 20

Wie steht es um die politische Kultur und Landschaft, in der sich die Evangelische Erwachsenenbildung attraktiv positionieren will? Die politische Landschaft ist komplex und die politische Kultur in Bedrängnis. Gefragt sind daher neue lebensdienlich-prophetische Strategien und realistische Zielsetzungen, die zu konkreten programmplanerischen Konsequenzen führen.

Michael Wrentschur

Politische Partizipation spielerisch entwickeln 25

Im Zentrum des Beitrages stehen Möglichkeiten, Theaterspiel(en) als ästhetisch-kulturelle Praxis mit politischer Bildung und Beteiligung zu verbinden. Dazu werden Theaterformen und Formate – wie das Forumtheater – vorgestellt, die über das aktive Theaterspielen selbst beziehungsweise über interaktive Aufführungen Räume für politische Bildung und Beteiligung eröffnen.

Birgit Erbe, Karin Jurczyk

Politische Initiativen zur unsichtbaren Sorgearbeit..... 29

Seit Anfang der 2010er Jahre haben sich im deutschsprachigen Raum zahlreiche Initiativen gegründet, die mit unterschiedlichsten Aktionsformen auf die gesellschaftliche Krise von Sorgearbeit aufmerksam machen. Der Artikel skizziert den gemeinsamen Rahmen sowie die verbindende Problemstellung dieser Initiativen und ruft Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbände zu einer koordinierten und tatkräftigeren Zusammenarbeit auf.

Malte Ebner von Eschenbach, Ortfried Schöffter

Relationale Zielgruppenbestimmung
Ein reflexives Forum für politische Artikulation 34

Im Fall eines Nicht-Ereichens gewünschter Zielgruppen könnten relationstheoretische Überlegungen als eine Möglichkeit dienen, eine Perspektive auf Zielgruppenarbeit zu eröffnen, die sich von vorab festgesetzten Zielgruppen radikal absetzt. Am Beispiel einer relationalen Zielgruppenbestimmung sollen erste Grundzüge einer solchen „generativen Zielgruppenentwicklung“ skizziert werden.

» **nicht vergessen!**

Andreas Seiverth, Dietmar von Blittersdorff

25 Jahre „DEAE-Fachgruppe politische Bildung“ 38

konkret, direkt und couragiert

» **aus der praxis**

Martin Becher
„Gemeinsam gut aufgestellt“ – Maibäume für Toleranz 6

Julius Kessler
Debattenevents in Rheinland-Pfalz und Hessen..... 8

Sigrid Lieberum, Stefanie Laurion
„Lust zum Leiten – Kompetenzen stärken“
Langzeitfortbildung für Frauen im kirchlichen Kontext 10

Jürgen Lutz
Inklusion – nicht nur ein Thema, sondern auch
eine Methode der politischen Bildung 13

Wolfgang Wesenberg
Europäische Fortbildung zum Bibliodrama startet..... 15

» **einblicke**

Reinhard Kafka
Kirchliche Erwachsenenbildung in Konfrontation
mit ‚Wutbürgern‘ und ‚Gutmenschen‘ 39

Petra Herre
Das Politische in der Erwachsenenbildung bedenken.
Zum Vermächtnis von Peter Faulstich..... 42

Michael Görtler
Dem Rechtspopulismus begegnen.
Drei bildungspraktische Thesen..... 43

Martin Becher
„Die Menschenfreundlichkeit Gottes leben – aber wie?“ – Ein Tagungsbericht 45

Katharina Zittel
Keine Macht den Enten! Können Fake News die Wahl entscheiden?..... 47

» **service**

Filmtipps 50

Publikationen 51

Veranstaltungstipps 55

Impressum 58

» „Gemeinsam gut aufgestellt“ – Maibäume für Toleranz



Martin Becher

Leiter der Projektstelle
gegen Rechtsextremismus
im Evangelischen Bildungs-
und Tagungszentrum Bad
Alexandersbad
Mitglied der DEAE-
Fachgruppe Politische Bildung
becher@ebz-alexandersbad.
de

Rechtsextremismus in Ländlichen Räumen

In der Diskussion über Rechtsextremismus wird seit Längerem postuliert, Ländliche Räume seien für Neonazis ein besonders geeignetes Pflaster, hier ihre Aktivitäten zu verorten.

Günstige Immobilienpreise, häufig durch ökonomischen Wandel geprägte Sozialstrukturen, eine eher konservative Mentalität der jeweiligen Bevölkerung und eine durch Abwanderung junger und gut ausgebildeter Menschen geschwächte Zivilgesellschaft sind exzellente Rahmenbedingungen für das Agieren der extremen Rechten. Ein ähnliches Deutungsmuster ist hinsichtlich der Analyse des neuen Rechtspopulismus vorhanden, sprichwörtlich geworden bei der Betrachtung der Wählerschaft von Donald Trump, wo gerne vom „flyover-country“ jenseits der Ballungszentren an den Küsten gesprochen wurde.

Sicherlich sind diese Deutungen plausibel, auch wenn es natürlich noch weitere Variablen wie Alter, Geschlecht, Bildung und insbesondere die Einschätzung der eigenen ökonomischen und sozialen Lage bei der Frage zu berücksichtigen gilt, ob jemand rechtspopulistisch wählt oder nicht. In der Präventions- und Beratungsarbeit sowie in den verschiedenen Demokratieförderungsprogrammen zumindest ist diese spezifische Herausforderung bereits erkannt. Im Folgenden soll deshalb ein Projekt vorgestellt werden, das im Kontext des Bayerischen Bündnisses für Toleranz entstanden ist.

Dieses Bündnis für Toleranz ist ein Zusammenschluss von gegenwärtig 68 Organisationen aus Staat und Kommunen, Religionsgemeinschaften und der Zivilgesellschaft. Im Prinzip sind in ihm alle gesellschaftlich relevanten Akteursgruppen vertreten – von den zuständigen Landesministerien und den kommunalen Spitzenverbänden über die Kirchen und Jüdischen Gemeinden bis hin zu Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Arbeitgebern, Berufsverbänden, Bildungsträgern und Einrichtungen aus den Bereichen Sport und Medien. Das Bündnis versteht sich eher als Netzwerk, sein Sprecher ist der

bayerische Landesbischof und EKD-Ratsvorsitzende Dr. Heinrich Bedford-Strohm.

Das Projekt „Maibäume der Toleranz“

Das Bündnis für Toleranz ist durch diese Netzwerkstruktur gut in der Lage, Projekte zu organisieren, die (gleichzeitig) an mehreren Orten stattfinden. Die Vielfalt an institutionellen Akteuren ermöglicht einerseits den Zugang zu völlig unterschiedlichen Zielgruppen, andererseits ist es durch die prominenten Spitzenvertreter/innen der Mitgliedsorganisationen ein Leichtes, einem Projekt oder einer Kampagne eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit zu garantieren. So sind etwa die bundesweiten Spitzenvertreter von Christentum und Judentum gleichzeitig auch die bayerischen Repräsentanten ihrer Mitgliedsorganisationen (Heinrich Bedford-Strohm, Reinhard Kardinal Marx, Dr. Josef Schuster) und damit potenzielle Akteure bei Projekten.

Gesucht werden für das Handeln eines solchen Bündnisses also Projektdesigns im Eintreten für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde, die einerseits hochgradig symbolischer Natur sind und so eine medial „verwertbare“ Bildsprache entstehen lassen. Andererseits muss ihre Aussage so konsensual sein, dass sich dahinter sowohl das Bayerische Innenministerium als auch der Bayerische Flüchtlingsrat stellen können – um nur zwei Pole innerhalb der Mitgliedschaft des Bündnisses zu nennen.

Die Frage, vor der das Bündnis mit seinem Jahresschwerpunktthema 2016/2017 „Toleranz und Ländliche Räume“ stand, war, wie die Gedanken der Toleranz, des Respekts und der Vielfaltsförderung hier in einer Aktion öffentlichkeitswirksam präsentiert werden können. Dabei entstand rasch die Idee, am 1. Mai (und den Folgetagen) „Maibäume für Toleranz“ aufzustellen bzw. die vor Ort verantwortlichen Akteure für deren Aufstellung zu motivieren.

Das Aufstellen des Maibaums hat in vielen Regionen Bayerns eine lange Tradition. Es geht dabei um Brauchtum, bayerisch-fränkische Kultur und Gemeinschaft. Unterschiede in der Umsetzung betreffen den Zeitpunkt und die Art des Aufstellens sowie die Beschaffenheit des aufgestellten Baumes. In ihrer Vielfalt vereint sind all diese Bäume jedoch darin, dass sie als Gemeinschaftsprojekt des Dorfes bzw. der Gemeinde wahrgenommen werden. Der „Maibaum für Toleranz“ soll dabei das Bewusstsein für diese Gemeinschaft stärken und dazu ermutigen, dass bei seiner Aufstellung tatsächlich einmal

alle einander zur Hand gehen – Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Herkunft, solche mit und ohne Handicap und selbstverständlich auch Geflüchtete.

Worin besteht das Projekt?

- **Maibaumkennzeichnung:** Um den „Maibaum der Toleranz“ als solchen zu kennzeichnen, stellt das Bündnis für Toleranz eine Schablone bzw. Aufkleber des Logos zur Verfügung. Alle benötigten Materialien bekommen die sich beteiligenden Gruppen in einem Starter-Paket zugesandt, nachdem sie auf der Homepage des Projekts ihr Interesse bekundet haben.
- **Maibaumaufstellung mit Prominenz:** Beim Aufstellen des Maibaums soll an allen Orten, die sich an dieser Aktion beteiligen, derselbe Text verlesen werden, der das Aufstellen des Maibaums in den entsprechenden Kontext setzt und damit ein Signal für Toleranz und Vielfalt gibt. Zusätzlich ist geplant, dass an einigen Standorten die Vertreterinnen und Vertreter der Bündnisorganisationen am Aufstellen des Maibaums teilnehmen – so haben etwa bereits der bayerische Innenminister Joachim Herrmann, Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, seine Ständige Vertreterin Oberkirchenrätin Susanne Breit-Kessler und der Präsident des Bayerischen Bauernverbands Walter Heidl ihre Teilnahme zugesagt.
- **Maibaumwettbewerb:** In einem Wettbewerb werden beispielhafte Dörfer mit Geldpreisen prämiert. Die Jury berücksichtigt vor allem, wie gut die Ziele der Aktion „Maibaum für Toleranz“ umgesetzt wurden – also etwa auch, wie gut „Integration“ und „Partizipation“ in dieses Vorhaben der „Tradition“ inkludiert wurden.
- **Öffentlichkeitsarbeit:** Das Projekt hat eine eigene Homepage (www.maibaum-fuer-toleranz.de) und eine eigene Mailadresse (maibaumfuertoleranz@ebz-alexandersbad.de). Für die Werbung werden Plakate gedruckt. Bei der Aufstellung der Maibäume für Toleranz werden Flyer mit der Kernbotschaft verteilt, die jeweils vor Ort (von den Prominenten des Bündnisses) vorgelesen wird.

Politische Bildung durch Aufstellen eines Maibaums für Toleranz

Maibäume der Toleranz stehen für Vielfalt, Schönheit und Nachhaltigkeit und haben eine Botschaft:

- Bäume der Vielfalt – sie drücken aus, dass die Dorfgemeinschaften schon immer sehr vielfältig waren. Heute ist wichtiger denn je, diese Vielfalt als Wert zu erkennen und zu fördern. Maibäume der Toleranz sind dabei immer mit Festen der Begegnung verbunden.
- Bäume der Schönheit – sie drücken aus, dass der Maibaum als Symbol für dörfliche Gemeinschaft und Eigenständigkeit steht und zeigt, wie schön die eigene Region ist.
- Bäume der Nachhaltigkeit – heute drücken Maibäume auch aus, dass dörfliche Gemeinschaften



nur im Bewusstsein einer weltweiten Verantwortung erhalten bleiben können.

- Bäume mit Botschaft – sie drücken aus, dass „Toleranz“ ein zentraler Wert für unsere Dörfer und unsere Demokratie ist! Gemeinsam treten wir allen selbstbewusst entgegen, die mit rechtsextremistischen, rassistischen, antisemitischen oder antiislamischen Ideen unser Zusammenleben und unsere Demokratie gefährden!

Entscheidend bei der gesamten Projektidee ist jedoch der Gedanke, dass bei der Planung einer Aufstellung eines „Maibaums für Toleranz“ Menschen miteinander ins Gespräch kommen. Sie werden sprechen über sie prägende Traditionen und deren Wurzeln. Sie werden in einen interkulturellen und/oder interreligiösen Austausch über Sitten und Bräuche kommen. Sie werden sich in bisher völlig unbekanntem Rollen kennen und dabei wertschätzen lernen. Sie werden sich gemeinsam auf das Ereignis der Maibaumaufstellung freuen. Sie werden sich im Anschluss gegenseitig ihre Wahrnehmungen berichten. Möglicherweise werden sie einen der Preise gewinnen und diesen aus den Händen des EKD-Ratsvorsitzenden entgegennehmen – und alle gemeinsam Repräsentanten einer Gemeinde, eines Dorfes sein.

All das ist erfahrungsorientierte politische Bildung, die auf politisches Handeln zielt und dieses bereits im Lernvollzug integriert. Die Beteiligten übernehmen im Idealfall wechselweise die Rolle der Lehrenden und der Lernenden! Es ist eine Form intendierten informellen Lernens – und wir im Vorbereitungsteam sind sehr gespannt auf die Ergebnisse dieses Experiments.

» Debattenevents in Rheinland-Pfalz und Hessen



Julius Kessler

Organisator JUFO
 info@jufo-politik.de
 www.jufo-politik.de

Seit 2015 führt unser JUFO (JugendFORum) – eine von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragene, überparteiliche Organisation – Aktionen zur Stärkung der Demokratie durch. Das Ziel, die politische Gesprächskultur unter Jugendlichen und jungen

Erwachsenen zu entwickeln und damit die europäische Demokratie zu stärken, ist für uns angesichts geringer Wahlbeteiligungen und sinkender Demokratieakzeptanzwerte zentral. Junge Erwachsene sollten der immer unpolitischer werdenden Gesellschaftsmitte, die ganz zu recht oftmals ‚*politikverdrossen*‘ genannt wird, etwas Konstruktives und Konkretes entgegensetzen können. Deshalb politisieren wir mit der Methode „JUFO – Die Debatte!“ besonders die Altersgruppe der 14- bis 35-Jährigen.

Erfolgreich sind in dieser Altersgruppe vor allem unsere Debattenevents im US-amerikanischen Stil, welche wir als *kostenlose und freiwillige Abendveranstaltungen* bislang in Schulgebäuden von Rheinland-Pfalz und Hessen anbieten. Dieses Veranstaltungsformat findet in den unterschiedlichsten Regionen einen breiten Anklang: In unserem bisherigen Aktionsradius von 31 Städten und Landkreisen errei-

chen wir pro Veranstaltung durchschnittlich um die 150 Zuschauer und in unmittelbarer Folge unserer Veranstaltung konnten wir quer durch die Parteienlandschaft jeweils circa drei Parteineueintritte registrieren.

Die wichtigste Gelingensbedingung – neben dem Prinzip der Freiwilligkeit – ist, dass die Debattenevents ausschließlich von 14- bis 20-Jährigen organisiert werden und also Veranstaltungen „von jungen Menschen für junge Menschen“ sind. Wir als JUFO-Team übernehmen gemeinsam mit den jeweiligen Schülervertretungen die gesamte Planung, Durchführung und Nachbereitung der Veranstaltungen. Und bei den Events stellen sich immer die wichtigsten politischen Jugendorganisationen (Jusos, Junge Union, Julis, Grüne Jugend, Linksjugend solid, Junge Alternative) der Diskussion, wobei jede der Jugendorganisationen nur einen Vertreter ins Rennen schicken darf.

Der Entschluss unseres Teams, die Diskussionsrunden als *freiwillige Abendveranstaltungen* zu organisieren, stellt sicherlich die größte Herausforderung dar. Denn: Eine politische Bildungsveranstaltung mit Aufklärungs- und Informationsauftrag muss nun so attraktiv konzipiert und gestaltet werden, dass junge Leute sich für sie in ihrer Freizeit nicht nur interessieren, sondern sie auch tatsächlich besuchen. Mit anderen Worten: Auch die Schülerschaft der Klassenstufen 9 bis 13 ist mit dem Veranstaltungskonzept derart anzusprechen, dass sie abends freiwillig zurück in die Schule kommt, um sich „JUFO – Die Debatte!“ anzuschauen.

Zur Bewerkstelligung dieser Herausforderung haben wir eine Strategie entwickelt:

1. Wie schon erwähnt, wir organisieren authentisch Veranstaltungen von jungen Menschen für junge Menschen. Durch die Debatte unter Gleichaltrigen kann das Schülerpublikum einen besseren Draht zu den Diskutanten aufbauen, was der Veranstaltung eine jugendliche Dynamik gibt.

2. Bei „JUFO – Die Debatte!“ verknüpfen wir politische Bildung mit *Entertainment*. Das heißt: Über mediale Effekte (Videos, Musikjingles, Designs) wird Action auf dem Podium erzeugt. Das Infotainment-Konzept greift Methoden des US-Wahlkampfes auf, wo traditionell Showelemente den politischen Veranstaltungen immer auch einen Eventcharakter verleihen und darum gerungen wird, die Aufmerksamkeit der Zuschauer weder zu unterfordern noch zu überfordern, wobei auch visuelle und emotionale Elemente eine Rolle spielen.



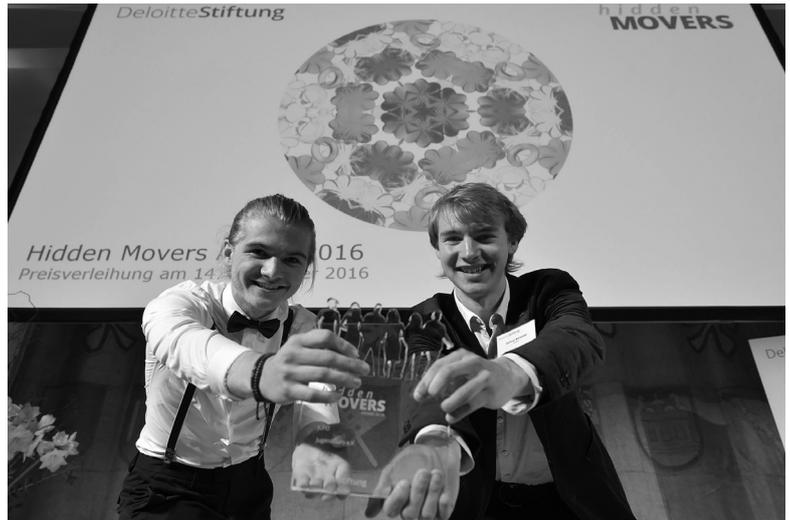
JUFO-Veranstaltung im Gymnasium Mayen

Zudem wird auf *Partizipation und Wettbewerb* gesetzt. Diese beiden Attribute gehören in unserem Konzept zusammen. Zum einen soll – inspiriert an den traditionellen Debattierclubs europäischer Universitäten – ein ‚sportlicher Wettkampf der Argumente‘ geboten werden, weshalb der Moderator nur eine Ordnungsrolle übernimmt und Argumentgefechte zugelassen sind. Zum anderen ist für uns natürlich die Publikumpartizipation zentral, weshalb eine klassisch-freie Frage- und Kommentarrunde der Zuschauer die Veranstaltung abschließt. Unser Instrument zur Verbindung von Wettbewerb und Partizipation ist die Publikumsumfrage: Hier werden Umfragezettel an die Zuschauer ausgeteilt, auf welchen via Multiple-Choice-Auswahl der überzeugendste Diskutant ausgewählt werden kann. So wird ein Debattensieger ermittelt. Wettbewerb um die Gunst des Publikums – dieses Motto gibt bereits der Diskussion eine höhere Dynamik und der Sportsgeist kommt vor allem bei der Schülerschaft sehr gut an.

Und dann wäre drittens noch der Komplex *Werbung* zu nennen: Über ein 14-Werbekanal-System nutzen wir alle Öffentlichkeitsplattformen, die uns zur Verfügung stehen. Die Kampagne umfasst sowohl Methoden zur Bekanntmachung und Profilbildung des Debattenevents („persuasion“) als auch zur faktischen Mobilisierung („activation“). Alle Werbemethoden werden gemeinsam in Kooperation mit der Schülerschaft der betreffenden Schule ausgeführt. Lokalpresse, Social Media, Klassenkampagne, Schuldurchsage, Printwerbung, soziale Kontaktketten oder Einladungsnachrichten über Mail und Whatsapp sind Beispiele für Werbekanäle des Systems. Speziell das auffällige Mediendesign auf Plakaten und Flyern mit bunten, teils reißerischen Motiven erweist sich als effektiv, da so Lust auf eine spannende Veranstaltung gemacht wird.

Abschließend ist noch ein wichtiger Punkt zu nennen. In seiner Tätigkeit steht das JUFO nicht allein, sondern fügt sich in ein Netzwerk verschiedener Gruppen ein, die dasselbe Ziel haben: die Stärkung der Demokratie. Aus zwei Perspektiven docken wir an weitere Institutionen und Ko-

Wer ist das JUFO-Team? Eventmanager und Organisator Julius Kessler (19) übernimmt administrative Dinge, Konzeption und Branding der „Marke JUFO“. Darüber hinaus ist er als Moderator das „Gesicht des JUFOs“ und übernimmt die Öffentlichkeitsarbeit. Die Mediendesigner Kevin Schwed (20) und Benjamin Kessler (17) unterhalten Web- und Social-Media-Auftritt des JUFOs und bereiten Designs, Videos und Animationen für die Debattenevents vor. Als Veranstaltungstechniker sorgt Pascal Treber (16) für eine sichere Anwendung der technischen und digitalen Innovationen beim JUFO-Event.



Preisverleihung des „Hidden Movers Awards“ (Benjamin Kessler und Julius Kessler/JUFO)

operationspartner an, um „JUFO – Die Debatte!“ zu optimieren. Einerseits wurden die Ressourcen von Stiftungen (Deloitte Stiftung, Nemtschek Stiftung, Stiftung Bildung und Gesellschaft) und Medien (Hessischer Rundfunk, SWR4) genutzt, um Technologie und mediale Aufmerksamkeit für die Durchführung des Projekts zu organisieren. Andererseits wurden Feedback-Interviews mit Spitzenpolitikern wie Sahra Wagenknecht oder Anton Hofreiter und Elder Statesmen wie Edmund Stoiber und Rainer Brüderle organisiert, um professionelles Review zum Veranstaltungskonzept zu erhalten. Darüber hinaus ist das JUFO Gewinner der bundesweit ausgeschriebenen Engagementpreise „PRIMUS“ sowie des „Hidden Movers Awards“ und bekam einen Platz im Förderprogramm „Demokratisch Handeln“. Kein Zweifel – dies waren großartige Erfolgserlebnisse für das Engagement des Teams.

Das größte Erfolgserlebnis ist und bleibt aber das Gefühl, eine gute Veranstaltung abgeliefert zu haben, bei der junge Leute nachhaltig politisiert wurden – durch Parteieintritte oder auch einfach durch ein neues Gefühl für die Möglichkeiten in unserem demokratischen System.



Kulisse bei der JUFO-Veranstaltung an der Peter-Paul-Cahensly-Schule Limburg

PROFESSIONELLE PRAKTIKEN

» „Lust zum Leiten – Kompetenzen stärken“

Langzeitfortbildung für Frauen im kirchlichen Kontext



Sigrid Lieberum

Organisationsberaterin,
Trainerin, Coach
lieberum@insceno.com
www.insceno.com



Stefanie Laurion

Dipl.-Kulturpädagogin,
pädagogische Mitarbeiterin
Evangelische Erwachsenenbildung
Niedersachsen
Landesgeschäftsstelle
www.eeb-niedersachsen.de
stefanie.laurion@evlka.de

„Ich bin Vorgesetzte und weiß nun, wie man das macht. Und es macht mir auch noch Spaß!“ Mit diesen Worten kommentierte eine Teilnehmerin der Langzeitfortbildung „Lust zum Leiten“ ihren persönlichen und fachlichen Gewinn, den sie aus der Fortbildung mitnimmt. Denn „gutes Handwerkszeug“ hilft an vielen Stellen weiter.

Die Evangelische Erwachsenenbildung Niedersachsen (EEB) hat gemeinsam mit der Organisationsberaterin Sigrid Lieberum Langzeitfortbildungen zum Thema „Lust zum Leiten“ angeboten. Zum einen war dieses Angebot an Frauen im kirchlichen Ehrenamt gerichtet, zum anderen war es für die Zielgruppe von Pastorinnen entwickelt worden. Seit 2010 wurde es in drei von sechs Sprengeln der hannoverschen Landeskirche jeweils parallel als Kurs für Ehrenamtliche und für Hauptamtliche durchgeführt.

Wer leitet die hannoversche Landeskirche?

In der gehobenen und mittleren Leitungsebene der Ev.-luth. Landeskirche Hannover sind Frauen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Der Anteil der Frauen in der Leitung der Kirchenämter und im Superintendentenamt beträgt jeweils 29%, in den kirchlichen Einrichtungen nur 27%. Im kirchlichen Ehrenamt ist zwar zu erkennen, dass die Zahlen von Männern und Frauen als Mitglieder im Synodenparlament sich langsam einander annähern. Wenn es aber um die Übernahme eines Vorsitzes in der Gremienarbeit geht, sprich um Leitung, verändert sich das Zahlenverhältnis auch hier sehr stark. Von 15 Ausschüssen werden nur drei von Frauen geleitet.

Die Gründe für die Unterrepräsentanz von Frauen sind vielfältig.

Regionales Angebot für Frauen

Mit den Langzeitfortbildungen wollen wir Frauen ermutigen, Leitungsverantwortung zu übernehmen und Kompetenzen auszubauen.

In acht Modulen, die ein breites Spektrum von Leitungsaspekten umfassen, können diese trainiert werden (siehe Info-Kasten). Dabei sind Berufsanfängerinnen, Wiedereinsteigerinnen und Erfahrene gleichermaßen im Blick. Die Lehrgänge verfolgen zwei Perspektiven: eine frauenspezifische und eine regionale. Frauen im kirchlichen Ehrenamt und Frauen im Pfarramt können sich jeweils mit Kolleginnen ihres Sprengels regional vernetzen und zum anderen ihre Fragen zum Thema Führen und Leiten und das oft ambivalente Verhältnis dazu klären. Denn neben der Lust an der Entscheidung gibt es auch Zweifel. In vielen Arbeitsbereichen dominieren Rituale und Regeln, die es Frauen in der Kirche



Rollenspiel „Mit gutem Handwerkszeug zur Lösung“

nicht leicht machen, Führungs- und Leitungsaufgaben zu ergreifen.

Akteure und Unterstützer/innen gewinnen

Es ist gut, jeweils ein Jahr Vorlauf einzuplanen, um die Langzeitfortbildung vor Ort einzuführen und Multiplikatoren für das Projekt im jeweiligen Sprengel zu gewinnen. Die enge Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten der hannoverschen Landeskirche hat dem Projekt entscheidenden Wind unter die Flügel gegeben und es hat sich bewährt, die Landessuperintendentin/den Landesuperintendenten als Schirmherr/i/n zu gewinnen und eine Steuerungsgruppe mit regionalen kirchlichen Akteur/inn/en einzuberufen. Dies ist nötig, um eine gemeinsame finanzielle Förderung auf feste Füße zu stellen und um regionale Besonderheiten und Anforderungen in das Lehrgangskonzept zu integrieren. Gleichzeitig können so die Teilnehmerinnen leichter in der Region bzw. im Sprengel gewonnen werden.

Ohne die Unterstützung zum Beispiel der Klosterkammer Hannover durch ihr Förderprogramm ehrenWERT oder der hannoverschen Landeskirche könnten die Lehrgänge nicht realisiert werden.

Tools und Techniken erwünscht

Die acht Module der Langzeitlehrgänge orientieren sich an dem Erwerb ausgewählter Kompetenzen. Neben der Reflexion geschlechtsspezifischer Erfahrungen, persönlicher Entwicklungen, aber auch von Hemmnissen geht es im Schwerpunkt darum, Techniken und Tools zu erlernen und einzuüben.

Wir haben uns bei der Entwicklung des Konzeptes gefragt: „Was sollten Frauen im kirchlichen Führungsalltag können, um kompetent und selbstbewusst zu führen?“ Das erste Modul hat deshalb das Thema „geschlechtsspezifische Erfolgsstrategien“. In den weiteren Modulen haben wir dieses Wissen immer wieder implizit angewendet, um Stereotype, Fallen und Fettnäpfchen in den jeweiligen Handlungsfeldern (z. B. Präsentationen, Sitzungen leiten, Mitarbeiter/innen führen) zu identifizieren. Einige Fallen seien hier genannt: Frauen tappen gern in die Harmoniefalle und sind dann verwundert über die Konsequenz. Wenn Frauen den Kopf schief legen und sich klein und schmal machen, schwächen sie ihre Aussagen. Hingegen: Ein klares „Das sehe ich anders“ als Einleitung einer (Gegen-)Rede, eine aufrecht-entspannte Haltung und sich angemessen Zeit und Raum nehmen sind Gesten, die die Aussage unterstreichen.

Wahlmöglichkeiten schaffen

Unser Verhaltensrepertoire entwickelt sich auf der Basis unseres Selbstbildes. Je enger die Grenzen des Selbstbildes, desto eingeschränkter gestalten sich die Möglichkeiten im Verhalten. Durch Ausprobieren,



Abschlusspräsentation „Statt Lust am Leiden Lust am Leiten“

ren, oft mit Spaß und Kreativität, haben wir in „Lust zum Leiten“ Grenzen erweitert und Alternativen geschaffen. Bis sie Teil des Selbstbildes werden und eine echte Wahlmöglichkeiten darstellen, müssen sie natürlich im Alltag erprobt werden. Gerade am Modul „Leiten von Arbeitskreisen und Gremien“ lassen sich die unterschiedlichen Herausforderungen im kirchlichen Führungsalltag wie durch eine Linse gebündelt aufzeigen. In diesem Modul lernten die Teilnehmerinnen Techniken in schwierigen Phasen der Kommunikation anzuwenden und eigene Interessen und Ziele zu formulieren. Darüber hinaus gaben sie sich die Erlaubnis, diese auch strategisch zu verfolgen, ohne sich dabei immer wieder der Beziehung vergewissern zu müssen.

Es gibt für viele knifflige Situationen eine einfache und erlernbare Lösung, die, mit der richtigen Haltung angewendet, zu verblüffenden Ergebnissen führt: Wie unterbreche ich Vielredner höflich? Wie gehe ich mit jemandem um, der mir meine Rolle, meine guten Ideen oder einfach die Aufmerksamkeit des Gremiums streitig machen will? Wie bringe ich die, die aus der Beschwerdehaltung nicht herauskommen, auf einen konstruktiven Pfad? Und wie gehe ich mit verdeckten Interessen um? Das sind sicher für Frauen und für Männer, die sich – in welcher Rolle auch immer – in Gremien bewegen, interessante Themen. Unter geschlechtsspezifischen Aspekten bekommen sie noch mal eine andere Relevanz. Dazu die Stimme einer jüngeren Teilnehmerin: „Dass die Genderfrage doch ein Thema ist, wird mir jetzt erst bewusst.“

Lust und Last der Veränderung

Bleiben Frauen in der Opferrolle, gepaart mit überhöhten Anforderungen an sich selbst – „Zuerst muss ich noch dieses und jenes wissen und können, bevor ich mich der Welt zumuten kann“ –, verhindert dieses Verhalten mutige Entscheidungen.

gen. Man könnte sagen: „Je mehr ich können muss, desto weniger kann ich.“ Die Langzeitfortbildung stellt Anforderungen an die Teilnehmerinnen. Ausschließlich in der Komfortzone zu bleiben ist kaum möglich. Dazu ist der Praxisanteil zu groß, die Übungen in den Gruppen sind zu zahlreich und zu vielfältig. Unsere Erfahrung: Dort, wo sich Komfortzone und Risikozone überschneiden, kann Veränderung stattfinden und nachhaltig wirken. Andererseits: Haben wir durch dieses Herangehen nicht dem Antreiber „Sei perfekt!“ noch Futter gegeben? Haben wir dadurch den entsprechenden Mechanismus noch verstärkt? Diese selbstkritischen Fragen stellen wir uns als Veranstalterinnen und Durchführende.

Fazit

Die Erweiterung der eigenen Grenzen und das Einüben von Wahlmöglichkeiten werden als persönlicher und fachlicher Gewinn wahrgenommen.

Regionale Netzwerke und Kontakte entstehen über die Langzeitlehrgänge hinaus und fördern die gegenseitige Unterstützung sowohl von haupt- als auch von ehrenamtlich tätigen Frauen.

Mit den Langzeitlehrgängen profiliert die Evangelische Erwachsenenbildung das Thema Qualifizierung von Frauen für Leitungsaufgaben in Kirche.

Denn nach wie vor sind leitende Frauen in der Kirche unterrepräsentiert. Es bleibt: Nicht nur die Frauen, sondern auch die Kirche muss sich bewegen.

Die acht Module der Langzeitlehrgänge

- Amt und kirchliche Strukturen
- Führen und Leiten im kirchlichen Kontext
- Leiten von Arbeitskreisen und Gremien
- Resilienz – was mich stark macht
- Wirkungsvolle Präsentation
- Konflikte erkennen und lösen
- Projekte planen und steuern
- Präsentation der Lernergebnisse vor Gästen

Begleitend zum Langzeitlehrgang können die Teilnehmerinnen zusätzlich das individuelle Angebot einer Potenzialanalyse und der beruflichen Supervision in Anspruch nehmen. Kollegiale Kleingruppen flankieren die gesamte Fortbildung.



Die Teilnehmerinnen nach der Zertifikatsverleihung

PROFESSIONELLE PRAKTIKEN

» Inklusion – nicht nur ein Thema, sondern auch eine Methode der politischen Bildung

Am Anfang war noch Skepsis ...

Ich war zunächst skeptisch, als mich die damalige Fachbereichsleiterin der VHS Unteres Remstal fragte, ob ich mir Seminare an der Diakonie Stetten vorstellen könnte. Schließlich hatte ich wenig Erfahrung mit Menschen mit Behinderung. Heute, mehr als 15 Jahre und fast 100 Veranstaltungen später, ist die Begeisterung so groß wie am ersten Tag und auch die Themen sind uns nicht ausgegangen. Kaum ein Thema, das wir nicht behandelt haben – von ernsten Themen wie den Gefahren durch den Terrorismus über Wirtschafts- und Sozialthemen, Wahlen auf den unterschiedlichen Ebenen bis hin zu Schwäbisch-Tests in Seminaren über Baden-Württemberg. Mittlerweile führe ich auch für andere Einrichtungen Seminare durch.

In diesem Beitrag berichte ich über meine Erfahrungen und die Chancen der inklusiven politischen Bildung. Ich möchte aufzeigen, dass Inklusion nicht nur ein Thema, sondern auch bei der Planung und der Methode wichtig für die politische Bildung ist. Ein weiteres Anliegen ist, Nachahmer/innen zu finden. Mit den anstehenden Bundestagswahlen und dem Besuch von Parlamenten stelle ich zwei erfolgsversprechende Veranstaltungsformen vor.

Inklusion als Aufgabe und Thema der politischen Bildung

Mit dem Konzept der Inklusion definiert die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen eine Reihe konkreter Rechte für Menschen mit Behinderungen, u. a. das Recht auf Bildung und die Befähigung zur „wirklichen Teilhabe an einer freien Gesellschaft“. Diese Forderung gilt auch für die politische Bildung. Betrachtet man eines der zentralen Ziele der Inklusion, nämlich „jedem Menschen in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen auf Grundlage seiner individuellen Bedarfe Zugang, Teilhabe und Selbstbestimmung zu ermöglichen, dann hat Inklusion auch und gerade mit politischer Bildung sehr viel zu tun“.¹ Inklusion ist für die politische Bildung somit eine Aufgabe, die sie aus eigenem Anspruch erfüllen sollte.²

Inklusion bei der Planung von Veranstaltungen und Seminaren

„Nicht ohne uns, nicht über uns“ – das konsequente Miteinbeziehen von Menschen mit Behinderungen ist eine wichtige Prämisse bei der Planung und Durchführung von inklusiven Veranstaltungen.

Viele Einrichtungen der Behindertenhilfe bieten umfangreiche Fortbildungsprogramme an, ebenso natürlich Einrichtungen der allgemeinen Erwachsenenbildung. Damit Angebote inklusiv werden

können, bieten sich Kooperationen zwischen diesen Einrichtungen an. Die Zusammenarbeit verbindet die Expertisen aus beiden Bereichen und erleichtert das Zustandekommen von Bildungsangeboten auf verschiedenen Ebenen: Organisation, Werbung, Dozent/inn/en und natürlich die Gewinnung von Teilnehmer/innen.

Zwischen der Volkshochschule Unteres Remstal und der Diakonie Stetten besteht seit 2000 eine enge Kooperation, die neben der politischen Bildung auch Seminare wie Sprachen, Gymnastik und Kochen umfasst. Warum aber haben wir bisher so wenige Nachahmer/innen gefunden?

Einige Autor/inn/en machen dafür Einrichtungen der allgemeinen Erwachsenenbildung verantwortlich. Sie kritisieren die zunehmende Ökonomisierung, die „eine Begründung dafür bietet, nicht auf diejenigen zugehen zu können, die Bildung am dringendsten benötigen.“³ Auch wenn aus meiner Sicht dieser Vorwurf für viele engagierte Mitarbeiter/innen nicht zutrifft, konnten bisher viele Menschen durch die Angebote von allgemeinen Erwachsenenbildungseinrichtungen nicht erreicht werden.

Aber auch Einrichtungen der Behindertenhilfe sollten umdenken. So berechtigt die Forderungen z. B. nach Bereitstellung von Gebärdendolmetscher/innen sind, stellen diese für viele Planende ein unkalkulierbares Risiko bei der Programmgestaltung dar. Bei Kongressen höre ich oft, was die anderen (Staat, Bildungseinrichtungen etc.) erst einmal zu erfüllen haben, bevor an eine Zusammenarbeit überhaupt zu denken ist. Dies führt aus meiner Sicht häufig dazu, dass einige Bildungseinrichtungen die Herausforderung (und die Chancen!) von gemeinsamen Bildungsangeboten erst gar nicht annehmen. Ich plädiere für eine pragmatische Vorgehensweise, denn suboptimale Angebote (im Sin-



Jürgen Lutz, M.A.

Dozent in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung

2015/16 Leiter des von der Aktion Mensch geförderten Projekts „Politische Teilhabe für Menschen mit Behinderungen“

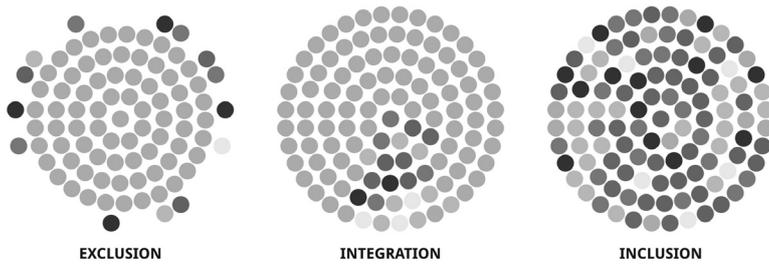
Juergen@lutz-redenundschreiben.de

www.lutz-redenundschreiben.de

¹ Besand, A./Jugel, D. (2015): Inklusion und politische Bildung – gemeinsam Denken. In: Dönges, Chr./Hilbert, W./Zurstrassen, B. (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn, S. 45–58.

² Vgl. Hilbert, W. (2015): Inklusion und politische Bildung – ein Überblick, <http://www.bpb.de/lernen/projekte/inklusive-politisch-bilden/215965/workshop-2014>

³ Ditschek, E. J. (2014): Betroffenheit als Voraussetzung. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Werkstatt inklusiv, <http://www.bpb.de/lernen/projekte/inklusive-politisch-bilden/180223/betroffenheit-als-voraussetzung>



ne der Erfüllung von allen Kriterien der Inklusion) sind besser als gar keine Angebote.

Inklusion als Methode der politischen Bildung

Zusammenarbeit und voneinander lernen können auch die Vorgehensweisen bei Seminaren prägen. Viele Methoden, die bei Einrichtungen der Behindertenhilfe erfolgreich erprobt sind, können für inklusive oder „normale“ Seminare hilfreich sein: z. B. leichte Sprache, spielerische Elemente, langsame Vorgehensweise, aber auch mal Spontaneität und das Abrücken vom ursprünglichen Konzept. Insbesondere von leichter Sprache – der Vermeidung von Fremdwörtern, einfache Sätze, gute Erklärungen – können alle Teilnehmer/innen profitieren. Der außerordentliche Erfolg der Broschüren in leichter Sprache vor Wahlen verdeutlicht das Potenzial. Oft nehmen an den politischen Seminaren von Volkshochschulen Menschen teil, die ohnehin gut Bescheid wissen. Mit den Methoden der Inklusion könnten Gruppen gewonnen werden, die durch die klassische politische Bildung nicht erreicht werden können.

Leider sind bei meinen politischen Bildungsseminaren Menschen mit Behinderungen häufig unter sich. Einige Gäste von „außerhalb“ haben den Seminarverlauf positiv beeinflusst, so unterstützte mich ein Teilnehmer bei einem Seminar über Baden-Württemberg mit seinem Wissen, in einem anderen Fall waren die Teilnehmer/innen froh, die Euro-Krise mal in einfachen Worten erklärt bekommen zu haben. Ebenso versuchen wir, Menschen mit Behinderungen die Teilnahme an „normalen“ Angeboten zu ermöglichen. Das ist nicht optimal, aber ein Anfang.

Themen für inklusive politische Bildung

Veranstaltungen zu Wahlen und Besuche von Parlamenten bieten sowohl Chancen für eine hohe Teilnehmerzahl als auch eine gute Möglichkeit zu inklusivem Lernen.

Zur Bundestagswahl 2017 werden wir wieder Seminare, Podiumsdiskussionen und einen Aktionstag durchführen, zu dem grundsätzlich alle Menschen willkommen sind. Die Bundeszentrale für politische Bildung und die Parteien werden zudem Informationen in leichter Sprache veröffentlichen, sodass es ein breites Angebot geben wird. Gerade

für Organisationen, die einen Einstieg in die inklusive politische Bildung suchen, könnte die Bundestagswahl ein wichtiger Startpunkt sein. Wahlen sind schließlich das zentrale Element der politischen Teilhabe.

Erfolgreich waren in der Vergangenheit auch Besuche im Landtag von Baden-Württemberg. Das Besuchsprogramm bestand jeweils aus einem Rundgang durch das Gebäude und einem Gespräch mit Abgeordneten. Mit diesen niederschweligen Angeboten und überschaubaren Kosten für Volkshochschule und Teilnehmer/innen konnten jeweils zahlreiche Interessent/inn/en gewonnen werden. Hier kamen wir dem Ideal der „inklusive Bildung“ nahe, da sich jeweils ungefähr zur Hälfte Menschen über die Diakonie Stetten und die Volkshochschule angemeldet hatten.

Mit inklusiver politischer Bildung zu mehr Teilhabe

Politische Bildungsseminare können nur ein Teil der Maßnahmen sein, die es allen Menschen ermöglichen, gleichberechtigt am politischen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Wenn es „mit Hilfe einer inklusiveren politischen Bildung glückt, mehr marginalisierte und ausgeschlossene Menschen zur politischen Teilhabe und politischen Mitbestimmung zu befähigen, kann dies einen gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozess unterstützen, der dazu führt, dass die Interessen dieser Menschen hinsichtlich Zugang, Teilhabe und Selbstbestimmung auch in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen verstärkt in die politische Gestaltung einfließen.“⁴

Deshalb mein abschließender Appell an alle Akteurinnen und Akteure der Weiterbildung: Versuchen Sie es, es lohnt sich – und es macht auch sehr viel Spaß! Gerne unterstütze ich Sie dabei.

Inklusive politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat mit Ausgaben der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“, einem Kongress zur inklusiven politischen Bildung und mit der Publikation „Didaktik der inklusiven politischen Bildung“ (Dönges, Chr. u. a. (Hrsg.), Bonn 2015) wichtige Beiträge zur inklusiven politischen Bildung geleistet. Mit der Reihe „Einfach Politik“ werden diese Aktivitäten fortgesetzt.

Informationen finden Sie unter:

<http://www.bpb.de/lernen/projekte/inklusive-politisch-bilden/215762/inklusive-politische-bildung-inklusive-gesellschaft>

Jürgen Lutz hat sich in Artikeln und Beiträgen mit inklusiver politischer Bildung beschäftigt, zuletzt in einem Beitrag für die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ (Heft 1/2016) der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

⁴ Besand, A./Jugel, D. (2015), a.a.O., S. 56.

THEOLOGIE UND RELIGION

» Europäische Fortbildung zum Bibliodrama startet

Im Juni 2017 wird der erste europäische Kurs für Bibliodrama-Leitende (European Bibliodrama Facilitator Course) beginnen. Er besteht aus einem 14-tägigen Basiskurs in Schweden und fünf fünf-tägigen Aufbaumodulen in verschiedenen europäischen Ländern. Es wird angestrebt, dass aus jedem teilnehmenden Land mindestens zwei Personen teilnehmen, um so in einem Lern tandem Praxisprojekte in ihrem Herkunftsland zwischen den Kursmodulen durchzuführen. Dieser Kurs ist Bestandteil eines kleinen europäischen Fortbildungsprogramms, das von dem Europäischen Bibliodrama-Netzwerk (EBN) koordiniert wird. Die Langzeitfortbildung zur Bibliodrama-Leitung wird von einer dreiköpfigen Gruppe geleitet.

Dieses länderübergreifende Bildungsangebot entspricht einem Konsultationsprozess in der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) zur Fortbildung für das ordinationsgebundene Amt in der GEKE und dessen Vision von einer gemeinsamen Bildungslandschaft. Die Chancen grenzüberschreitender Fortbildungen wurden dabei in einem Diskussionspapier beschrieben. In Deutschland sind damit zuerst die Pastorkollegen angesprochen, aber es steht der EEB frei, dies auch zu ihrer Angelegenheit zu machen, zumal sie in dem *Protestant and Anglican Network for life-long learning in Europe* (EAEE) bereits einen institutionellen Rahmen dafür hat.

Gleichzeitig wird auf den jährlichen europäischen Bibliodrama-Kongressen und in den nationalen Bibliodrama-Gesellschaften seit einiger Zeit diskutiert, was die Bibliodrama-Bewegung zur Stärkung bzw. Verteidigung der Europäischen Gemeinschaft tun kann. Und so hat die deutsche Gesellschaft für Bibliodrama (GfB) zusammen mit der schwedischen Schwestergesellschaft die Initiative zu einem europäischen Fortbildungsprogramm ergriffen.

Bedingungen für dieses Programm

Es gab schon vorher eine grenzüberschreitende Praxis von Fortbildungsangeboten und europäischen Fortbildungsrichtlinien. Daraus sind Kontakte zwischen Bibliodramatikerinnen und Bibliodramatikern europäischer Länder und das Europäische Bibliodrama-Netzwerk entstanden. Die hier Aktiven berichten von dem Reiz solcher Arrangements.

Nicht zuletzt gibt es in der Bibliodrama-Szene eine Strategie, mit Stagnation im eigenen Praxisfeld so umzugehen, dass man den Blick in die europäische Umgebung schweifen lässt: Irgendwo findet sich in der

Regel eine Region, in der das Bibliodrama wächst oder zumindest interessante Entwicklungen zu beobachten sind, wie etwa das Einbeziehen von digitalen Medien in bibliodramatische Prozesse.

Bibliodramatiker fühlen sich herausgefordert, mit Bibliodrama auf die Migrationsbewegungen zu reagieren

Es besteht ein Konsens darüber, dass Bibliodrama geeignet ist für interreligiöse Bildung in sprachlich und kulturell gemischten Gruppen. Denn hier kann man über Gott reden. Indem sich eine Gruppe gemeinsam heiligen Texten zuwendet, entsteht eine Arbeitsform gleichberechtigt Suchender.

Beim Spielen wird zwischen Texten und deren Interpretationen so unterschieden, dass erfahren wird, dass verschiedene Interpretationen weder die Texte selbst noch eine textbezogene Gemeinschaft zerstören müssen.

Bibliodrama ist textbezogen, arbeitet aber vor allem mit ästhetischen Medien, was die verbale Kommunikation entlastet.

Ein Bibliodrama, das sich als kreativer Dialog versteht, spricht die Teilnehmenden nicht nur als Verstehende, sondern auch als Produzierende an, denn sie sind es, die Werke (Szenen, Installationen, Bilder etc.) gestalten.

Diese beschriebenen Möglichkeiten allein ergeben aber noch keine Praxis, die Teilnehmende gewinnt. Es wird daher auch eine Aufgabe dieses Fortbildungskurses sein, konkrete Bedarfe und institutionelle Bedingungen für interkulturelle und interreligiöse Bibliodrama-Angebote zu entdecken. Darüber werden wir dann nach Abschluss des Kurses mehr wissen.



Dr. Wolfgang Wesenberg

Gesellschaft für Bibliodrama (GfB)
Redaktion TEXT RAUM
Wolfgang.Wesenberg@
Bibliodrama-Gesellschaft.de

schwer punkt

» Politische Bildung in Zeiten der Befremdung



Dipl.-Pol. Martina
Wasserloos-Strunk

Philippus-Akademie
Evangelischer Kirchenkreis
Gladbach-Neuss
martina.wasserloos-strunk@
kkgn.de

I. Persönliche Gesichts- punkte: 'Ruckzuck' beheimatet?

Kadir Sevim ist
Türke. Nein, ei-
gentlich ist er
Deutscher. Er
selbst weiß es nicht
genau. Mit 15 Jah-
ren ist er aus der

Osttürkei nach Deutschland gekommen. Inzwischen ist er Mitte 50. Wenn man ihn fragt, dann sagt er: „Ich bin irgendwie ein Fremder geworden.“ Und dann macht er eine Pause und fügt hinzu: „Zuhause“. Und nach einer weiteren Pause: „In Deutschland auch!“ Kadir fährt Taxi. Spezialfahrten: vor allem Krankentransporte und alte Menschen. Er bekommt einiges zu sehen und zu hören. Spricht man ihn auf seine Arbeit an, dann kann er präzise erklären, dass es ihm wichtig ist, dass sich die alten Menschen bei ihm aufgehoben fühlen, weil es alte Menschen sind und weil er seine Arbeit mit Respekt tun will. Das hat ab und zu schon mal zu kleineren Wortwechseln mit allzu schnippischen ‚Zivis‘ oder ‚BUFDIs‘ geführt. Darauf konkret angesprochen antwortet Kadir in akzentfreiem Gladbacher Platt: „Te vüll is te vüll. Die Kenger hant sich te beneahme bi die aal Lüttsches.“ („Zuviel ist zu viel. Die Kinder haben sich zu benehmen bei den alten Leuten!“)

Ich kenne Kadir aus den Kursen zur interkulturellen Kommunikation, die in der Philippus-Akademie angeboten werden. Dahin kommen Menschen, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagieren und die etwas lernen wollen darüber, wie man anderen Kulturen begegnen kann, ohne in allzu große Fettnäpfe zu treten. Kadir ist ein Ausnahmeteilnehmer – denn er hat das mit seiner Integration in die deutsche Gesellschaft für sich bereits hinter sich. Er ist sozusagen – ohne dass es ihm oder uns am Anfang klar war – der Experte in der Runde. Es entsteht eine seltsam beschwingte Atmosphäre, wenn er Dinge aus seinem Leben erzählt. Mehr als 35 Jahre in Deutschland, das hat natürlich geprägt. Gemerkt hat er das nicht so. Zuerst. Auch später nicht. Als er aber im letzten Jahr in Mekka seine ‚Hadsch‘ hatte, da ist ihm deutlich geworden: Er schaut da mit ganz anderen Augen hin. Unorganisiertheit, Gedrängel, Schmutz und Gerempel – das ist ihm früher nicht so aufgefallen. Jetzt stört es ihn. So sehr, dass er dem Imam dort beichten musste, dass er über die Drängler am Teestand geflücht hat – obwohl er schon die erste Stufe der Reinigung erreicht hatte. Das bezeichnet Kadir als seinen deutschen Teil. Die anderen Seminarteilnehmer staunen. Sie staunen auch darüber, wie er sein Dazwischensein in Bilder fasst. In seinem türkischen Heimatdorf, das er jedes Jahr für mehrere Wochen besucht, hat er dem Frisör erklärt, dass der Prophet es liebt, wenn Flüchtlinge die Haare umsonst geschneitten bekommen. Und dass man den Umsatz steigern kann, wenn man die Mittagspause et-

was einkürzt. Eigentlich braucht man als Frisör gar keine.

Er hat selbstverständlich geholfen, als in seinem Heimatdorf Wohnraum für Flüchtlinge gesucht wurde. Da waren diese aber schon da und hatten wochenlang vor dem Dorf im Wäldchen kampiert. In Deutschland, so Kadir Sevim, ist das einfach anders: Da wird ein Problem erkannt und dann gibt es einen Arbeitskreis, der die Sache in die Hand nimmt. Ob ihm das gefällt, habe ich ihn gefragt – „Ach“, sagt er etwas ratlos und unsicher, „gefallen schon, aber es ist auch immer so technisch: Deutsche entwickeln Konzepte und lösen Probleme. Das können die.“ Sein Lieblingswort ist übrigens „Ruck-zuck“.

Einmal, als die Teilnehmenden des Seminars eine To-do-Liste entwickelten, um ein interkulturelles Kochevent zu organisieren, hörte man Kadir Sevim mit einem muslimischen Bruder der afghanischen Moscheegemeinde vor sich hin kichern wie die Backfische: ‚So sind sie, die Deutschen. Bei uns würde man einen Tag festlegen – oder auch nicht – jedenfalls würde man sich darauf verlassen, dass alle mitmachen und einfach mal loskochen, wenn genug Menschen da sind. Und dass genug Menschen kommen, das ist doch klar: man muss das nicht in die Zeitung setzen oder Flyer drucken. Es reicht vollkommen, wenn man weiß, dass gekocht werden soll. Dann muss man Vertrauen haben und dann geht das. Inshallah.‘

Die Geschichte von Kadir Sevim ist beispielhaft für einen, der sich auf den Weg gemacht hat. Kadir erlebt die Welt in der er lebt, gleichzeitig von innen und von außen. Das ist ihm möglich, weil er sich ‚eingelassen‘ hat. Er hat bereits ganz früh den Kontakt zu Menschen der Aufnahmegesellschaft gesucht und ist ihnen in Fortbildungen und Diskussionsrunden begegnet. Kadir Sevim ist offen für das Andere. Er verkörpert alle möglichen Elemente des Fremden, wie sie im soziologischen Diskurs bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts beschrieben werden. Menschen wie Kadir Sevim haben die Werte seiner Herkunftsgesellschaft reflektiert. Als ‚marginalized man‘ – als einer, der gleichzeitig am Rand zweier Kulturen steht, kann Kadir beide Kontexte, den der Herkunftsgesellschaft und den der Aufnahmegesellschaft, für sich interpretieren und fruchtbar machen. Indem er alle diese Aspekte in die Begegnung mit der Aufnahmegesellschaft einbringt, wird er zu einem ‚nahen Fremden‘.

II. Soziologische Anhaltspunkte: zwischen ‚längst nicht mehr‘ und ‚immer noch nicht‘

Seit 1890 bis etwa 1950 und dann wieder in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts werden in der neu entstehenden Soziologie in Deutschland und den USA erstmals Theorien des Fremden formuliert, die bis heute für die Migrationsforschung grundle-



Der Vereinsvorstand des muslimischen Bildungs- und Kulturvereins IRFAN besichtigt mit einigen Flüchtlingen die Evangelische Hauptkirche Rheydt.

gend sind.¹ Der Fremde wird dargestellt als derjenige, der sich neu in einer bestehenden Gesellschaft einfindet. In seiner Andersheit ist er eine Provokation für die eingessessene Gesellschaft, aber auch eine Chance. In ihm findet sich die Synthese von Nähe und Ferne. Er bringt seine Prägungen und Kontexte mit. Trotz Integration wird er als Fremder immer wahrnehmbar bleiben. Ihm haftet eine gewisse Neutralität im Umgang mit beiden Kulturen an. Er ist der ‚marginal man‘ – der ‚Randseiter‘. Seine Fähigkeit, Werte, Perspektiven, Momente beider Kulturen aufzunehmen und zu adaptieren, macht ihn zum Träger für kulturelle und soziale Innovation. Er ist der interdisziplinäre Innovator. Er ist so *nicht mehr* Teil der Herkunftsgesellschaft und *noch nicht* Teil der Aufnahmegesellschaft.² Wer heute über Fremdheit denkt und schreibt, steht vor der Herausforderung, nationalstaatliche Strukturen und Ressentiments auf der Basis globaler Zusammenhänge zu reflektieren. ‚Der Fremde‘ ist Teil der Massenbewegungen, die wir zurzeit erleben. Die Aufnahmegesellschaften sind, wie das Beispiel Europa zeigt, nicht mehr im nationalstaatlichen Kontext zu denken, sondern als Teil der Weltgesellschaft. Nicht wenige Soziolog/inn/en bezeichnen Fremdheit daher als das wesentliche Lebensgefühl, den elementaren Zustand des 21. Jahrhunderts. Sie meinen im Sinne von Ulrich Beck³ nicht nur das ‚Unterwegs- und Konfrontiertsein‘, sondern auch die ‚Entbettung‘ aus den gewohnten Kontexten und erlernten Strategien. Von Karl Schlögel etwa stammt die Behauptung, im 21. Jahrhundert sei die Erde ‚ein Planet der Nomaden‘. Odysseus ist in diesem Sinne der Prototyp der Postmoderne.⁴

Im aktuellen Migrationsdiskurs lassen sich drei Fremdheitsdimensionen identifizieren: a) das neutral Beobachtende, b) das interkulturell Innovative, c) das verunsichernd Heimatlose. Daher sind Migrationsfragen für die Erwachsenenbildung immer zugleich Herausforderung und Bereicherung.

¹ Georg, S. (2002): Exkurs über den Fremden. In: Merz-Benz, P.-U./Wagner, G. (Hrsg.): Der Fremde als sozialer Typus. Konstanz.

² Park, R. E. (2002): Migration und der Randseiter. In: Merz-Benz, P.-U./Wagner, G. (Hrsg.), a.a.O.

³ Beck, U. (2015): Weltrisikogesellschaft. Frankfurt a.M.

⁴ Schlögel, K. (2006): Planet der Nomaden. 1. Aufl. Berlin. Schlögel beschreibt den „modernen Nomaden“ als „global citizen“, der für die globalisierte Welt existentiell wichtig ist.



Der Vereinsvorstand des muslimischen Bildungs- und Kulturvereins IRFAN besichtigt mit einigen Flüchtlingen die Evangelische Hauptkirche Rheydt.

III. Andragogische Anknüpfungspunkte: gemeinsam Lernen statt bloß belehrt werden

Die mit den Migrationsbewegungen entstehenden Schwierigkeiten und Chancen erfordern neue Bildungsmodelle, partizipatorische Projekte und offene Wertediskussionen.⁵ Insbesondere die politische Erwachsenenbildung sollte der soziologisch konstatierten ‚Identitätschance‘ mehr Bedeutung beimessen. Die Anbieter müssen in Migrationsfragen noch viel aktiver und beherzter agieren, wenn sie ein Gegengewicht bilden wollen zu neokonservativen und rechtsorientierten Bewegungen, die wohlfeil alle Probleme bei Migrant/inn/en sehen und die notwendigen Diskussions- und Homogenisierungsprozesse verweigern bzw. leugnen.

Es braucht vor allem neue didaktische Modelle. Die häufig etwas paternalistische Vorstellung, Migrant/inn/en müssten nur die richtigen Sprachkurse besuchen und darüber hinaus über ‚deutsche Werte‘ informiert und dann darauf verpflichtet werden, greift eindeutig zu kurz. Es ist vielmehr so, dass mit den Veränderungen, die durch den Zuzug von Menschen mit Migrationshintergrund entstehen, auch in der Aufnahmegesellschaft erhebliche Bildungsbedarfe entstehen. Politische Erwachsenenbildung kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie zivilgesellschaftliche Prozesse tatsächlich unterstützt und formt, wenn sie Räume schafft für interkulturelles Lernen. Für die Zusammenarbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund heißt das: Politische Erwachsenenbildung muss wahrnehmen, dass Migrant/inn/en Experten sind, und zwar für das Leben in ihren Heimatländern, für Abschied und Veränderung, für familiäre oder berufliche Unsicherheit und Improvisation, um nur Einiges zu nennen. Keine Frage: Eine gemeinsame Sprache ist der Schlüssel zum gemeinsamen Lernen. Es braucht dennoch deutlich mehr, damit die Gesellschaft nicht schief zusammenwächst.⁶ Aber was bedeutet das konkret? Mit der Aushändigung eines deutschen Grundgesetzes in arabischer Sprache ist es jedenfalls nicht getan! Politische Erwachsenenbildung muss mehr auf ‚Inklusion‘ und weniger auf die mit einem Mal

wieder vielzitierte ‚Integration‘ abzielen. Der Zuzug von Menschen mit Migrationshintergrund produziert auch in der Aufnahmegesellschaft erhebliche Befremdung und schafft viele Bildungsanlässe. Politische Bildungsarbeit richtet sich deshalb immer an beide Adressaten: an die Menschen der Aufnahmegesellschaft ebenso wie an Migrantinnen und Migranten. Sie muss ehrlicherweise die Veränderung der Aufnahmegesellschaft mitdenken und vor allem Räume schaffen für *gemeinsames Lernen*. Die althergebrachten Curricula sind endlich konsequent zu öffnen. Angebote müssen durchgängig interkulturell funktionieren, denn erst wenn alle Teilnehmenden didaktisch als Expert/inn/en gelten, besteht die Chance, dass sich Migrantinnen und Migranten auf Bildungsangebote wirklich einlassen.⁷

Fremdheit und Befremdung stellen sich in der Begegnung mit Migrant/inn/en fast immer automatisch ein. Dabei handelt es sich aber nicht allein um die Provokation der Aufnahmegesellschaft durch die, die zu ihr kommen oder die Irritation des Fremden selbst, der sich zurecht finden soll. ‚Befremdung‘ ist heute in einem allgemeinen Sinn zu verstehen, nicht als Systembegriff, der bei der Analyse bestimmter Prozesse das nötige Handwerkszeug liefert. Befremdung zeichnet gerade aus, dass sie nicht in einem eindeutigen Sinn objektivierbar ist und es ist gerade dies, die Irritation, die in hohem Maße für gesellschaftliche Entwicklung fruchtbar ist. Befremdung ist vor allem ein emotionaler Zustand, kein kategorisierbarer Tatbestand. Vielen Missverständnissen kann man ‚im Kopf‘, mit Kenntnis und Detailwissen, vorbeugen, aber deswegen ist man vor Befremdung und daraus resultierenden Konflikten längst nicht gefeit. Muss man auch nicht, man muss nur offen sein, sich befremden zu lassen und dafür braucht es geschützte Bildungsräume, Rückzugsmöglichkeiten und die Freiheit, in aller Freundschaft auch mal ‚danebengreifen‘ zu können – ein Grundprinzip der politischen Erwachsenenbildung, das in diesem Zusammenhang von elementarer Bedeutung ist.

IV. Bildungspraktische Beispiele: Pünktlichkeit, Schwimmbad und Geister irritieren

Initiierte Gespräche darüber, welche Werte in einer Gesellschaft gelten, sind oft ebenso überraschend wie verwirrend: Da werden nicht selten ‚Sauberkeit‘ und ‚Pünktlichkeit‘ zu echten deutschen Werten erklärt: ‚Da müssen die sich anpassen!‘, hört man nicht selten. Erst nach und nach wird dann klar, dass die Frage der Anpassung damit sogleich auf eine Norm, die das Miteinander regelt, eingeführt wird und keineswegs einen Gesellschaftswert meint. Ein Fremder kann durchaus mit allen unseren Werten einverstanden sein und sie sogar selbst leben – das heißt noch nicht, dass er samstags die Straße kehrt, oder da ist, wenn der Bus kommt.

⁵ Dazu Park: „Wenn die bestehende Ordnung der Gesellschaft durch den Kontakt und die Kollision mit einer eindringenden Kultur zusammenbricht, dann hat dies die Emanzipation des Individuums zur Folge.“ A.a.O., S. 62.

⁶ Koser, K. (2007): Internationale Migration. Stuttgart, S. 29ff.

⁷ Janz, R.-P. (Hrsg.) (2001): Faszination und Schrecken des Fremden. Frankfurt a. M., S. 51.

In unserem „Seminar gegen Stammtischparolen“ berichteten muslimische Teilnehmerinnen davon, wie Beschimpfungen und fremdenfeindliche Parolen ihre kulturelle Identität und Ihr Selbstwertgefühl belasten – völlig andere Erfahrungen als die der Teilnehmenden aus dem deutschen Bildungsmilieu, die nie Opfer von derart diskriminierenden Parolen geworden sind und die sich eigentlich für ein solches Seminar interessieren, weil es ihnen um politische Statements und Parteinahme für die Diskriminierten geht.

In unseren Kursen zur interkulturellen Kommunikation treffen Menschen aufeinander, die davon überzeugt sind, im Grunde keine Vorurteile zu haben und die nur noch lernen möchten, dies gegenüber Fremden unmissverständlich zu kommunizieren. In der alltäglichen Praxis der Arbeit mit Migrant/inn/en wird gerade das leicht zu einem Hochrisikogeschäft, weil es Fremdheitsgefühle leugnet und Befremdung nicht zulässt. Im Umgang mit dem Fremden lässt es sich ja gar nicht vermeiden, dass Verhaltensweisen und Strukturen vor dem je eigenen kulturellen Hintergrund interpretiert werden. Nicht nur Migrant/inn/en tun das, auch die ehrenamtlich Engagierten verfahren so, bei aller Mühe um Offenheit – wie auch anders! Die daraus entstehenden Irritationen führen viele an ihre Grenzen. Nach dem ersten Rollenspiel ist die Verwirrung groß, die Welt steht buchstäblich auf dem Kopf, denn kulturelle Codes und Bilder sind mit Emotionen, Gewohnheiten und Überzeugungen verbunden. Gestellte Situationen des Rollenspiels werden vor dem Hintergrund der eigenen ‚Codierung‘ interpretiert und geradezu zwangsläufig missverstanden. In unseren Kursen ist der kulturelle Crash gewollt und vorprogrammiert, denn dann dämmert es plötzlich der einen, dem anderen – ja, kann wohl sein, dass junge Männer aus Eritrea keine Wohngemeinschaft wollen, um den Eindruck zu vermeiden, sie könnten schwul sein. Bis dahin hatte man das für einen Luxusanspruch gehalten. Ja, und die Leute aus Mali machen immer Zusagen, die sie dann nicht einhalten – aber kann wohl sein, dass das damit zu tun hat, dass sie die Deutschlehrerin durch eine Absage nicht beleidigen wollen. Und dass die Frauen aus Ghana die Kleidung aus der Kleiderkammer meiden – tja, das hat nichts mit Dünkel oder mangelnder Bescheidenheit zu tun: Es wohnen fremde Geister darin und da weiß man nicht, auf was man sich einlässt ... Manche Irritationen, die geradezu schmerzhaft nachwirken, kann man irgendwie aufklären: dass es je nach Kultur ein polychrones oder monochrones Zeitverständnis gibt, dass Auffassungen von temporären Abläufen linear oder zirkulär sein können, das kann man wissenschaftlich erklären und in Seminaren traktieren. Schwierig ist es trotzdem, wenn Menschen aus bestimmten Kulturkreisen – jedenfalls nach unseren Wertmaßstäben – nie pünktlich sind und damit den



Pakize Temiz, stellvertretende Vereinsvorsitzende von IRFAN

guten Willen der immer pünktlichen, ehrenamtlich engagierten Menschen auf die Probe stellen, ohne es zu ahnen. Zugleich gibt es die vielen Geschichten von bestens gemeinter kultureller Ignoranz, bei denen man nicht weiß, ob man lachen oder weinen soll: Eine ehrenamtliche Flüchtlingshelferin, Diplom-Ingenieurin, Mitte 30, betreut etwa seit einem halben Jahr einen jungen Flüchtling aus Eritrea. Der sitzt traurigerweise immer in der Unterkunft und es wäre doch so schön, wenn er mal ein bisschen Sport machen könnte. „Gehen wir doch mal zusammen schwimmen!“ hat sie ihm angeboten und den vollkommen verwirrten jungen Mann zu einem Termin im Schwimmbad verdonnert. Bei aller Vorinformation und kultureller Sensibilisierung – Erfahrungen stellen sich erst ein, wenn man gemeinsam agiert, wenn man sich gemeinsam tatsächlich auf den Weg macht!

Politische Bildung im Lebenslauf ist gut beraten, sich die irritierenden Wirkungen des ‚Befremdetseins‘ zunutze zu machen. Sie tut gut daran, Fremdheit nicht allein aus einer defizitären Perspektive wahrzunehmen, sondern mit ihrem ganzen Potential zu Veränderung und Fortschritt. Es ist unabdingbar notwendig, Fremdheitsphänomene nicht im Modus ‚das Eigene / das Fremde‘ zu interpretieren. Der Fremde stört die Ordnung, aber er bestätigt sie auch. Wenn es gelingt, ‚Fremdheit‘ unter der Prämisse ‚Beziehung‘ zu denken, erhält sie eine positive Verbindlichkeit, die die Verunsicherung bei weitem überwiegt. Fremdheit so verstanden, bietet die Chance, eingefahrene eigene Ordnungsstrukturen wahrzunehmen und zu verändern.

» **Realität, Herausforderungen und Potentiale einer Politischen Evangelischen Erwachsenenbildung**



Prof. Dr.
Thomas Schlag

Theologische Fakultät der
Universität Zürich
thomas.schlag@theol.uzh.ch

I. Zur Situation

Von welcher politischen Situation, von welchen Rahmenbedingungen des Politischen muss eine zeitgemäße Evangelische Bildung ausgehen? In unserer *komplexen Realität* ist vermeintlich einfachen Antworten nicht zu vertrauen.

Dies ist die oberste Maxime für alle politische und demokratische Bildung im Lebenslauf – erst recht, wenn diese Bildungspraxis im Horizont evangelischer Verantwortung erfolgt.¹

Denn: Es ist nicht die Zeit der großen politischen Weltveränderungsprogramme oder der grundstürzenden Neuentwürfe des Politischen – auch wenn dies bei manchen Akteurinnen und Akteure in den jetzigen dauerwahlkämpferischen Polarisierungszeiten anders klingen mag. Vorschläge, die auf die Umwandlung des Ganzen zielen, sollten uns skeptisch machen. Die Welt ist tatsächlich viel zu komplex und die politischen Verhältnisse zu kompliziert, als dass wir noch einem einzelnen Lösungsvorschlag trauen könnten. Politische Vereinfacher, die vom ‚Sturz des Establishments‘, von ‚Lügenpresse‘ und ‚Feinden des Volkes‘ sprechen, haben unser tiefstes Misstrauen verdient.

Nicht nur aus der deutschen Geschichte ist zu lernen, dass die eindeutige, suggestiv glänzende Rede immer zugleich massive Schattenseiten produziert. Homogenisierendes Einheitsdenken ist notwendigerweise mit Ausgrenzungsabsichten verbunden. Wer hier und heute vollmundig von ‚der einen Wahrheit‘ spricht oder beflissen ‚Fake News‘ anprangert, der ist von fundamentalistischer Spinnerei nur einen kleinen Schritt entfernt und betreibt mehr oder weniger bewusst die Aushöhlung des demokratischen Kerngehäuses. Angesichts der politischen Gegenwart liegt es nahe, endlich so manchen gordischen Knoten durchschlagen zu wollen und der Erwachsenenbildung dabei auch eine entscheidende Durchschlagskraft zuzumessen. Denn tatsächlich leiden viele Menschen so unsäglich an den Verhältnissen, dass es zum Jammern ist. Ist es nicht höchste Zeit, sich bis in einzelne Bildungsveranstaltungen und -prozesse hinein vehement gegen Unrechtsstrukturen, Kriegstreiber und totalitäre Ideologien zur Wehr zu setzen?

Im Anschluss an die oben genannten Einstiegsfragen will ich im Folgenden insgesamt fünf unterschiedliche Optionen aufzeigen, wie sich evangelische Erwachsenenbildung in der gegenwärtigen politisch komplexen Lage positionieren kann, was dies für ihre bildungsorientierten Zielsetzungen bedeutet und welche Konsequenzen sich von dort aus für ihr Angebotsprofil ergeben.

II. Lösungsoptionen

Erste Lösungsoption: Weitreichende Absichten

Blickt man auf die offiziellen Zielsetzungen politischer Bildung, so ist hier – mindestens zwischen den Zeilen – so etwas wie der heimliche Wunsch nach einer mächtigen nachhaltigen Wirkung der eigenen Praxis unübersehbar. Viele Konzepte wollen kritisch untersuchen, „wie Macht- und Herrschaftsansprüche in den Subjekten und in den gesellschaftlichen Verhältnissen wirksam werden.“² Noch weitergehend versteht man ‚Demokratie-Lernen‘ als Beitrag zu einer ‚Kultur der Anerkennung‘ und insbesondere als Förderung der ‚politischen Mündigkeit von Kindern und Jugendlichen.‘³ Und auch in der evangelischen Erwachsenenbildung zeigen sich solche weitreichenden Absichten. Aber nun ist angesichts dieser erster Option zu fragen:

Gibt es nicht eine Normativität des Faktischen, die jede weitreichende Zielsetzung im Sinne eines ‚guten Lebens‘ in ihre Schranken weist, ja ad absurdum führt? Übernimmt man sich nicht kolossal mit solchen Veränderungsabsichten – sowohl in politischer wie in pädagogischer Hinsicht? Ist die Hoffnung, dass politische Erwachsenenbildung tatsächlich etwas Wesentliches gegen die politischen Zeitläufte bewirkt, nicht geradezu eine Selbstüberforderung?

In der gegenwärtigen Situation jedenfalls sind die großen Lösungen im Bereich des Politischen mit größter Vorsicht zu genießen. Wer immer nach Bildung strebt, muss sich einen realistischen Blick auf die Menschen zu Eigen machen. Es wäre ja mehr als vermessen und auch überaus gefährlich, wenn man Erwachsene gleichsam zielgenau durch Bildung verändern könnte. Die Rede Max Webers vom Geschäft der Politik als „starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“⁴ sollte einen viel genauer und gelassener auf die eigene Bildungspraxis blicken lassen. Gerade der Begriff der Verantwortung deutet darauf hin, dass es mit vermeintlich klaren, absoluten Gewissensentscheidungen jedenfalls keineswegs getan ist, wenn man weiterhin über unterschiedliche

¹ Vgl. dazu auch Schlag, T. (2010): *Wie demokratieförderlich kann evangelische Erwachsenenbildung sein? Überlegungen zu einer zeitgemäßen Verantwortungs-Bildung.* In: Forum Erwachsenenbildung, Heft 4/2010, S. 6–8. Im Zusammenhang von Bildung und Demokratie ders. (2016): *Art. Demokratie.* In: WiReLex [https://www.bibelwissenschaft.de/stichwort/100207/] sowie grundsätzlich zur religionspädagogischen Bedeutung des Verantwortungsbegriffs ders. (2017): *Art. Verantwortung.* In: WiReLex [https://www.bibelwissenschaft.de/stichwort/100170/].

² Eis, A. (2016) unter dem gleichnamigen Titel. In: Pohl, K. (Hrsg.): *Positionen der politischen Bildung. Interviews zur Politikdidaktik*, Bd. 2. Schwalbach/Ts., S. 408–423, hier S. 420.

³ Vgl.: Henkenborg, P. (2016) in: Pohl, K. (Hrsg.), a.a.O., S. 212–229.

⁴ Weber, M. (1919): *Politik als Beruf.* München und Leipzig, S. 66.



politische Wahrnehmungen und Haltungen im Gespräch – also diskursfähig – bleiben will. Überdies weist auch der Grundgedanke protestantischer Freiheit alle unrealistischen Zumutungen in ihre Schranken und erinnert uns daran: „Nicht was alles erreichbar ist, sondern was human begründbar ist, für Christen in Verantwortung vor Gott, wird zur Leitfrage von allem anderen. (...) Das Menschliche ist in der Menschlichkeit Gottes, die Möglichkeiten des Menschen sind in den Möglichkeiten Gottes gegründet.“⁵

Zweite Lösungsoption: Pragmatische Schadensbegrenzung

Wenn große Lösungen und politische Visionen problematisch sind, was ist dann möglich? Im Sinn einer zweiten Option könnte man sich mit den Verhältnissen, wie sie eben sind, bescheiden und lediglich versuchen, die schlimmsten Auswüchse politischer Verblendungszusammenhänge zu markieren, also auf Schadensbegrenzung zu setzen. Sollte sich die Evangelische Erwachsenenbildung womöglich vom Politischen in einer solchen Weise fernhalten und stattdessen vielmehr auf Angebote setzen, die bei der eigenen Klientel sicher nicht anecken (spirituelle Wellness, ästhetischer Kunstgenuss, faszinierende Bildungsreisen u. ä.)? Eine solche Option käme aber nun einer inneren oder äußeren Emigration der Erwachsenenbildung gleich und wäre genauso problematisch wie die anfangs genannten allzu weitreichenden Absichten und Visionen.

Aktuelle konzeptionelle Stellungnahmen und Angebotsstrukturen der Evangelischen Erwachsenenbildung machen nun deutlich, dass die schroffe

Alternative von überhöhtem Geltungsanspruch einerseits und Wohlfühlquietismus andererseits eher überwunden ist. Man versucht, weder mit idealistischem Gestus aufzutreten noch sich einfach in die spirituelle Innerlichkeit zurückzuziehen. Vieles ist deutlich differenzierter als ich es in meinen beiden ersten Lösungsoptionen skizziert habe – hoffentlich. Im Bildungsbereich, insbesondere in der Evangelischen Erwachsenenbildung, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eher eine ‚Kultur der sorgfältigen Abwägung‘ herausgebildet. Diese Abwägungskultur zeigt sich wiederum in unterschiedlichen Facetten, von denen aus im Folgenden zwei weitere Optionen („Plattformen herstellen“ und „Differenzierungskompetenz befördern“) erkennbar werden:

Dritte Lösungsoption: Plattform für vernünftige Urteilsbildung

Zum einen gibt es die breit etablierte Option, als Erwachsenenbildung ‚Plattformen‘ für heiße politische Eisen zu bieten. Auf Podien, in Akademiegesprächen oder Abendveranstaltungen werden brisante Themen auf den Prüfstand gestellt. Dann referieren mehr oder weniger prominente Personen oder kundige Expert/inn/en den Stand der Dinge aus ihrer Sicht. Im Anschluss besteht, wie es dann gerne heißt, noch die Möglichkeit zu Rückfragen, manchmal sogar zur Diskussion.

Bei einer solchen Option enthalten sich die Anbieter aus programmatischen Gründen der eigenen profilierten Stellungnahme. Sie eröffnen vielmehr den Raum für unterschiedliche Haltungen, Meinungen und Einstellungen. Sie betreiben sozusagen

⁵ Kirchenamt der EKD (Hrsg.) (2003): *Maße des Menschlichen. Evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.* Gütersloh, S. 60.

programmatisch Agendasetting und wollen auf diese Weise das aufgeklärte Nachdenken befördern.

Natürlich hat eine solche Plattformbildung ihr gutes Recht und macht in vielen Fällen großen Sinn. Der Zulauf zu solchen Angeboten gerade im Fall von medial präsenten Personen scheint den Initiatoren überaus recht zu geben (siehe Beitrag Kessler in dieser Ausgabe). Indessen weiß man aus der pädagogischen Praxis, dass Plattformen alleine noch keine politische Bildung garantieren. Wenn sozusagen von vorne beziehungsweise indirekt von oben her die Marschroute vorgegeben wird und bestenfalls einige Kommentierungen möglich sind, hat am Ende niemand einen Erkenntnisgewinn.

Abwägungskultur braucht mehr als eine Plattform. Erst in dialogischen Erkenntnisprozessen, das heißt, erst durch die Pflege einer intensiveren Wahrnehmungs- und Kommunikationskultur, lassen sich Argumente und Einstellungen tatsächlich auf den Prüfstand stellen.

Vierte Lösungsoption: Differenzierungskompetenz befördern

In pädagogischen und religionspädagogischen Entwürfen ist derzeit intensiv, wenn auch etwas abstrakt, vom Ziel der ‚Differenzierungskompetenz‘ die Rede. Eingeübt und gepflegt werden soll eine Kultur, in der die Sachverhalte, Argumente und Streitpunkte zuallererst möglichst genau wahrgenommen werden. Im Sinne eines Perspektivenwechsels sollen sich Lernende darin einüben, die wesentlichen Argumente der Gegenseite überhaupt erst einmal mit einzubeziehen. Dies verbindet sich mit der Vorstellung einer rationalen, gleichberechtigten Diskurskultur, in der jeder seine Stimme, jeder seine Zeit und jeder seinen Raum ‚gleichsam auf Augenhöhe‘ erhält. Begriffe wie ‚Pluralitätsfähigkeit‘ oder ‚gleichberechtigte Teilhabe am Gespräch‘ haben hier ihren originären Ort.

Natürlich ist dieser Ansatz sympathisch und hat seine konstruktive Dimension. Aber im Einzelfall kann eine solche dialogisch-konziliante Diskurskultur auch furchtbar politisch korrekt wirken. Denn faktisch kann es passieren, dass damit gleichsam unter der Hand sperrige, weniger sorgfältig und sensibel vorgetragene Positionen als unbequem oder störend abgetan werden.

Und ein Weiteres ist hier zu bedenken: Dem Anderen ernsthaft zuzuhören, ihn ‚als Anderen‘ stehen zu lassen, geht ja nur dann, wenn ich meiner eigenen Position extrem sicher sein kann – wenn ich aus einer gleichsam unantastbaren, elitären Position heraus argumentieren kann.

Ist aber eine solche Konsenskultur am Ende nicht die eigentlich exklusivistische Kommunikationsform, eine elitäre Spielart von Bildung, die es sich in unseren Veranstaltungen längst

bequem gemacht hat? Wo zeigt sich nicht nur die sorgsam abwägende und sensibilisierende, sondern die aufrüttelnde Dynamik einer zugleich evangelischen und politischen Erwachsenenbildung?

Haben alternative politische Anschauungen in unserer Konsens-Bildungskultur wirklich noch ihren Platz oder sind wir schon längst inmitten schein-demokratischer Diskurse mit subtilen Diskriminierungsformen? Warum wird so häufig für die ‚genauere Wahrnehmung‘ plädiert, ohne dass ein wirklich scharfer, stechender Blick zu verspüren ist? Sind womöglich längst Satttheit und Saturiertheit an die Stelle von notwendigem Scharfsinn getreten? Ist es am Ende gar Feigheit, dass wir dem klaren und unterscheidenden Wort nur noch zögerlich einen Raum einräumen? Zum Teil ist hier schon die Sprache verräterisch, dann etwa, wenn wieder einmal etwas leidenschaftslos angekündigt wird, dass in einer Veranstaltung etwas ‚erfahren‘ werden soll. Sind nicht echte Erfahrungen stets auch existenzielle Erfahrungen, die uns gar nicht unberührt lassen können? Warum ist so häufig von Empathie die Rede, aber echtes Pathos, echte Leidenschaftlichkeit ‚um des Menschen willen‘ immer seltener anzutreffen?

Fünfte Lösungsoption: Scharfe und kluge Unterscheidungskunst

Nach diesen beiden „sorgfältig-abwägenden“ Optionen sei deshalb noch eine fünfte Möglichkeit angesprochen: Differenzierungen bestehen gerade im Bereich des Politischen nicht nur aus sorgfältigen Abwägungen, sondern ebenso aus Unterscheidungen und damit immer auch aus Entscheidungen. Dafür ist ein zugleich gepflegter und scharfer Streit notwendig. Das heißt nicht, dass politische Erwachsenenbildung darauf abzielen sollte, Konflikte und Dissense erst zu erzeugen. Das braucht es gar nicht, denn Konflikte sind unter den beteiligten Akteurinnen und Akteuren ja ohnehin schon vorhanden. Man sollte aber auch nicht allzu schnell auf einen versöhnten Konsens zielen, sondern Konflikte und Dissens erst einmal überhaupt zulassen.

Ein wesentlicher öffentlicher Auftrag für die Evangelische Erwachsenenbildung besteht darin, diese Konflikte in einem öffentlichen Raum überhaupt erst zur Sprache zu bringen. Es kann nicht das Ziel sein, unverdrossen nach Konsens zu suchen, womöglich gar, um einen bevorstehenden Streit zu vermeiden. Stattdessen heißt Bildungsverantwortung, eine Kultur einzuüben, in der Meinungskonstellationen auf den Tisch kommen können und als Dissens ausgehalten werden. Zu pflegen ist eine dialogische Kommunikationskultur, die darum ringt, den Anderen – gerade auch im Fall des Konflikts – als Anderen in seiner Haltung, Einstellung oder Herkunft anzuerkennen.

Nun ist zu Recht zu fragen: Verliert eine Haltung derart umfassender Anerkennung aber nicht alles Kritik- und Veränderungspotential und führt am Ende dazu, dass sich selbst abseitige politische Positionen anerkannt fühlen? Dieser Streit ist etwa jüngst in der Frage aufgebrochen, ob denn AfD-Mitglieder auf Podien des Deutschen Evangelischen Kirchentags eingeladen werden sollten.⁶ Natürlich gehört zur Pflege von produktivem Streit, zum Aushalten von Konflikt und Dissens, dass seitens der Verantwortlichen nicht willenlos akzeptiert wird, was so alles geäußert wird. Antagonismen sind zu benennen und destruktive Verhaltensweisen eben nicht klaglos zu akzeptieren. Sonst wäre man als Erwachsenenbildnerin alsbald wieder in der Rolle einer mehr oder weniger profllosen Moderatorin, die bestenfalls versuchen kann, die Kontrahenten zusammenzuhalten oder zu verhindern, dass diese sich die Köpfe einschlagen. Damit ist die Frage aufgeworfen, nach welchen inhaltlichen Kriterien und mit welchem inhaltlichen Profil eine solche scharfe und mutige, politische evangelische Bildung im Lebenslauf auftreten sollte.

III. Höchste Zeit für eine prophetische Erwachsenenbildung

Die Suche nach dem evangelischen Profil ist fraglos eine zentrale Daueraufgabe und wird es auch bleiben, denn natürlich soll Evangelische Erwachsenenbildung inmitten der Bildungsträgerlandschaften unterscheidbar bleiben und sich so zeigen. Subsidiarität macht es geradezu notwendig, dass man die Spezifik des eigenen Bildungsprogramms auch inhaltlich plausibel bestimmen kann. Wie aber – so kann man ja gerade in diesen Reformationsjubiläumszeiten fragen – manifestiert sich evangelischer Glaube in der Politischen Erwachsenenbildung?

Vom Prophetischen war innerhalb evangelischer Bildungstheorie lange nicht mehr die Rede.⁷ Wer möchte heute auch noch mit dem alten prophetischen Überlegenheitsgestus auftreten, denn ganz zu Recht ist eindeutige Rede nicht unbedingt kommunikationsförderlich, sondern problematisch und per se verdächtig. Wenn ich gleichwohl das Element des Prophetischen stark mache, so geschieht das aus Gründen, die mit dieser Tradition ganz unmittelbar verbunden sind: Die Propheten gewannen ihre Artikulationsschärfe aus einer doppelten Haltung heraus: zum einen durch den *scharfen und höchst aufmerksamen Blick auf die je konkreten Lebensverhältnisse* (immer im Licht der Frage: „In welchem Sinn sind diese Verhältnisse zerstörerisch, wo sind sie lebensdienlich?“); zum anderen *aus der Haltung des unbedingten Vertrauens auf Gottes Weltwirken* (immer im Licht der Frage: „Wie verhält sich Gott zu diesen Verhältnissen und was fordert er von uns?“) Prophetische Schärfe lebt also von einer möglichst genauen und kritischen Wahrnehmung



Die Propheten Jesaja, Jeremia und Ezechiël

des Politischen und von der unbedingten Vertrauenshaltung auf Gottes lebensdienliches Handeln.

Vor diesem Horizont lassen sich das Profil und die Potentiale Evangelischer Erwachsenenbildung näher bestimmen: Es wurde bereits oben erklärt, dass wir uns nicht in einer Zeit der großen prophetischen Programmankündigungen befinden. Heilsvisionen sind uns zu Recht verdächtig. Aber gerade aus prophetischer Perspektive kann Evangelische Erwachsenenbildung per se nicht unpolitisch sein – dies wäre in höchstem Maß verantwortungslos. Gerade deshalb braucht es mehr denn je den scharfen Sinn, der konkrete Missstände wirklich benennt und beklagt: „Lebendig ist das Wort Gottes, wirksam und schärfer als jedes zweischneidige Schwert.“ (Hebr 4,12). Es braucht die kritisch-wachsamen Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen – gerade dort, wo wie selbstverständlich von hochproblematischen Menschenbildern ausgegangen wird. Wenn es der Evangelischen Erwachsenenbildung etwa gelingt, die Schattenseite der weit verbreiteten Selbstoptimierungsideologie deutlicher zum Vorschein zu bringen, dann zeigt sie sich damit auch von ihrer zutiefst barmherzigen Seite.

Evangelische Erwachsenenbildung muss daher *Sprach- und Medienkritik* befördern. Sie sollte darauf hinweisen, wo durch Sprache bestimmte Welt-sichten untermauert oder verschleiert werden. Sie muss mit medienkritischer Kompetenz Indoktrinationstendenzen und Entmündigungsabsichten entlarven.

⁶ Vgl.: Eckert, S. (2016): AfD auf dem Kirchentag. In: *zeitzeichen* 17 (Dezember 2016), S. 60; und Aus der Au, C. (2017): Mut zu schmutzigen Händen. In: *zeitzeichen* 18 (Januar 2017), S. 36f.

⁷ Vgl. dazu in Kürze: Schlag, T. (2017): Alttestamentliche Prophetie als Thema religiöser und interreligiöser Bildung – Hermeneutische Überlegungen zur religionspädagogischen „Wahrnehmung“ des Alten Testaments. In: *EvTh* 77.



Die Berufung von Jesaja. Jesaja 6, 1-7

Aber auch die Pflege der *selbstkritischen Wahrnehmung* gehört zu einer prophetischen Erwachsenenbildung. Wir sollten uns den Spiegel vorhalten, wo und wie wir selbst politisch fragwürdig denken und argumentieren, wo sich bei uns eigene Vorurteilsstrukturen, Unzulänglichkeiten und Radikalismen Bahn brechen.

Für eine solche im besten Sinn streitbare Evangelische Bildungskunst braucht es nicht nur den scharfen Blick, sondern auch das scharfe Wort – natürlich nicht im Duktus von Allwissenheit und Alternativlosigkeit, denn dies wäre sonst nur eine an-

dere Spielart von Entmündigung. Wie also soll man mit dem prophetischen Exklusivismus und der überlieferten theologischen Radikalität umgehen? In jedem Fall sind theologische Kontextualisierungsversuche nicht einfach. Die Aufforderung etwa zur prophetischen Unruhestiftung kann nicht mit vermeintlich eindeutigen Positionierungen in materiaethischen Fragen verbunden oder gar verwechselt werden. Es kann prophetisch aber auch nicht einfach jede Meinung als gleichberechtigt stehen gelassen werden, sondern das scharfe Wort dient dem Ziel, dass Gegenargumente sich wirklich als Argumente ausweisen müssen. Sie müssen auf den Prüfstand, sich der offenen Diskussion aussetzen und dürfen nicht der Selbstimmunisierung dienen: „Eure Rede soll stets Anklang finden und doch voller Würze sein; ihr sollt imstande sein, jedermann Red und Antwort zu stehen.“ (Kol. 4,6)

Dies hat auch institutionelle Konsequenzen, im Blick auf die *Angebotsstrukturen* und das *Angebotsprofil*: Eine politisch profilierte Evangelische Erwachsenenbildung muss sich fragen, wie sie ihre vertrauten Klientelstrukturen ausweiten kann. Es ist mehr denn je ihre Aufgabe, sich bewusst auch dorthin zu begeben, wo sie nicht mit Zustimmung und Wohlwollen rechnen kann, wo sie möglicherweise sogar bewusst zum Spielverderber werden muss.

Für all dies braucht es sowohl konzeptionell wie in den konkreten Bildungsprozessen notwendigerweise einen immer auch *spirituellen Scharfsinn*. Jedenfalls sollte man sich in den vermeintlich säkularen Bildungskontexten und -konstellationen des Evangeliums nicht schämen (vgl. Röm 1,16). Alles andere käme einer Selbstsäkularisierung gleich. Erst durch ein solches profiliertes und wachsame Gottvertrauen bekommen alle Evangelischen Erwachsenenbildungsprogramme und ihre politischen Zeitansagen die notwendige lebensdienlich-prophetische Tiefenschärfe.

» Politische Partizipation spielerisch entwickeln

I. Prolog aus Graz

Vor einigen Jahren leitete ich ein Forumtheaterprojekt mit Männern und Frauen, die von Wohnungslosigkeit betroffen waren. In einem über mehrere Wochen verlaufenden Proben-, Reflexions- und Gestaltungsprozess erarbeiteten wir eine auf authentischen Erfahrungen beruhende Szenenfolge, die Herausforderungen und Barrieren thematisierte, mit denen wohnungslose Menschen konfrontiert sind, wenn sie mit ihrer schwierigen Lage zurechtkommen beziehungsweise aus dieser wieder herausfinden wollen. Im Zuge der interaktiven Aufführungen dann wurde das Publikum eingeladen, die Rolle der wohnungslosen Protagonist/inn/en in den jeweiligen Szenen zu ersetzen und alternative Handlungsmöglichkeiten in den dargestellten Szenen zu erproben, die zur Überwindung von Barrieren, Ausgrenzungen und Stigmatisierungen beitragen. Bei einer Aufführung waren auch Frauen des kommunalen Frauenwohnheims im Publikum, die die dargestellten Themen aus eigener Erfahrung nur zu gut kannten. Eine der wohnungslosen Frauen ergriff zweimal die Möglichkeit, durch einen Einstieg ins Spielgeschehen den Verlauf der Szenen zu verändern. Gleich nach der Aufführung fragte sie, ob sie sich dem Projekt und der Gruppe anschließen könne, weil sie so gerne wieder Theater spielen wolle. Die Gruppe war einverstanden und in der Folge wirkte P. als Darstellerin und an der Formulierung von politischen Vorschlägen und Forderungen zur Verbesserung der Wohnungslosenhilfe mit. Bei den Aufführungen zeigte sich immer wieder, dass individuelle Handlungen oft an strukturelle Grenzen stoßen und dass daher auch Veränderungen der strukturellen, politischen Rahmenbedingungen benötigt werden.

Diese Vorschläge und Forderungen wurden schließlich im Rahmen einer Aufführung im Grazer Rathaus von den wohnungslosen Menschen genau von jenen Plätzen aus präsentiert, wo normalerweise der Bürgermeister und die Stadträte/Stadträtinnen sitzen. Nun waren die Politiker/innen mal zuhörend und zuschauend, zuvor auch mitspielend, in die Szenen eingreifend und auf die Situation der wohnungslosen Menschen fokussiert. Diese temporäre, symbolische Umkehrung der Machtverhältnisse trug tatsächlich zu einem Dialog bei, der die politische Debatte zur Grazer Wohnungslosenhilfe voranbrachte.

P. war in der Folge an weiteren Projekten beteiligt, bei denen Menschen mit Ausgrenzungs- und Armutserfahrungen ihre Themen und Anliegen

in Theaterszenen transformierten und in Dialog mit dem Publikum und der Politik traten. Parallel dazu wuchs ihr politisches Interesse: ‚Ich hatte zunächst einfach Lust am Theaterspielen, aber je länger ich dabei war, desto

mehr entwickelte sich mein Interesse an politischen Vorgängen, die Auswirkungen auf mein Leben haben – davor habe ich mich überhaupt nicht für Politik interessiert.‘ Und dies hatte zur Folge, dass P. immer wieder politische Anliegen und Forderungen gegenüber Öffentlichkeit und Politik vertrat, an Podiumsdiskussionen teilnahm, bei einer Erwerbsloseninitiative und bei der Österreichischen Armutskonferenz aktiv wurde, regelmäßig eine Sendung in einem Freien Radio gestaltet und noch Vieles mehr.

Diese Geschichte ist kein Einzelfall, immer wieder haben wir in unserer partizipativen Theaterarbeit¹ erlebt, dass sogenannte (!) bildungs- und politikferne Menschen beginnen, sich verstärkt mit politischen Fragen auseinanderzusetzen, vor allem dann, wenn ihre eigenen, oft schwierigen und prekären Lebenslagen davon berührt werden: Sie waren nicht einfach Betroffene, sondern wurden vielmehr zu Expert/inn/en in eigener Sache und zu verschiedenen gesellschaftspolitischen Themenfeldern.

Auf Theaterformen und andere Formate, die so etwas ermöglichen, werde ich später eingehen. Zunächst formuliere ich einige Gedanken zur Verbindung von ästhetisch-kultureller Bildung und politischer Bildung beziehungsweise Beteiligung.

II. Ästhetisch-kulturelle Bildung und politische Ansprüche

Friedrich Schiller zufolge macht erst das ästhetische Spiel den Menschen zum humanen Menschen, im freien Spiel entfalte sich der Mensch in seiner ihm möglichen Humanität. Der Umgang mit Kunst und Schönheit ist als ein gesellschafts- und politikveränderndes Moment zu verstehen. Allerdings blieb dieses Konzept ästhetischer Bildung, das von einer künstlerischen Autonomie ausgeht, auf wenige auserlesene Zirkel beschränkt. Der ästhetische Weg zur politischen Freiheit, die Versöhnung von Ratio



Dr. phil. Michael Wrentschur

Geschäftsführer von InterACT, Werkstatt für Theater und Soziokultur in Graz

michael.wrentschur@uni-graz.at

<http://www.interact-online.org>

¹ Gemeint ist „InterACT“, die Werkstatt für Theater und Soziokultur (www.interact-online.org).



„Human Right to Work“ im Landtag 2013

² Dietrich, C. (2012): Ästhetische Erziehung. In: Bockhorst, H. u.a. (Hrsg.): Handbuch Kulturelle Bildung. München, S. 124.

³ Fuchs, M. (2012): Politische und kulturelle Bildung. In: Akademie Remscheid: Das Politische in der kulturellen Bildung (=Kulturpädagogik 2012. Jahrbuch der Akademie Remscheid. Remscheid), S. 115.

⁴ Brandstätter, U. (2012): Ästhetische Erfahrung. In: Bockhorst, H. u.a. (Hrsg.): A. a. O., S. 180.

⁵ Jäger, J./Kuckhermann, R. (Hrsg.) (2004): Ästhetische Praxis in der Sozialen Arbeit. Weinheim und München, S. 20f.

⁶ Bareis, E./Cremer-Schäfer, H. (2013): Empirische Alltagsforschung als Kritik. In: Graßhoff, G. (Hrsg.): Adressaten, Nutzer, Agency. Wiesbaden, S. 143.

⁷ A. a. O., S. 144.

⁸ Böhnisch, L./Schroer, W. (2007): Politische Pädagogik. Eine problemorientierte Einführung. Weinheim und München, S. 197.

⁹ Vgl.: Stamm, K. H. (1988): Alternative Öffentlichkeit. Frankfurt/New York, S. 268 zit. nach Dirnstorfer, A. (2006): Forumtheater als Raum diskursiver Konfliktbearbeitung. In: Odierna, S. u.a. (Hrsg.): Theater macht

und Gefühl, blieb utopisch-elitär und auch zu sehr „beim behaglichen Genießen des ‚schönen Scheins‘ der Fiktionalität“². Aktuell betont etwa Max Fuchs die Verbindung von ästhetisch-kultureller und politischer Bildung: Die Pädagogik habe die Aufgabe, die Menschen so zu stärken, dass sie an Politik und Gemeinwesen teilhaben können. Zur politischen Bildungsarbeit sollten auch kulturpädagogische Methoden gehören, zumal gerade die ästhetisch-kulturelle und künstlerische Tätigkeit vielfältige „(...) Kommunikations- und Ausdrucksmöglichkeiten mobilisiert (...). Emotionalität wird erreicht und freigesetzt, wodurch eine besondere Erlebnisqualität entsteht. In einem geschützten Raum kann man (...) handlungsentlastet sich selber erproben, sich spielerisch auf neue, fremde Erfahrungen einlassen“³.

Ästhetische Erfahrungen sind nicht nur in der Sinnlichkeit der Wahrnehmung beziehungsweise im leiblich-sinnlichen Erleben verankert, sie drängen auch zur reflexiven Verarbeitung, ohne dabei jedoch den Bezug zur Körperlichkeit zu verlieren. Durch solche „(...) ästhetischen Erfahrungen erleben wir uns selbst und die Welt gleichzeitig und werden zu vielfältigen Wechselspielen angeregt“⁴. Zugleich wird dabei „das kritische Potenzial ästhetischen Handelns sichtbar. Realität *ist* nicht, sie wird durch Wahrnehmung und Deutung menschlicher Akteure erst geschaffen. Die Veränderung der Wahrnehmungsperspektive ist der Beginn der Veränderung der Wirklichkeit“⁵.

Allerdings warnt man zu Recht auch vor einer drohenden Überfrachtung der ästhetischen Praxis und Bildung mit abstrakten politischen und moralischen Erwartungen und Versprechungen, die das spezifisch Ästhetische nicht beachten. Mit der umfassenden Ästhetisierung des Alltags jedenfalls haben nicht alle Menschen die gleichen Chancen und Ressourcen bekommen, sich künstlerisch-ästhetisch zu beteiligen oder anregen zu lassen. Stattdes-

sen reduzierten sich die Chancen auf Anerkennung und soziale und kulturelle Teilhabe, da soziale Ungleichheitsverhältnisse, Ausgrenzungsprozesse und Machtstrategien auch über ästhetisch-kulturelle Praktiken wirksam werden.

Eine kulturell-ästhetische Bildung für alle kann dem entgegenwirken.

III. Politische Beteiligung: Widersprüche und Herausforderungen

Die politische Erwachsenenbildung steht vor großen Herausforderungen und ist selbst nicht frei von Widersprüchen: In einer ‚Postdemokratie‘ wächst die Distanz zwischen Politik und Bevölkerung, Möglichkeiten zur Beteiligung, Kontrolle und Einflussnahme durch zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure schwinden, die partikularen und spezifischen (ökonomischen) Interessen Einzelner und ihrer Lobbys bleiben verdeckt. Zudem verschleiern politisch-mediale Diskurse „das ‚strukturelle‘ Moment von Ungleichheit und Ausschließung von politischer Partizipation“⁶.

Demokratie entsteht erst dann, wenn gerade jene, die „keinen Anteil haben bzw. nicht nach vorgegebenen Regeln in Gesellschaft ‚integriert‘ sind, in Dissens zu den etablierten gesellschaftlichen Institutionen [...] treten und Anteil haben, partizipieren wollen. Sie stellen dabei allerdings notwendig die geltenden Regeln der Partizipation in Frage. Die Infragestellung, der Dissens, der Konflikt ist das demokratische Ereignis.“⁷

Die Entgrenzung des Sozialstaates im digitalen Kapitalismus indes riskiert eine wesentliche Bedingung von Partizipation: „Je mehr sich die sozialen und psychischen Energien auf das arbeitsschaftliche Mithalten konzentrieren, desto wahrscheinlicher werden die Exklusionseffekte für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen“⁸. Gesellschaftliche Subsysteme, wie das Rechts-, Wirtschaftssystem oder das politisch-administrative System, dringen zweckrational handelnd in die Lebenswelt der Menschen ein und lassen diese verdorren. Um die Austrocknung der politischen Öffentlichkeit zu verhindern, müssen Lernfelder für einen verständigungsorientierten, demokratischen Dialog geschützt und oft auch neu inszeniert, angeregt, arrangiert werden. Nur eine gestärkte Lebenswelt, die emanzipatorische Potenziale zulässt und sich den ‚Imperativen des Systems‘ entzieht, ermöglicht den Individuen, ‚die normativen Werthaltungen und Orientierungen in Frage zu stellen, (und) sich in einem langwierigen Lernprozess von diesen abzukoppeln und zu emanzipieren.“⁹

Damit verschiedene Gruppen ihre Interessen geltend machen, sich selbst positionieren und als Subjekte ernst nehmen können, müssen gerade mit

Blick auf Menschen in schwierigen und benachteiligten Lebenslagen vielfältige Räume der Anerkennung geschaffen werden, wo sie Zugänge zu ihrem eigenen Erleben, ihren Sichtweisen, Ansichten und ihrer Sprache finden. Die gemeinsame Reflexion der Lebenslagen bildet eine Grundlage von solchen partizipativen Prozessen und der Entwicklung gerade auch von dissidenten, (gesellschafts-)kritischen Anliegen und Forderungen. Nicht die Anpassung an das vorherrschende System sollte im Vordergrund stehen, sondern die zumeist auch konfliktvolle und widersprüchliche Einflussnahme durch alternative Ideen, Werte und Interessen. Politische Teilhabe, wenn sie mehr sein soll als ein Anpassungszwang, kann sich nur dort entwickeln, wo sich auch benachteiligte Subjektivität entfalten kann. Es brauche daher mehr „Kreativität und Phantasie, um das Politische im (...) Alltag zum Leben zu erwecken und Demokratie als Lebensform zu gestalten“¹⁰. Auf diese Weise kann sich das Politische wieder freier und zugleich intensiver mit der Gesamtheit der Lebensvollzüge verbinden.

IV. Vom Forumtheater zum Legislativen Theater: Ein kreativer Raum für demokratische Beteiligung

Es gibt vielfältige Formate, bei denen Theaterspielen, politische Erwachsenenbildung und Beteiligung verbunden werden, etwa beim ‚Lehrstückspiel‘ nach Bertolt Brecht¹¹: Lehrstücke sind spezielle Stückvorlagen, die gesellschaftliche Macht-, Herrschafts- und Gewaltverhältnisse in zugespitzter, verdichteter und drastischer Weise zum Ausdruck bringen. Das Besondere dabei: Die Texte sind in erster Linie nicht für klassische Theaterkontexte entwickelt, bei denen die Darsteller/innen von den Zuschauer/innen getrennt sind. Die politischen Lern- und Bildungsprozesse beim Lehrstückspiel werden durch den Wechsel vom aktiven Selberspielen, Beobachten und Diskutieren dieser speziellen Stückvorlagen angeregt. Zentral ist dabei der Begriff der ‚Haltung‘. Damit sind sowohl innere Einstellungen, Werte und Überzeugungen gemeint als auch die Art und Weise, wie diese sich im Außen, im Körper und im Gestus, in der Mimik und im Tonfall zeigen. Die Spielenden bringen ihre eigenen gesellschaftlichen und politischen Erfahrungen in diese Vorlagen ein und die Spielvorlagen fordern dazu auf, die eigene Teilhabe an beziehungsweise die eigene Verstrickung in gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse auch sinnlich, leiblich, emotional zu erleben, sie zu reflektieren und spielerisch mit ihnen zu experimentieren. Die Lehrstückpraxis ist keine politische Aktion im politischen Feld, vielmehr regt der ästhetische Prozess zur Reflexion über die soziale und politische Realität der Mitwirkenden und zur Wahrnehmung und Veränderung von Haltungen an.

Bei zahlreichen Formen des *Mitspiel- und Animationstheater*s wird das Publikum während der



„Kein Kies zum Kurven Kratzen“ im Parlament 2010

Aufführung eingeladen, sich zu beteiligen. Oft sind Ausgangssituationen, Handlungsgerüst und Bühnenfiguren fixiert, „(...) während der Ablauf des Geschehens durch das Eingreifen der Zuschauer beeinflusst wird. Das können Zwischenrufe, Dialoge zwischen Zuschauern und Darstellern, gemeinsame Beratungen über den Fortgang oder das Mitmachen von Zuschauern auf der Bühne sein“¹². Mitspieltheater ermöglicht Formen des politischen Handelns wie: sich zu Wort melden; in der Öffentlichkeit seine Meinung sagen und für seine Überzeugung stehen; Einspruch erheben, wenn Unrecht geschieht; Widersprechen und sich einmischen; Gegenpositionen erkennen lernen etc.: „Das Ziel des Mitspiels ist: Kommunikation aller Beteiligten zu verwirklichen. Das Theater soll nicht nur Ort der Handlung sein, sondern zum ‚Ort der Verhandlung‘ werden“¹³.

Eines der bekanntesten Formate ist das *Forumtheater* aus dem *Theater der Unterdrückten* (=TdU) nach Augusto Boal.¹⁴ Bei allen Formen des TdU werden ästhetisches, ethisches und politisches Gestalten und Handeln miteinander verbunden, die ästhetische Bildung beim TdU setzt sich zum Ziel, „(...) die ästhetischen Kapazitäten der Bürger und Bürgerinnen zu entwickeln (...). Dabei richtet sich der Blick immer auf die gelebte Wirklichkeit und deren mögliche Veränderungen. Wer die Wirklichkeit verändert, wird durch das Verändern selbst verändert“¹⁵. Die Schärfung der Wahrnehmung eröffnet Möglichkeiten, um den Mächtigen und den von ihnen ästhetisch produzierten Bildern entgegenzuwirken. In der Spannung zwischen Alltagsrealität und Vision entdecken die Teilnehmenden – in ihrer ‚Doppelrolle‘ als Menschen und Schauspieler/innen – vielfältige Deutungs-, Handlungs- und Veränderungsmöglichkeiten in Bezug auf ihre soziale Realität. Forumtheater ist eine interaktive Aufführungsform, bei der das Publikum eingeladen wird, sich am Spielgeschehen zu beteiligen, um vielfältige Lösungs- beziehungsweise Veränderungsideen für einen dargestellten gesellschaftlichen oder politischen Konflikt oder ein Problem auszuprobieren.

Politik. Forumtheater nach Augusto Boal. Ein Werkstattbuch. Neu-Ulm, S. 26.

¹⁰ Böhnisch, L./Schroer, W. (2007): Politische Pädagogik. Eine problemorientierte Einführung. Weinheim und München, S. 193.

¹¹ Vgl.: Steinweg, R. (1995): Lehrstück und episches Theater. Brechts Theorie und die theaterpädagogische Praxis. Frankfurt a. M.

¹² Weintz, J. (1998): Theaterpädagogik und Schauspielkunst. Ästhetische und psychosoziale Erfahrungen durch Rollenarbeit. Butzbach-Griedel, S. 326.

¹³ Hoppe, H. (2011): Theater und Pädagogik: Grundlagen, Kriterien, Modelle pädagogischer Theaterarbeit. Berlin/Münster/Wien, S. 98.

¹⁴ Boal, A. (2013): Übungen und Spiele für Schauspieler und Nicht-Schauspieler. Frankfurt a. M.

¹⁵ Staffler, A. (2009): Augusto Boal. Einführung. Essen, S. 55f.

Die Schauspieler/innen improvisieren und reagieren auf diese Veränderungsidee aus der Perspektive ihrer jeweiligen Rolle heraus, wodurch Folgen des Handelns unmittelbar sichtbar gemacht werden. Diese Form des demokratischen Dialogs in Handlungen eröffnet einen *Proberaum für die Realität*. Die Teilnehmenden werden angeregt, Lösungen für gesellschaftliche Konflikte oder Probleme zu finden sowie gemeinsam Wege zu entwickeln, einschränkende, diskriminierende und unterdrückende Verhaltensweisen und Strukturen zu verändern. Nur wenn Machtressourcen mobilisiert werden, lassen sich Machtbalancen herstellend beziehungsweise es wird ermöglicht, dass Menschen eigenmächtiger handeln und sich zusammen mit anderen versierter in politische Prozesse einmischen.

Ein weltweit angewandter Ansatz, der Forumtheater mit politischer Beteiligung und Demokratisierung verbindet, ist das *Legislative Theater*. Es wurde erstmals zwischen 1993 bis 1996 im Stadtparlament von Rio de Janeiro realisiert. Augusto Boal nutzte seine Rolle und die damit verbundenen Ressourcen als gewählter Stadtrat, um Theater mit politischer und legislativer Arbeit zu verbinden und dabei vor allem die Anliegen, Vorschläge und Forderungen marginalisierter Gruppen in die Tat umzusetzen. In verschiedenen Stadtteilen waren 25 bis 30 Forumtheatergruppen aktiv, die Stücke zu ihren jeweiligen Problemen und Anliegen entwickelten und auf Plätzen, in Straßen und Restaurants öffentlich und interaktiv aufführten. Über die Einstiege der Zu-Schauspieler/innen wurden Ideen und Vorschläge für Veränderungen und Verbesserungen gesammelt und dokumentiert. Ausgewertet wurden die Dokumentationen in Hinsicht auf daraus abzuleitende politische Initiativen im Stadtparlament: Welche Rahmenbedingungen sind zu verändern, neu einzuführen oder abzuschaffen? Die Impulse und Ideen aus den öffentlichen Aufführungen wurden über das externe in das interne Kabinett weitergeleitet und dort in Gesetzesentwürfe und politische Projekte transformiert: Vierzig Gesetzesinitiativen wurden ins Stadtparlament eingebracht, dreizehn Gesetze wurden schließlich verabschiedet.¹⁶ Boal kam so während seiner Amtszeit „(...) seiner Vision von Demokratie sehr nahe: Zuschauende, die sich in Handelnde, Bürgerinnen und Bürger, die sich in Gesetzgeber verwandeln. Theater der Unterdrückten machte Politik, nicht nur politisches Theater.“¹⁷

Die Idee des Legislativen Theaters hat sich seitdem in der ganzen Welt verbreitet und davon inspiriert arbeitet seit 2002 auch InterACT, die Werkstatt für Theater und Soziokultur mit diesem methodischen Ansatz. Um kreative und ästhetische Wege der politischen Beteiligung und Bildung zu realisieren, werden lebensweltliche Erfahrungen ästhetisch verdichtet und in Folge gesellschaftlich wie politisch wirksam. Das verdeutlichen zahlreiche Projekte und

mit ihnen verbundene Aufführungen in Gemeinden, im Landtag und im Parlament.¹⁸ Besonders Menschen mit Ausgrenzungs- und Armutserfahrungen werden ermutigt, mit ihrer eigenen Stimme zu sprechen und ihre Anliegen und Interessen mit der Sprache des Theaters zum Ausdruck und in den öffentlich-politischen Diskurs einzubringen – als Schritt in Richtung einer stärker dialogorientierten und partizipativen Demokratie. Die ästhetisch verdichtete Darstellung eröffnet dem Publikum einen emotionalen Bezug, was mehr Verständnis für die gezeigten Probleme und die damit im Zusammenhang stehenden politischen Vorschläge schafft. So meinte ein Nationalratsabgeordneter nach der Aufführung zum Thema Armut: „Das Stück hat mich richtiggehend emotional hineingezogen, ich habe mehr begreifen können, worum es bei dem Thema geht – sonst haben wir es mit Papieren und Statistiken zu tun, aber auf diese Art kann man das viel besser verstehen, worum es geht.“

Die authentische und lebensweltliche Darstellung ermöglicht es vielen der nicht in ein Thema involvierten Zuschauer/innen, die jeweilige Situation nachzuempfinden und dies trägt dazu bei, „(...) ein Bewusstsein über soziale Probleme und Wirkungszusammenhänge zu schaffen. Es regt Menschen zu einer kritischen Auseinandersetzung an, aktiviert sie, bezieht sie im Dialog mit ein in eine Lösung der Probleme und benennt Veränderungsbedarfe“¹⁹. Forumtheater kann „(...) gesellschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten vor allem für die große Zahl der Machtlosen (schaffen), deren Stimme und Worte im öffentlichen Leben sonst wenig Gehör finden“²⁰. Indem die politische Wirkung durch Einsicht und Empathie unterstützt wird, öffnet sich das von den Lebensrealitäten der armuts- und ausgrenzungserfahrenen Menschen abgekoppelte politische System zumindest temporär. Begleitforschungen zeigen auch, dass die Projektmitwirkenden vielfältige Impulse für ihre Lebensbewältigungs-, Empowerment- und Bildungsprozesse mitnehmen, die zu verstärkter sozialer, kultureller und politischer Teilhabe beitragen. Dies geht einher mit Wissenszuwachsen über soziale und politische Einrichtungen sowie gesetzliche Rahmenbedingungen. Immer wieder zeigt sich, dass bei den Projektmitwirkenden das (kritische) Interesse an gesellschaftspolitischen Prozessen und an deren Mitgestaltung gestärkt wird, indem in der Theaterarbeit Zusammenhänge zwischen lebensweltlichen Erfahrungen und gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen hergestellt werden. – Hier wird versucht, eine „(...) Politik von unten zu machen. Weil man kann keine Gesetze machen, die wirklich funktionieren sollen, wenn man über jemanden spricht und für den jemanden irgendein Gesetz macht, wenn man überhaupt keine Ahnung hat, was das für eine Situation ist, in der er lebt (...)“; so eine Projektteilnehmerin.

¹⁶ Vgl.: Boal, A. (1998): *Legislative Theatre. Using Performance to make Politics*. London/New York, S. 102ff.

¹⁷ Staffler, A. (2009): *A. a. O.*, S. 120.

¹⁸ Vgl. Wrentschur, M. (2016): *Demokratische Bildung und Beteiligung nahe an den Lebenswelten. Möglichkeiten des Legislativen Theaters*. In: *Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs*. Ausgabe 28, 2016. Wien. Online: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/16-28/meb16-28.pdf>.

¹⁹ Schrieffl, U. (2007): „Und wenn Theater die Armut sichtbar macht?“ – *Das Forumtheater als Instrument einer Öffentlichkeitsarbeit im Kontext der Sozialen Arbeit am Beispiel der Forumtheateraufführungen „Kein Kies zum Kurven Kratzen“*. Diplomarbeit am Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft. Universität Graz, S. 138.

²⁰ A. a. O., S. 137.

» Politische Initiativen zur unsichtbaren Sorgearbeit



Birgit Erbe

Geschäftsführerin FAM –
Frauenakademie
München e.V.
erbe@frauenakademie.de
www.frauenakademie.de



Karin Jurczyk

Mitinitiatorin von Care.
Macht.Mehr
Abteilungsleiterin Familie
und Familienpolitik,
Deutsches Jugendinstitut e.V.
jurczyk@dji.de

I. Die Walpurgisnacht bringt es ans Licht

Die Nacht vom 30. April auf den 1. Mai kennt die unterschiedlichsten Bräuche und Traditionen. In feministischer Tradition, die die Walpurgisnacht in den 1970er Jahren unter dem Motto „Frauen erobern sich die Nacht zurück!“ politisierte, zieht seit einigen Jahren die Initiativgruppe „Care.Macht.Mehr“ in der sogenannten Freinacht durch die Münchner Innenstadt und macht auf die Geringschätzung von Sorgearbeit aufmerksam: Öffentliche Statuen werden mit Attributen der Sorgearbeit ausgestattet oder Slogans wie „Feger* aller Ländler vereinigt Euch!“ an öffentliche Fassaden projiziert.¹ Dies spricht Passant/inn/en an, die an den Aktionen vorbeikommen und mit der Initiativgruppe ins Gespräch kommen. Es werden aber auch Gewerkschaften und politische Parteien adressiert, die den 1. Mai traditionell als Tag der Arbeit begehen, doch zumeist nur die formell regulierte bezahlte Arbeit meinen. Die Initiativgruppe betont demgegenüber, dass ein Großteil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit von Menschen – überwiegend weiblichen Geschlechts – im Schatten oder an den Rändern formeller Arbeit verrichtet wird. Dass diese Arbeitsleistung keine öffentliche und politische Anerkennung erfährt, soll sich ändern. Indem der 1. Mai mit kreativen Mitteln zum ‚Tag der unsichtbaren Arbeit‘ erklärt und öffentlich ‚gefeiert‘ wird, rückt die gesellschaftliche Bedeutung von unbezahlter Sorgearbeit in den Blickpunkt.

Gleichwohl ist dies nur eine von vielen möglichen Aktionen, und sie ist eingebunden in unterschiedliche Initiativen und Bewegungen.

II. Debatten, Positionierungen, Initiativen – ein Überblick

Der Großteil an Initiativen und Bewegungen zur unsichtbaren Sorgearbeit (Care) – hier durchgehend verstanden als Tätigkeit für andere, wie Betreuen, Pflegen, Erziehen, Versorgen, Zuwenden,

sowie als Tätigkeit der Selbstsorge – ist nahezu gleichzeitig aufgeblüht, nämlich in einer bestimmten soziohistorischen Konstellation: angesichts kulminierender praktischer Probleme.

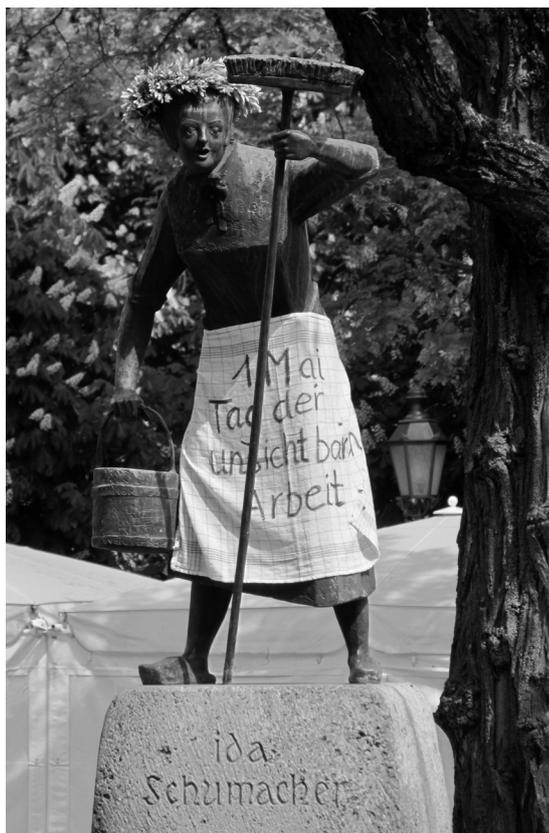
Die politischen Rahmenbedingungen versprechen im Herbst 2013 öffentliche Aufmerksamkeit für eine solche Problematisierung, denn vor der anstehenden Bundestagswahl schien sich in Deutschland hierfür ein Zeitfenster zu öffnen. Es gründeten sich mehrere Initiativen und die beteiligten Menschen traten mit politischen Aktionen in Erscheinung, verfassten Manifeste und Aufrufe und luden zu Konferenzen ein. Dies war nicht abgestimmt oder abgesprochen und die inhaltlichen Akzente wurden durchaus unterschiedlich gesetzt: Die Bewegung „Care Revolution“ formuliert die Notwendigkeit einer grundlegenden Umorganisation von kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaft.² Auf ihrer Aktionskonferenz im März 2014, bei der sich über 500 Expert/inn/en, Wissenschaftler/innen, Praktiker/innen und Politiker/innen trafen, wurde im Übrigen die Idee des 1. Mai als Tag der unsichtbaren Arbeit erstmals öffentlich formuliert. Das Netzwerk „Gleichstellung jetzt!“ legt zwar den Fokus auf Gleichstellungsfragen, verknüpft diese aber systematisch mit der Forderung, Sorgearbeit gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen und auch verstärkt zu ‚verberuflichen‘. Ähnlich argumentiert die „Initiative feministischer Wissenschaftlerinnen“,

¹ Alle Fotos zeigen Aktionen der Care.Macht.Mehr-Initiative.

² Vgl. Winker, G. (2011): Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive. In: Das Argument 292, 53, 3, S. 333–344.

Die aktuelle Care-Krise tritt inzwischen vielerorts zu Tage. Hier einige Beispiele:

- Elternburnout: <http://www.eltern.de/beruf-und-geld/job/burnout-selbsttest.html>
- Stress pflegender Angehöriger: <https://www.deutsche-alzheimer.de/unser-service/archiv-alzheimer-info/stress-bei-der-betreuung-demenzkranker.html>
- Kranke Mütter und Kinder aufgrund von Überlastung: <http://www.erf.de/radio/erf-plus/aktuelles-vom-tag/muettergenesungswerkbelastungen-fuer-muetter-nehmen-kontinuierlich-zu/6719-4305>



Aktion der Initiative Care.Macht.Mehr am Münchener Viktualienmarkt 2014

² Vgl.: Rossanda, R. (1983): Einmischung. Frankfurt a. M.

³ Vgl. Thiessen, B. (2015): Soziale Arbeit und die Care-Krise. Neue Aufgabenfelder zur Initiierung von Caring Communities. In: Schwerpunktheft Care und Soziale Arbeit, Sozial Extra, 39. Jg., H. 1, S. 36–39.

⁴ Vgl. Erbe, B./Neu-süß, C. (2010): Von „Lehman-Sisters“, Familienernährern und hand-fester Systemkritik: Die feministische Debatte um die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. In: Femina Politica, 19. Jg., H. 1, S. 79–86.

⁵ Wichterich, C. (2009): Gegen den Wachstums- und Renditenterror. In: FRAUENRAT, 3, S. 24–25, hier S. 25.

⁶ Knecht, U./Krüger, C. et al. (2012): Das ABC des guten Lebens. Rüsselsheim, S. 38.

⁷ Vgl. Praetorius, I. (2015): Wirtschaft ist Care. oder: Die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen. Berlin, S. 32.

⁸ Harrington, M. (1999): Care and Equality. Inventing a New Family Politics (Übersetzung Maria S. Rerrich). New York, S. 25–26.

die für eine soziale, geschlechtergerechte und offene Gesellschaft eintritt. Die Initiative „Care.Macht.Mehr“ gründete sich 2013, nachdem im Jahr zuvor auf einem Workshop von sozialwissenschaftlichen Expert/inn/en aus Deutschland, Österreich und der Schweiz das Bedürfnis deutlich wurde, nicht nur in akademischen Zirkeln zu diskutieren und weitere wissenschaftliche Texte zu verfassen, sondern sich aktiv in gesellschaftliche Entwicklungen „einzumischen“². Sie verfassten das sogenannte ‚Care-Manifest‘, das inzwischen über 1.200 Personen unterschrieben haben, und verteilten dies an prominente Personen aus Wirtschaft, Politik und Wohlfahrtsorganisationen mit der Bitte um Unterstützung. Seither führen sie Tagungen im deutschsprachigen Raum wie auch kommunale Care-Workshops durch, um die Entwicklung von ‚Caring Communities‘ zu unterstützen.³

In den vergangenen Jahren meldeten sich auch die Gewerkschaften als Vertreter typischer Sorgeberufe wie Erziehung u.a.m. durch Streiks sowie Tarifverhandlungen lautstärker als zuvor mit ihren Forderungen nach einer höheren Entlohnung sowie besseren Arbeitsbedingungen zu Wort. Sie fokussieren zwar auf die sichtbare und bezahlte Sorgearbeit, machten aber stets die Verbindung zur privaten Sorgearbeit deutlich, die als Frauenarbeit allgemeine Abwertung erfährt.

Im internationalen Kontext rückten mit der Weltfinanz- und -wirtschaftskrise, ausgelöst durch

die Lehman-Pleite im September 2008, die Folgen der Deregulierung der Finanzmärkte sowie die Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Leistungen wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein.⁴ Frauen waren weltweit, wie in allen wirtschaftlichen Krisen, stärker betroffen als Männer und übernahmen, wie es Christa Wichterich formuliert, eine „soziale Airbag-Funktion“⁵.

III. Wirkungsvolle Lösungen sind bestenfalls in Sicht

Bei allen Unterschieden der Initiativen und Debatten im Detail hinsichtlich Analysen und Aktions-schwerpunkten kann doch als gemeinsamer Grundkonsens das Ziel gelten:

Von der Care-Krise zur
Care-Gerechtigkeit gelangen.

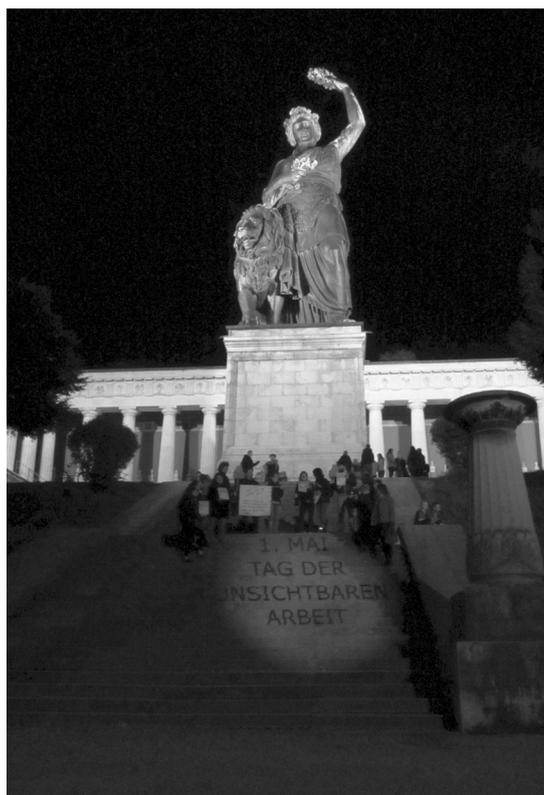
Dabei teilen insbesondere die feministischen Initiativen die Grundannahme, dass die gesamte öffentliche Sphäre die private Sorgearbeit voraussetzt, für Letztere aber immer weniger Zeit zur Verfügung steht. Sie fokussieren ihre Kritik daher auf die gesamtgesellschaftliche Organisation von Care und fordern ein neues Denken. So formulieren die Autorinnen des „ABC des guten Lebens“ als Ziel, „die Welt aus der Care-Perspektive zu gestalten“⁶. Ina Praetorius empfiehlt, das Eigentliche der Wirtschaft wieder ins Zentrum zu stellen, nämlich die „Befriedigung menschlicher Bedürfnisse der Lebenserhaltung und Lebensqualität“⁷. Nur eine an der Versorgung orientierte Wirtschaft könne dies gewährleisten, weshalb sie zu dem radikalen Fazit kommt, das gleichzeitig auch der Titel ihres Essays ist: ‚Wirtschaft ist Care‘. Als Teil des ‚Ganzen‘ nehmen wir im Weiteren den Zusammenhang zwischen beruflicher und privater Sorgearbeit näher in den Blick. Denn das Spezifische der Care-Krise ist, dass der Bereich privater Sorgearbeit – vor allem dem der Familie – sich nicht von dem der beruflichen trennen lässt. Care wird vielfach nicht als System betrachtet, wie Mona Harrington feststellt:

„Wir ‚sehen‘ das Problem nicht. Wir sehen kein Fürsorgesystem, das zusammenbricht, weil wir Fürsorge gar nicht erst als System erkennen. Wir sehen, wie Individuen private Entscheidungen darüber treffen, wer sich um die Kinder kümmert oder einen älteren von Arthrose geplagten Elternteil. Wir zählen das aber nicht zusammen und bezeichnen es als System, das gut oder schlecht funktioniert. Wenn wir den systemischen Zusammenbruch erkennen würden, müssten wir anfangen darüber nachzudenken, wie sich Fürsorge auf das Funktionieren der gesamten Gesellschaft auswirkt.“⁸

Dass Fürsorge und damit die ganze Gesellschaft offensichtlich immer weniger ‚funktionieren‘, verdankt sich forcierten Modernisierungstendenzen der ‚doppelten Entgrenzung‘ seit den 1970er Jahren.⁹ Die wohlfahrtsstaatlichen Leistungssysteme hinken mit großem Abstand der gleichzeitigen Veränderung des Familienlebens und der Erwerbs- sowie Geschlechterverhältnisse hinterher. Frauen und Mütter sind zunehmend erwerbstätig und wollen oder können nicht mehr selbstverständlich alle Sorgeaufgaben übernehmen. Während die Familienformen, in denen Sorgebeziehungen gelebt werden, komplizierter und anspruchsvoller geworden sind, schrumpften die dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen. Das bundesrepublikanische ‚Hausfrauenmodell‘ jedenfalls dient nicht mehr als verlässliche Basis für die Erbringung von Fürsorge. Die wachsenden Anforderungen an eine ‚gute Bildung von Anfang an‘, die steigende Komplexität in der Gesundheitsversorgung, neue Pflegeanforderungen einer alternden Gesellschaft u.a.m. treffen auf die Erwerbsverhältnisse eines zunehmend entgrenzten Arbeitsmarktes, der über Frauen wie Männern immer umfassender zu verfügen sucht. Dabei betreffen Intensivierungs- und Prekarisierungstendenzen gerade auch Sektoren der bezahlten Sorgearbeit. Ohne Zweifel kann Care prinzipiell nicht nur privat, sondern auch beruflich und zivilgesellschaftlich erbracht werden. Allerdings ist mit der Auslagerung der Sorgearbeit an öffentliche Institutionen, Märkte oder bürgerschaftliches Engagement unter unveränderten Rahmenbedingungen die Krise mitnichten gelöst. Dafür gibt es drei Gründe:

1.) Es gibt Grenzen der Auslagerung von Care aus der privaten Lebenswelt. Familie, verstanden als Vielfalt von auf Verlässlichkeit angelegten persönlichen Beziehungen zwischen Generationen und Geschlechtern, verknüpft in besonderer Weise Versorgung, Emotionen und Intimität. Zwar geht es in familialen Sorgebeziehungen auch um Arbeit, aber sie sind – anders als im beruflichen Kontext, wo die Zeit- und Kostenlogik dominiert – primär immer mehr und etwas anderes als Arbeit.¹⁰ Die spezifische Verknüpfung von Versorgung, Fürsorge und persönlichen Beziehungen macht gerade ihre Nicht-Marktförmigkeit zur Voraussetzung für die Entstehung und Pflege von Bindungen, für persönliche Entwicklung und die Entfaltung von Subjektivität.

2.) Es tritt gegenwärtig deutlich hervor, dass sich das bundesdeutsche Wohlfahrtsstaatsregime nicht hinreichend an den strukturellen Wandel angepasst hat. Vor dem Hintergrund der höheren Lebenserwartung sowie individuell und gesellschaftlich steigender Sorgearbeit geht es in sogar widersprüchlicher Weise von überkommenen Familien- und Geschlechterverhältnissen aus und erzeugt damit gravierende Care-Lücken und -Defizite. Institutionelle Angebote können weder quantitativ noch qualitativ und auch nicht zeitlich oder monetär den veränderten Bedarf decken.



Lichtinstallation zum „Tag der unsichtbaren Arbeit“ an der Bavaria auf der Theresienwiese in München 2016

Eine sowohl für die Entsende- als auch die Empfängerländer hoch problematische Antwort hierauf ist der Trend, Sorgearbeit durch irreguläre Beschäftigungsverhältnisse transnational zu externalisieren: Zum einen werden Sorgearbeiter/innen für Altenpflege und Hausarbeit aus wirtschaftlich schwächeren Ländern (etwa aus Osteuropa) ‚importiert‘. Folgen dieser Migration für die Care-Situation dort sowie die schleichende Deprofessionalisierung des Sektors in den Empfängerländern werden systematisch ausgeblendet.¹¹ Zum anderen wird die Deckung von Care-Bedarfen zunehmend ‚exportiert‘, zum Beispiel durch die Unterbringung Pflegebedürftiger in Heimen im kostengünstigeren Ausland. In beiden Konstellationen leisten weiterhin überwiegend Frauen die Sorgearbeit und die Ungleichheit zwischen den Frauen nimmt entlang der Dimensionen Ethnie und Klasse zu.

3.) Auch die professionell erbrachte Care-Arbeit unterliegt prinzipiell einer analogen Geringerschätzung wie die private. Nach wie vor wird davon ausgegangen, dass dafür erforderliche Kompetenzen als ‚natürliche‘ oder als ‚Allerwelts-Fähigkeiten‘ – insbesondere bei Frauen – vorausgesetzt und auch geringer entlohnt werden können. Die Kosten- und Effizienzlogik einer dominanten neoliberalen Wirtschaftsweise führt auch dazu, dass sich die Arbeitsbedingungen im Sorgesektor durch Arbeitsverdichtung, Zeitdruck und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowohl für Menschen mit Sorgearbeiten, aber auch für die professionell Sorgenden, weiter verschlechtern.

⁹ Vgl. Jurczyk, K./Schier, M./Szymenderski, P./Lange, A./Voß, G.-G. (2009): *Entgrenzte Arbeit – Entgrenzte Familie. Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung*. Berlin.

¹⁰ Das heißt keinesfalls, dass diese persönlichen Beziehungen stets positiv sind. Sie können vielmehr Elemente von Gewalt und Unfreiheit enthalten und individuelle Eigenständigkeit unterdrücken.

¹¹ Vgl. Rerrich, M. S./Thiessen, B. (2015): *Warum sollte Soziale Arbeit sich um die Care-Debatte kümmern? In: Schwerpunkt-Heft Care und Soziale Arbeit, Sozial Extra*, 39. Jg., H. 1, S. 24–43.



Lichtinstallation an der DGB-Tribüne, München 2016

IV. Wie zum Beispiel steht es um Hausangestellte?

Auf EU-Ebene wird seit 2011 auf der European Social Platform 2011 ein ‚Menschenrecht auf gute Sorge‘ gefordert, das für alle gelten soll: diejenigen, die sorgen und die, die versorgt werden. Auf internationaler Ebene wurde im gleichen Jahr ein besonderer Schwerpunkt gesetzt: die ILO-Konvention 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte wurde verabschiedet. Ihr Ziel ist, die Arbeitsbedingungen der weltweit über 50 Millionen Beschäftigten in Privathaushalten zu verbessern. Im September 2014 trat dieses Übereinkommen auch in Deutschland in Kraft. Mitarbeiter/innen der Forschungsgruppe Care@Work an der Universität Hildesheim initiierten einen gemeinsamen Aufruf „Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte – ab 1. September 2014 auch in Deutschland?“¹², der von vielen Einzelpersonen, Wissenschaftler/innen und Organisationen – unter anderem der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di – unterstützt wurde und in der Presse Resonanz fand. Er macht auf die Probleme dieser großen Beschäftigungsgruppe aufmerksam: Mehr als 80% der Beschäftigten sind Frauen und viele davon Migrantinnen. Hausangestellte übernehmen Pflegetätigkeiten für ältere Menschen oder betreuen Kinder; sie bügeln, putzen, führen den Haushalt, erledigen Gartenarbeiten. In Deutschland werden Hausangestellte überwiegend stundenweise, informell und unangemeldet oder in geringfügiger Beschäftigung eingesetzt. Mangelnde soziale Absicherung, unregelmäßige Arbeitszeiten und Niedriglöhne bis hin zur Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit in einzelnen Fällen sind Probleme der bezahlten Haushaltsarbeit.

Durch Ratifizierung des Übereinkommens 189 hat Deutschland sich zwar verpflichtet, Maßnahmen

zu ergreifen, um die Förderung und den wirksamen Schutz der Menschenrechte aller Hausangestellten sicherzustellen. Auch wenn die Rechtsituation in Deutschland bereits weitgehend den Anforderungen des Übereinkommens entspricht, kommt Deutschland dieser Verpflichtung de facto nicht nach, solange die geschaffenen Rechte von Hausangestellten nicht eingehalten beziehungsweise geschützt werden. Das gilt insbesondere für Migrantinnen als Pflegekräfte in Privathaushalten, aber auch für stundenweise in Schwarzarbeit beschäftigte Reinigungskräfte. Recht auf dem Papier ist noch keine effektive Rechtsdurchsetzung. Deshalb fordern die Verfasser/innen und Unterstützer/innen dieses Aufrufs eine offensive Politik, die im Sinne des Übereinkommens die Augen vor Rechtsverstößen und der weit verbreiteten Prekarität dieser Arbeitsverhältnisse nicht länger verschließt.

V. Politisch verzahnt statt verzettelt in die Zukunft

Vor dem skizzierten Hintergrund der benannten Initiativen und Bewegungen wird deutlich, dass diese sich nicht mehr damit zufrieden geben wollen, weitere Notlösungen und unverbundene kleine Maßnahmen zu organisieren. Es braucht vielmehr neue, umfassende gesellschaftliche Lösungen, die den Zusammenhang von Care, Geschlechterverhältnissen, Ökonomie, Arbeitsorganisation, Zeitstrukturen und sozialer Gerechtigkeit im Blick haben. Ministerien und Parlamente, Unternehmen und Verbände dürfen sich nicht länger in Einzellösungen verzetteln, sondern müssen – auch in transnationaler Perspektive – endlich damit beginnen, Care-Bedarfe als grundlegende gesellschaftliche Aufgabe im Zusammenhang wahrzunehmen.

Stellvertretend sei hier auf das Manifest „Hin zu einer neuen Sorgsamkeit“ von „Denknetz“ und „WIDE Switzerland“ verwiesen: Um eine neue gesellschaftliche Kultur zu entwickeln, in der die Sorge für sich und andere einen eigenständigen Stellenwert bekommt, stellt das Manifest vier Handlungsfelder für die Gewerkschaften, die Politik, die Medien sowie die Care-Arbeitenden, Pflegenden und Betreuungsabhängigen heraus:

1. öffentliche Care-Dienste verbessern,
2. bezahlte Sorge-Arbeit aufwerten,
3. Familien- und Sozialpolitik zielgenau anlegen und realisieren und
4. Erwerbsarbeitszeit reduzieren.

Es macht also durchaus Sinn, dass die einzelnen Initiativen teilweise unterschiedliche Schwerpunkte setzen und entsprechend in unterschiedlichen Handlungsfeldern aktiv werden. Arbeitsteilung im Detail erhöht auch hier die Effizienz. Unverzichtbar ist jedoch, dass der gesellschaftliche Zusammenhang von Fürsorglichkeit nicht aus den Augen verloren wird.

¹² Siehe <https://www.uni-hildesheim.de/en/fb1/institute/institut-fuer-sozial-und-organisationspaedagogik/forschung/forschungscluster-des-instituts/creatwork/aktuelles/>

Aufwertung und Neuorganisation von Sorgearbeit können nur gelingen, wenn sie sich erstens von traditionellen Geschlechterbildern lösen und zweitens, wenn bezahlte und unbezahlte, sichtbare und unsichtbare, professionelle und persönliche Sorgetätigkeiten nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Es ist deshalb äußerst sinnvoll, dass das Thema Care auch in einer interdisziplinären grundlagen- wie anwendungsorientierten Forschung verankert wird, wie dies derzeit etwa im Bayerischen Forschungsverbund „Gender-und-Care-Dynamiken von Fürsorge im Kontext von Institutionen, Praxen, Techniken und Medien in Bayern (ForGenderCare)¹³ geschieht. Um politische Impulse geben zu können, muss dabei mit den Betroffenen geforscht werden und nicht nur über sie. Ebenso braucht es geeignete Formate, um wissenschaftliche Ergebnisse in Öffentlichkeit und Praxis zu vermitteln.

Als ein solcher Transmissionsriemen von Wissen und Veränderung könnte die Weiterbildung, insbesondere die familienbezogene Erwachsenenbildung, eine wichtige Rolle spielen, kommen doch hier lernwillige Menschen mit ihren ganz alltäglichen, nur scheinbar banalen vielfältigen Sorgeproblemen zusammen. Gleichzeitig versammeln sich hier diejenigen, die am wirksamsten ‚Hand anlegen‘ können an die Gestaltung eines fürsorglichen Lebens und Arbeitens.



Projektion am Karlstor, München 2016

Im Text wird auf folgende Initiativen verwiesen:

Care Revolution: Her mit dem guten Leben – für alle weltweit! Aktionskonferenz, <http://www.rosalux.de/event/49691/care-revolution-1.html>

Care.Macht.Mehr: <http://care-macht-mehr.com>, siehe dort auch das Care-Manifest

Denknetz/WIDE Switzerland: Manifest „Hin zu einer neuen Sorgsamkeit“, http://www.denknetz-online.ch/sites/default/files/manifest_hin_zu_einer_neuen_sorgsamkeit_2016_def.pdf

Gleichstellung jetzt!: <https://gleichstellungjetzt.wordpress.com>

Internationale Arbeitsorganisation (ILO): Übereinkommen 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte, http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---normes/documents/normativeinstrument/wcms_c189_de.pdf

Darüber hinaus sind weitere Netzwerke mit interessanten Aktivitäten sichtbar geworden:

Equal Care Day: Erstmals am 29.02.2016 ausgerufen wollen die Initiator/inn/en durch öffentliche Sensibilisierung einen Beitrag zur Wertschätzung von Fürsorgearbeit leisten, <http://equalcareday.de>

GrossmütterRevolution in der Schweiz: Hier vernetzen sich Frauen der neuen Großmuttergeneration, die einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Generationenbeziehungen im Wandel der Gesellschaft und damit zur Lebensqualität und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten, <http://www.grossmuetterrevolution.ch>

Karwoche ist Care-Woche: Die Aktion zur Karwoche versteht sich als Experiment der Neuinterpretation christlicher Traditionen und wurde 2016 gestartet, <https://karwoche-ist-carewoche.org>

MenCare Schweiz: Als Teil einer globalen Kampagne geht es um die Förderung väterlichen Engagements über Spiel und Spaß hinaus und die faire Verteilung von Care-Arbeit, <http://www.maenner.ch/mencare-schweiz>.

VPOD-Netzwerk-Respekt für Betreuer/innen in Privathaushalten, <http://respekt-vpod.ch>

¹³ <http://www.forgendercare.de/home/>

»» **Relationale Zielgruppenbestimmung**

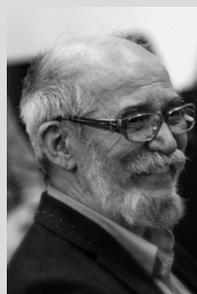
Ein reflexives Forum für politische Artikulation



Malte Ebner von Eschenbach

Universität Potsdam, wiss. Mitarbeiter an der Professur für Erwachsenenbildung, Weiterbildung und Medienpädagogik

malte.ebner.von.eschenbach@uni-potsdam.de



Prof. em. Dr. Ortfried Schäffter

Humboldt-Universität zu Berlin, Abteilung Erwachsenenbildung/ Weiterbildung

ortfried.schaeffter@googlemail.com

I. Zielgruppenorientierung als Matchingprozess

Pädagogische Arbeit mit Zielgruppen zählt zum elementaren Inventar der vielschichtigen Handlungsfelder in der Erwachsenenbildung. Sie ist daher auf unterschiedlichen Ebenen didaktischer Analyse und Planung von Bedeutung und nicht allein für die mikrodidaktische Gestaltung pädagogischer Settings. Reflexives Lernen in und von Gruppen ist beispielsweise interessant für eine partizipatorisch angelegte *Programmplanung* hinsichtlich ihrer Position als Adressat/inn/en, für die mikrodidaktische Ausgestaltung von Bildungsmaßnahmen und Kursen hinsichtlich ihrer Position als Teilnehmer/innen oder Dozent/inn/en, für eine lebensweltnahe *Veranstaltungsplanung* in ihrem subjektiven Erfahrungsbezug aus der Perspektive als Männer, als Ältere, als Migrant/inn/en, als Bildungsaufsteiger/innen, als Analphabet/inn/en oder auch für praxisintegrierte Bedarfserhebungen als Arbeiter/innen, als Angestellte oder als Deprivierte.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob eine derart essentialistisch zuschreibende Bestimmung von Zielgruppen von der Anbieterseite erwachsenpädagogischer Einrichtungen nicht unvorhersehbare Folgeprobleme hervorbringt, wenn die antizipierten Personengruppen nicht erreicht werden. Oft steht sogar in Frage, ob es sie überhaupt gibt oder ob es sich nur um ein sozialstatistisches Artefakt à la „Max Mustermann“ handeln könnte. Träfe dies zu, so reicht es nicht aus, die auftretenden Schwierigkeiten eines Matching dadurch zu lösen, dass die in der Planung antizipierten Zielgruppen in ihren Merkmalen noch weiter ausdifferenziert und verfeinert werden. Eine solche Lösung würde eher das Planungsproblem verstärken. Im alltäglich auftretenden *Fall eines Nicht-Erreichens* gewünschter Zielgruppen ist folglich weit grundsätzlicher – und das meint hier relationstheoretisch¹ – anzusetzen. Erforderlich wird eine grundsätzliche Umkehr der

Planungsperspektive, die sich wie folgt verdeutlichen lässt:

- Was würde geschehen, wenn die jeweils vorausgesetzten Zielgruppen von ihrem Essentialismus befreit würden und somit also das in Frage gestellt wäre, was sie scheinbar in ihren jeweiligen Wesensmerkmalen auszeichnet?
- Welche Konsequenzen erwachsen für eine Strategie der Zielgruppenorientierung, wenn sie nicht mehr von im Vorfeld attribuierten Zielgruppen ausgeht, sondern von Gruppen, die sich erst in einem Kontaktprozess zwischen Bildungseinrichtung und Adressat/inn/enkreis und dies im Rahmen einer dialogischen Planungspraxis konstituieren?

Der aufgeführte Fragenhorizont rekurriert auf die Differenz zwischen einem essentialistischen und einem relationalen Zugang zur pädagogischen Arbeit mit Zielgruppen. Diese Unterscheidung zwischen einer planerisch antizipierten *Bestimmung* und der nachfolgenden sozialen *Konstitution* von Zielgruppen könnte besonders im Handlungsfeld der Politischen Erwachsenenbildung Bedeutung erlangen. Denn gerade die pädagogischen Praktiken externer Bestimmung und Zuschreibung stellen die „organisierte Politische Erwachsenenbildung“ vor eine paradoxe Aufgabe, wenn ihre Angebote kaum noch besucht werden.² Solange nämlich in der sog. organisierten Politischen Erwachsenenbildung weiterhin davon ausgegangen wird, es gäbe im Vorfeld bereits bestimmte objektiv vorfindliche Gruppen, deren Bildungsbedarfe nur hinreichend geklärt werden müssten, um dann für sie geeignete Angebote vorzuhalten, so lange gerät sie in Gefahr, ins Leere zu laufen und im gesellschaftlichen Umfeld ohne Resonanz zu bleiben. Die Angebote werden daher zu Recht kaum nachgefragt, weil die unterstellten „Zielgruppen“ nur in den Köpfen der Planenden existieren, die angesprochenen Menschen sich

¹ Vgl. Schäffter, O. (2014): *Relationale Zielgruppenbestimmung als Planungsprinzip. Zugangswege zur Erwachsenenbildung im gesellschaftlichen Strukturwandel*. Ulm.

² Vgl. Zeuner, Chr. (2010): *Politische Erwachsenenbildung. Zielsetzungen, Aufgaben und Perspektiven*. In: *Hessische Blätter für Volksbildung* 60 (4), S. 305–314.

in ihnen aber nicht wiederfinden, da sie ihre soziale Wirklichkeit nicht adäquat abbilden. Dies gilt insbesondere dann, wenn es sich um Defizitzuschreibungen handelt. Infolgedessen produziert eine essentialistisch zuschreibende Planungsstrategie geradezu die beklagte Abstinenz in möglichen Adressatenbereichen,³ wenn bereits vonseiten der Angebotsseite vereinnahmend auf „die“ Zielgruppe zugegriffen wird. In einer politischen Deutung ließe sich sogar von einer produktiven Widerständigkeit aufseiten der gewünschten Bildungsadressat/inn/en sprechen. Solange also in der sog. organisierten Politischen Erwachsenenbildung bereits immer gewusst wird, wie sich „ihre“ Zielgruppen zusammensetzen und was diese an erwachsenpädagogischer Aufmerksamkeit benötigen, so lange scheint das essentialistische Paradigma zu einer ‚Wirkungsumkehr‘ der pädagogischen Planungsstrategie zu führen.⁴

Wenn sich jedoch im Gegensatz hierzu pädagogische Planungsverfahren auf eine selbstbestimmte Konstitution von Zielgruppen richten, die sich erst aus ihrer eigenen, persönlich bedeutungsvollen Lebenslage heraus entwickeln,⁵ wird der Zielgruppenbegriff „ein relationaler Begriff, der auf eine Verhältnisbestimmung und möglichst zielgenaue Passung von (geplantem) Angebot und (intendierter) Nachfrage abhebt“⁶. Damit wird zunächst ersichtlich, dass es wenig hilfreich ist, weiterhin an *der* einen oder an *der* anderen Zielgruppe im Sinne einer substanzuell fassbaren Gegebenheit festzuhalten, die es detektivisch zu entdecken und wie mit einem ‚Schmetterlingsnetz‘ einzufangen gilt. Ganz im Gegenteil kann davon ausgegangen werden, dass eine Zielgruppe erst in praktischer Resonanz zu einem pädagogischen Angebot zu sich selbst findet und sich als solche erst daraufhin realisiert.⁷ Deutet man den Konstitutionsprozess darüber hinausgehend relationstheoretisch – und das meint hier beidseitig angelegt –, so kommt eine rekursive Wechselseitigkeit zwischen den beiden bislang getrennten Seiten in den Blick. Die pädagogische Professionalität einer Weiterbildungsorganisation besteht in dieser Problembeschreibung darin, im Prozess der Angebotsplanung bereits im Vorlauf auf einer makrodidaktischen Handlungsebene eine resonante Aussteuerung über dialogisch angelegte Verfahren der Angebotsentwicklung zu ermöglichen. Am Beispiel wissenschaftlicher Weiterbildung plädiert daher Seitter dafür, dass erst „die *gleichzeitige* und *iterative* Berücksichtigung *aller* beteiligten Gruppierungen“⁸ ein Garant dafür sein könnte, erfolgreich eine wechselseitige Passfähigkeit hervorzubringen. Es wäre jedoch fatal, wenn weiterhin vorab bestehende Gruppen als eine von der Einrichtung unabhängige Gegebenheit vorausgesetzt würden und wenn zudem anbieterzentriert vorgegangen werden würde. Eine solche einseitig verkürzte und mithin nichtdialogische Ausrichtung, selbst wenn sie vermeintlich als „relational“ gekennzeichnet wird, hält dann gerade nicht ein, was sie zu versprechen vorgibt.

II. Relationale Zielgruppenbestimmung

Fassen wir kurz zusammen: Die bisher üblichen und überwiegend praktizierten Strategien der Zielgruppenorientierung beruhen auf der Vorannahme, dass sich in den Adressat/inn/enbereichen einer Weiterbildungseinrichtung bereits unabhängig von ihren Angeboten soziale Gruppen im Sinne einer manifest vorhandenen Gegebenheit vorfinden, die im pädagogischen Planungsprozess als „Zielgruppen“ ausgewählt und dann durch geeignete Planungsinstrumente kriteriengeleitet zu erfassen und über Werbemaßnahmen zu erreichen und schließlich pädagogisch anzusprechen seien. Insofern greift man im Rahmen eines essentialistischen Zielgruppenverständnisses auf bereits bestehende Konzepte von Bildungsmarketing zurück. Diese Konzepte sollen gewährleisten, dass über anbieterzentrierte Angebotsentwicklung bereits das Matching mit einer antizipierten oder zu entwickelnden Bedarfslage von der Anbieterseite her gesichert wird. Zielgruppenorientierung bietet hierbei das Instrumentarium für einen pädagogisch professionalisierten „Zugriff“. „Relationalität“ bezieht sich in einem solchen Planungskontext auf eine möglichst differenzierte Berücksichtigung von objektivierbaren Bildungsvoraussetzungen, welche als vorgegebene und mit empirischen Instrumenten bestimmbare Faktizität planungsrelevant „erfassbar“ werden. So sehr sich eine solche, an empirischer Forschung angelehnte Planungsstrategie in ihrer objektivierenden Rationalität auch in Kontexten fremdbestimmter Qualifizierungsmaßnahmen als wirkungsvoll und effizient erweisen mag, so problematisch ist sie in Sinnkontexten Kultureller und Politischer Bildung.

Aus kulturwissenschaftlicher Sicht sind bedarfzuschreibende Planungsverfahren nicht hinreichend sensibel dafür, dass die zu „erfassenden“ Zielgruppen eines Adressat/inn/enbereichs keinesfalls als eine objektiv zu bestimmende Gegebenheit missverstanden werden sollten, sondern selber auch den Subjektcharakter eines resonant reagierenden Gegenübers besitzen. Die durch pädagogische Planung erreichbaren Zielgruppen sind als selbstgesteuerte Sinnsysteme zu respektieren, die aus einem internen Eigensinn auf die jeweiligen Formen der Kontaktaufnahme auf jeweils ihre Weise, und daher vor allem unvorhersehbar, antworten.

Hieraus erklärt sich, dass extern zuschreibende Bedarfsbestimmungen oft genug als übergriffige Lernzumenutung erlebt und deshalb mit Lernwiderstand beantwortet werden.

Gerade im Deutungshorizont Politischer Bildung wird der Machtcharakter einer sich als pädagogische Dienstleistung tarnenden, im Grunde aber einer paternalistischen Logik folgenden Zielgruppenbestimmung offenbar und führt zu einem paradoxen Beziehungsverhältnis mit weitreichenden Folgen. Dies erklärt die Dysfunktionalität einer bedarfzuschreibenden Angebotsentwicklung in der fremdorganisierten Politischen Bildung, die nur

³ Schäffter, O. (2000): Lernzumenutungen. Die didaktische Konstruktion von Lernstörungen. In: DIE – Zeitschrift für Erwachsenenbildung, 2, S. 20–22.

⁴ Ebner von Eschenbach, M. (2017): Öffnung zum Politischen. Zielgruppenkonstitution als Element Politischer Erwachsenenbildung (i. E.). Abrufbar unter: http://www.werkstatt-kritische-bildungstheorie.de/#xl_Medien

⁵ Vgl. Amann, A. (1983): Lebenslage und Sozialarbeit. Elemente zu einer Soziologie von Hilfe und Kontrolle. Berlin, S. 19.

⁶ Seitter, W. (2017): Zielgruppen in der wissenschaftlichen Weiterbildung. In: Hörr, B./Jütte, W. (Hrsg.): Weiterbildung an Hochschulen. Der Beitrag der DGWF zur Förderung wissenschaftlicher Weiterbildung. Bielefeld, S. 211–220, 211.

⁷ Vgl. Schäffter, O. (2014): A. a. O.

⁸ Seitter, W. (2017): A. a. O., S. 218, Hervorhebung i. Orig.

durch eine partizipatorische Mitwirkung von Interessenvertreter/inn/en aus dem gewünschten Adressat/inn/enbereich vermieden werden kann.

Als Beispiel für partizipatorisch angelegte Mitwirkung an der Programmplanung kann das Konzept einer „generativen Zielgruppenentwicklung“ dienen⁹. Während bedarfsbasierte Angebotsplanung aufgrund ihrer Anbieterzentrierung trotz aller gegenteiligen Beteuerungen im Verhältnis einer Subjekt-Objekt-Beziehung verbleibt, geht es nun darum, eine Strategie der Zielgruppenorientierung zu verfolgen, die bereits im makrodidaktischen Planungsvorlauf eine Subjekt-Subjekt-Beziehung zwischen den pädagogischen Dienstleistern und den in ihrer jeweiligen Lebenswelt verankerten Nutzergruppen aufbaut. Diese strukturelle Veränderung der Planungsstrategie lässt sich als politisches Handeln auf einer makrodidaktischen Gestaltungsebene fassen, denn sie schafft zugleich die Bedingungen der Möglichkeit, um die bisherige Paradoxie einer extern zuschreibenden Anforderung zur Selbstbestimmung zu vermeiden.

Das Konzept einer „generativen Zielgruppenentwicklung“ geht zunächst davon aus, dass sich eine sich selbst bestimmende Zielgruppe erst im Kontaktprozess mit einem selbstreflexiv angelegten Bildungsangebot lebensweltbezogenes Erfahrungslernen herausbildet.¹⁰ Insofern handelt es sich bei dem hier angesprochenen korrelativen Verständnis von „Zielgruppe“ um ein autonom emergentes Resonanzphänomen, das sich im Spannungsfeld zwischen den folgenden Polen koproduktiv herausbildet und daher in seinem Entstehen nicht auf eine der beiden Seiten reduzierbar ist:

- *Einerseits* lässt sich der „Wirkungshorizont“ einer Bildungsorganisation, der sich hinein in ihre gesellschaftlichen Umwelten als pädagogischer „Resonanzraum“ herausbildet, an den für sie kennzeichnenden Zielgruppen beschreiben, die erst durch die Bildungsangebote überhaupt die Möglichkeitsbedingungen erhalten, manifest in Erscheinung zu treten. Insofern stellen Zielgruppen ein sozialstrukturelles Resonanzphänomen pädagogischer Bildungsangebote in der gesellschaftlichen Mitwelt einer Weiterbildungseinrichtung dar.
- *Andererseits* konstituieren sich spezifische Zielgruppen erst aus dem immanenten Eigensinn einer ihnen zugrunde liegenden gemeinsamen existenziellen Lebenslage, aus deren Sinnhorizont heraus sie strukturell resonant auf für sie passungsfähige, d. h. „geeignete“ Bildungsformate antworten. Ihre Passungsfähigkeit lässt sich folglich nicht durch externe Einflussnahme steuern, sondern hängt ausschließlich von systemimmanent verfügbaren Deutungsmustern ab, die jedoch selbstreflexiv geklärt und damit als internes Wissen in Formen des Erfahrungslernens angeeignet werden können. Dies lässt sich als der „strukturelle Subjektcharakter“ einer sich konstituierenden Zielgruppe bezeichnen.

Die pädagogische Planungsstrategie einer „generativen Zielgruppenentwicklung“ beschränkt sich in diesem relationstheoretischen Erklärungszusammenhang nicht mehr allein auf eine Entwicklung passungsfähiger Bildungsangebote aus Sicht einer Bildungsorganisation, sondern realisiert sich erst in einem besonderen Bildungsformat, in dem beidseitig das Wechselverhältnis zwischen dem Bildungsanbieter und den auf ihn resonant antwortenden Bildungsinteressenten in Gestalt eines komplexitär angelegten dialogischen Designs organisiert wird.

Im Zusammenhang einer Theorie didaktischer Planung ist für die praktische Realisierung nun von entscheidender Bedeutung, dass im Bildungsformat einer generativen Zielgruppenentwicklung real anwesende Gruppen von „Lerninteressent/inn/en“ an den Entscheidungen auf der makrodidaktischen Planungsebene partizipatorisch als „stakeholder“ mitwirken können. Dies verlangt aufseiten der Weiterbildungsanbieter eine Zurücknahme ihrer zunächst mitgedachten Bedarfslagen und vorweggenommenen Zielbestimmungen. Erst so wird überhaupt ein Freiraum zur partizipatorischen Mitgestaltung aufseiten der Nutzer verfügbar. Als Professionalitätsanspruch kommt hier im Planungsverlauf eine pädagogische „Architektur des Lassen-Könnens“ ins Spiel.¹¹ Diese Zurücknahme von zielvorwegnehmenden Planungsentscheidungen lässt sich als Übernahme einer Kontingenzzperspektive auf ebenfalls mögliche andersartige Angebote und damit als Zukunftsoffenheit für zunächst noch nicht erkennbare innovative Entwicklungsmöglichkeiten verstehen. Notwendig wird daher eine produktive Unterbrechung der bislang gewohnten anbieterzentrierten Planungsroutinen. Sie bildet die Voraussetzung für eine dialogische Vergewisserung der besonderen Lebenslage, aus der heraus sich das gemeinsam zu entwickelnde Bildungsangebot und seine didaktische Gestaltung begründen.

Der Kontaktprozess der Bildungsorganisation mit einem ausgewählten Adressat/inn/enbereich setzt daher nicht erst mit der Werbung für ein bereits fertig ausgearbeitetes Bildungsangebot ein, sondern bereits in einem makrodidaktischen *Vorlauf*, in dem eine spezifische Lebenslage thematisiert und hierauf bezogen eingeladen wird, gemeinsam zu klären, welche Bildungsangebote geeignet sind, um aus dieser gemeinsamen Lebenslage heraus biographisch produktive Entwicklungen erkennen und vorantreiben zu können. Statt also wie bisher Bildungsangebote aus einer externen Bedarfsanalyse abzuleiten und sie einer Zielgruppe zuzuschreiben, setzt das Verfahren einer generierenden Zielgruppenentwicklung mit der dialogischen Reflexion einer existenziell bedeutungsvollen Lebenslage ein, auf die man in einem Adressat/inn/enbereich resonant reagiert.

⁹ Die neue Planungsstrategie einer „generativen Zielgruppenentwicklung“ wird gegenwärtig in einem dreijährigen, praxisintegrierten Forschungsprojekt: „Berufsbiografische Übergangszeiten als Bildungsraum nutzen – Entwicklung und Erprobung eines Konzepts zur Professionalisierung für Mitarbeiter/innen von Einrichtungen beruflicher Weiterbildung“ exemplarisch umgesetzt und im Rahmen des Programms „Innovative Ansätze zukunftsorientierter beruflicher Weiterbildung“ (innovatWB) vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und evaluiert.

¹⁰ Zum Konzept des *Experiential Learning* vgl. Kolb, D. A. (1984): *Experiential Learning. Experience as the Source of Learning and Development*. New Jersey; Cell, E. (1984): *Learning to Learn from Experience*. New York; Crane, T. (Hrsg.) (1992): *The Contents of Experience. Essays on Perception*. Cambridge.

III. Relationale Zielgruppenbestimmung als reflexives Forum für politische Artikulation

In Zeiten weltgesellschaftlicher „Metamorphose“¹², die vor allem durch Ungewissheit und durch Kontingenzzunahme gekennzeichnet ist, stellt sich die Frage, ob nicht die Konstitution von Zielgruppen in der Politischen Erwachsenenbildung als eine Perspektive auf Zielgruppenarbeit erwogen werden sollte, wenn man der Vielfalt und Heterogenität des „Politischen“¹³ gerecht werden will.¹⁴ In diesem Sinne beinhaltet die Konstitution einer Zielgruppe, also das Hervorbringen eines auf einer gemeinsamen Lebenslage geteilten Zusammenhangs über einen dialogischen Kontaktprozess, ein politisches Initiationsmoment. Der Konstitutionsprozess eröffnet ein Forum für Artikulationsmöglichkeit von bis dahin subalternen Positionen, deren Möglichkeit zur Ermächtigung im Kontext anbieterzentrierter Bestimmung bislang kaum gegeben war.

Folgt man den Ausführungen von Stuart Hall¹⁵ sowie Ernesto Laclau und Chantal Mouffe¹⁶, so lässt sich die Konstitution einer Zielgruppe als ein „Zusammensetzen – ‚a reorganization of the elements (...) in a new discursive formation‘ – und Äußern – ‚to utter, to speak forth, to be articulate‘ – in einem“¹⁷ auffassen. Diese Form der Verschränkung begreift Kaloianov als „Artikulation“. Er stellt dazu fest, dass mit „dem ‚Artikulieren‘ der politische Akt des Benennens von jenen Lebensrealitäten und Standpunkten gemeint (ist), die auf der gesellschaftlichen Oberfläche durch Wissenschaft, Politik, Medien und Kulturindustrie nicht aufgezeichnet werden (...). Mit dem Akt der Benennung kristallisieren sich die kollektiven Dimensionen von sozialen Problemlagen heraus und werden Resonanzwellen geschlagen, in denen die verstreuten Puzzleteile diskret erlebter Probleme ein zusammenhängendes Bild ergeben – in etwa nach dem Motto: ‚Meine Erfahrungen, mein Unbehagen, mein Leid ist nicht eine Chimäre, die sich meiner Überempfindlichkeit verdankt, sondern etwas Reales von anderen Geteiltes.“¹⁸

„Generative Zielgruppenentwicklung“ bezieht somit ihre Konstitution und Dynamik aus der erfahrungsbasierten Reflexion einer gemeinsamen Lebenslage, die weniger in ihren krisenhaften oder defizitären Aspekten wahrgenommen, sondern vielmehr als gemeinsame Basis für das produktive Erschließen bisher unbekannter oder bislang gering geschätzter Entwicklungsmöglichkeiten genutzt werden kann. Die Konstitution einer Zielgruppe erfolgt daher in Form einer Antwort auf das pädagogische Angebot, mögliche Bildungsanlässe mit einer existenziell bedeutsamen Lebenslage ins Verhältnis zu setzen, die man mit anderen teilt.

Die entscheidende Pointe dieses Zugangs besteht nun in einer dialogischen Auseinandersetzung zwischen der Außensicht des Bildungsanbieters und einer reflektierten Binnensicht der Interessenten.

Erst die produktive „Begegnung“ zwischen den beiden unterschiedlichen Perspektiven bietet die Bedingung der Möglichkeit für eine anerkennungs-theoretisch gesicherte Selbstvergewisserung im Sinne Politischer Bildung. Von der Konstitution einer Zielgruppe lässt sich daher erst dann sprechen, wenn die bisher latent zugrunde liegende gemeinsame Lebenslage geklärt wird, und dies sowohl in ihrer Diversität, wie sie von den unterschiedlichen Personen erfahrbar ist, als auch in ihrer Bedeutung als eine reichhaltige Ressource für multioptionale Entwicklungsmöglichkeiten.

Aufgrund ihrer reflexiven Bezugnahme auf eine gemeinsam zu klärende Lebenslage überschreitet der Begriff der Zielgruppe seine bisherige Bedeutung externer Zuschreibung substanzieller Eigenschaften auf einen selbstbestimmten Möglichkeitsraum, in dem sich eine soziale Gruppe im Sinne eines Sozialraums herausbildet, die ihre eigene Lebenslage wertzuschätzen und auf dieser Grundlage ihre gemeinsamen Interessen nach innen und außen zu artikulieren vermag. In einem derartigen Klärungsprozess transformiert sich pädagogische Planung zu einem organisationspädagogischen Forum für politisches Handeln. In diesem Sinne lässt sich die Durchsetzung und Gestaltung von Kontextbedingungen, mit denen innovative Formen von Zielgruppenentwicklung im Verlauf von Kontaktprozessen überhaupt erst ermöglicht werden, als politisches Handeln in Bezug auf ein sich veränderndes Verhältnis zwischen einer Bildungsorganisation und ihren gesellschaftlichen Umwelten verstehen und bildungstheoretisch begründen. Bezieht man sich dabei auf die Gestaltung von organisationalen Kontexten Politischer Bildung, so lässt sich behaupten, dass die offenbar gewordene Krise der Politischen Erwachsenenbildung auf eine theoretische Engführung „des Politischen“ zurückgeführt werden kann, die für die eigenen organisationspädagogischen Machtverhältnisse gegenüber ihren Bildungsadressat/inn/en blind ist, weil pädagogisches Handeln auf die mikrodidaktische Gestaltung von Interaktionssituationen reduziert wird. Politische Bildung bezieht sich in diesem Zusammenhang nicht mehr auf die Nutzung vorgegebener Handlungs- und Gestaltungsspielräume, die eine anbieterzentrierte Bildungseinrichtung auf der makrodidaktischen Ebene zur Verfügung stellt, sondern verlagert sich in den Kontext organisationspolitischen Handelns in Form eines strukturellen Wandels im Beziehungsverhältnis zu den an der Angebotsentwicklung koproduktiv Beteiligten. Angebote politischer Bildung erhalten in diesem Entstehungsprozess den Charakter eines Gemeinguts und werden hierdurch zu politischem Handeln der Selbstartikulation gesellschaftlicher Lebenslagen in ihrem „Kampf um Anerkennung“¹⁹.

¹¹ Schäffter, O. (2001): Weiterbildung in der Transformationsgesellschaft. Zur Grundlegung einer Theorie der Institutionalisierung. Baltmannsweiler.

¹² Vgl. Beck, U. (2017): Die Metamorphose der Welt. Berlin.

¹³ Bedorf, T. (2010): Das Politische und die Politik – Konturen einer Differenz. In: Bedorf, T./Röttgers, K. (Hrsg.): Das Politische und die Politik. Berlin, S. 13–37.

¹⁴ Bremer, H./Trumann, J. (2017): Politische Erwachsenenbildung in politischen Zeiten. In: Münk, D./Walter, M. (Hrsg.): Lebenslanges Lernen im sozialstrukturellen Wandel. Wiesbaden, S. 81–99; Ebner von Eschenbach, M. (2017): A. a. O.

¹⁵ Hall, S. (2004): Post-moderne und Artikulation. In: Ders.: Ein politisches Theorieprojekt. Ausgewählte Schriften Bd. 3. Hamburg.

¹⁶ Laclau, E./Mouffe, C. (2015): Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien.

¹⁷ Kaloianov, R. (2014): Kritik und Migration. Eine Studie. Münster, S. 99, Hervorhebung nicht. i. Orig.

¹⁸ Ebd., S. 98 f., Hervorhebung nicht i. Orig.

¹⁹ Honneth, A. (1994): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt a. M.

» 25 Jahre „DEAE-Fachgruppe politische Bildung“



Andreas Seiverth

ehem. DEAE-
Bundesgeschäftsführer
a.seiverth@werkstatt-
kritische-bildungstheorie.de



Dietmar von
Blittersdorff

bis 2016 Sprecher der
Fachgruppe Politische
Bildung / Globales Lernen
der DEAE
dietmar@
von-blittersdorff.de

Vor fünfundzwanzig Jahren (1992) wurde von der EKD die Stelle eines Referenten/einer Referentin für „Politische Bildung“ in der DEAE genehmigt, die ab 1993 mit Tilman Evers besetzt wurde. Ausgehend von dem DEAE-Projekt „Erfahrungsbezogene Bildungsarbeit im Kontext der gesellschaftlichen Umbrüche in Deutschland“ konnte der Referent und damit die DEAE neue Impulse für die politische Bildungsarbeit setzen. Erfahrungen erlebter Zeitgeschichte und die kritische Auseinandersetzung damit wurden in Themen und Aufgabenstellungen der Erwachsenenbildung transformiert.

Der um den Referenten gebildete *DEAE-Fachausschuss Politische Bildung* beteiligte sich zunächst an Diskussionen, das ursprünglich als Provisorium konzipierte Grundgesetz der Bundesrepublik durch eine gemeinsame Verfassung für das wiedervereinigte Deutschland zu ersetzen. Mit dem ‚Beitritt der neuen Bundesländer‘ und der dortigen Einführung der D-Mark wurde die Chance verpasst, nachzuholen, was nach wiedererlangter vollständiger Souveränität angestanden hätte: dass sich ‚das deutsche Volk in freier Entscheidung‘ eine eigene Verfassung gibt (GG Art. 146). Die Wiedervereinigung beschleunigte indes die europäische Integration, denn um deutsche Großmachtaspirationen zu verhindern, wurde das nun größte und ökonomisch stärkste Land in Europa in den gemeinsamen Aufbau einer ‚Europäischen Gemeinschaft‘ eingebunden. Die Arbeit des DEAE-Fachausschusses wurde damals vor allem durch Fragen der *transnationalen Zusammenarbeit und Demokratisierung supranationaler europäischer Institutionen* in der Folge des 1992 unterzeichneten Vertrages von Maastricht bestimmt. Vor dem Hintergrund des zu dieser Zeit ausbrechenden Jugoslawien- und Kosovokrieges und ausgehend von der Kritik der Legitimierung des Krieges als Mittel der politischen Konfliktlösung engagierten sich Tilman Evers und die DEAE an der *Schaffung eines Zivilen Friedensdienstes*. Darin kam die Leitidee und das politische Selbstverständnis des DEAE-Fachausschusses, der bald ‚DEAE-Fachgruppe‘ hieß, zum Ausdruck: „Zur Verantwor-

tung ermutigen – Themen und Konzepte politischer Bildung“. Noch 2010 diente diese Leitidee als Titel einer Ausgabe der Zeitschrift *forum erwachsenenbildung*, die die Fachgruppe redaktionell und mit eigenen Beiträgen gestaltete. Persönlichkeitsbildung, gleichsam also das Kernelement Evangelischer Erwachsenenbildungsarbeit, wurde als ‚*Verantwortlichkeitsbildung*‘ verstanden und praktiziert.

Diese über die Urteils- und Handlungsfähigkeit inspirierte theologisch-pädagogische Selbstverständigung der Evangelischen Erwachsenenbildung korrespondierte mit der damaligen Neuorientierung der Evangelischen Kirchen, ihrer Distanzierung von einer ‚staatsförmig-bürokratischen‘ Organisation beziehungsweise ihrer Entwicklung als ‚intermediäre Institutionen‘ (Wolfgang Huber). Obwohl die Referentenstelle ab 2002 nicht länger finanzierbar war, blieb die Fachgruppe aktiv: Sie wollte beweisen, dass der kirchliche Paradigmenwechsel mehr ist als ein ekklesiologischer Diskurs. Die in der Fachgruppe organisierten Pädagogischen Mitarbeiter/innen der DEAE-Mitgliedseinrichtungen brachten verstärkt Themen aus ihrer Praxis ein: *Rechtsextremismus – Machtpolitik durch Energiepolitik – zivilgesellschaftliche Selbstorganisation – ökonomische Grundbildung – Migration und Flucht*, um programmplanerisch aktiv zu werden. Eines der erfolgreichsten und wirksamsten DEAE-Projekte ging aus diesen Diskussionen hervor: Mit dem Qualifizierungskonzept *„Projektentwickler/innen für Energiegenossenschaften“* hat die Fachgruppe ein praktisches Beispiel dafür geschaffen, dass technisch-rechtliche, ökonomisch-politische, soziale und persönlichkeitsorientierte Aspekte im Sinne einer ‚Befähigungsbildung‘ integrierbar und damit die augenscheinlichen Gegensätze von Berufs- und Allgemeinbildung in einem aufgabenorientierten Bildungsverständnis aufzuheben sind. – Das ist sicherlich nach wie vor eine fruchtbare Perspektive angesichts der politischen Herausforderungen, denen sich die unter dem Dach der DEAE organisierten Einrichtungen gegenwärtig gegenüber sehen.

POLITISCHE BILDUNG

» Kirchliche Erwachsenenbildung in Konfrontation mit ‚Wutbürgern‘ und ‚Gutmenschen‘

„Suchet der Stadt Bestes, dahin ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohlgeht, so geht's euch auch wohl.“¹

Ein Landkreis im Schwarzwald

Im Landkreis Calw gaben letztes Jahr bei den Landtagswahlen 14.901 Menschen ihre Stimme der AfD, die damit 19,1 % der gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Ist hier etwas außer Kontrolle geraten oder nicht? Immerhin haben die Bürger/innen eine Entscheidung in freier Wahl getroffen. Sie als nicht ausreichend informiert zu betrachten, als Opfer eines gezielten Täuschungsmanövers von Demagogen oder sie mit dem Pauschalvorwurf ‚Neonazis‘ zu belegen, verkennt das Problem. Solche Argumentationslinien sind Teil des Problems.

Die AfD ist im Schwarzwald eine Herausforderung, weil sie eine Grundstimmung aufgreift, die sich aus folgenden Aspekten zusammensetzt:

- Misstrauen gegenüber komplexen Systemen (z. B. Globalisierung, Europa, NATO, Kirche)
- Wunsch nach Veränderungen, weil alles beim Alten zu bleiben scheint (z. B. Offenhalten der Frage „Wer kommt nach Angela Merkel?“)
- Wunsch nach Wiederherstellung der Ordnung (Orientierung an Führerfiguren wie Trump, Putin, Erdoğan, usw.)
- Orientierung an und in ‚Echokammern‘ (Bestätigung des Eindrucks, man sei selbst keine Minderheit, sondern eine gesellschaftlich relevante und nicht mehr ‚schweigende Mehrheit‘, die im Besitz der Wahrheit ist)
- Stimmungen sind bedeutsamer als Fakten
- Erfahrung von Ohnmacht und Wertverlust z. B. im Beruf

Das Fehlen von namenhaften AfD-Wortführern im Landkreis Calw verschärft die skizzierte Problemlage, denn wie soll auf ein politisches Phänomen reagiert werden, das sich unter dem Deckmantel einer ‚schweigenden Mehrheit‘ nahezu unangreifbar ausbreitet? Allerdings darf auch angenommen werden, dass nationalsozialistisches Gedankengut im Landkreis nicht in organisierter Form vorhanden wäre, denn Grundhaltungen entwickeln sich nicht in Internetforen, sie können dort nur verstärkt werden. Es ist ebenso verfehlt, Anhänger der AfD pauschal als ‚rechtsnational‘, ‚Wutbürger‘, ‚sozial abge-

hängte Personen‘, ‚aus dem bildungsfernen Spektrum kommend‘ und so weiter zu diskreditieren. Das Potential ist weitaus differenzierter, wie der Blick auf die Geschichte der Republikaner, der AfD und PEGIDA zeigen kann.

Wie sich eine rechte Grundstimmung institutionalisieren konnte

Blickt man auf die Entstehungsgeschichte von PEGIDA als eine sich besonders im Raum Dresden manifestierende Bewegung, so ist sie durchaus symptomatisch für die Popularisierung rechter Einstellungen. Lutz Bachmann, ein wegen Einbrüchen und Drogendelikten rechtskräftig Verurteilter, der derzeit auf Teneriffa lebt, hat sich Verdienste im Kampf gegen das Hochwasser der Elbe im Frühsommer 2013 erworben. Er erhielt ein halbes Jahr später neben anderen Helfern den sächsischen Fluthelferorden. Aus dieser Zeit stammt sein auf Facebook basierendes Netzwerk. Die Demonstrationen in Dresden orientierten sich an den ‚Montagsdemonstrationen‘, die einen bedeutenden Bestandteil der Friedlichen Revolution in der DDR im Herbst 1989 bildeten. Nach Erhebungen nahmen 40 % der Teilnehmer der Kundgebungen bereits an den Montagsdemonstrationen von 1989 teil.² Das PEGIDA-Positionspapier vom Dezember 2014³ liest sich aus heutiger Sicht wie ein sachlicher Diskussionsbeitrag, den Teile der demokratischen Parteien durchaus unterschreiben könnten. Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer an den Demonstrationen ordneten sich politisch als „genau in der Mitte stehend“⁴ ein. Dennoch wurden sie von Gegendemonstranten und den öffentlichen Medien mit ‚Faschisten‘ und ‚Nazis‘ in eine Reihe gestellt. Eine besondere Gefährlichkeit erwarb PEGIDA dann durch die Einbeziehung neurechter und rechtspopulistischer Akteure aus Deutschland und anderen Staaten Europas.

Am Anfang der AfD stand das „Plenum der Ökonomen“, zu dessen Gründung Bernd Lucke



Reinhard Kafka

Geschäftsführer Evangelische Erwachsenenbildung nördlicher Schwarzwald

Mitglied des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

¹ Jeremia 29,7 nach Lutherbibel 2017.

² Patzelt, W. J. (2015): Was und wie denken PEGIDA-Demonstranten? Analyse der PEGIDA-Demonstrationen am 25. Januar 2015, Dresden. Ein Forschungsbericht. Universität Dresden, 3. Februar 2015.

³ <http://www.i-finger.de/pegida-positionspapier.pdf>

⁴ Vgl. Reuband, K.H. (2015): Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen. In: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, 21, S. 133–143.

⁵ Als Vorläufer und Sammlungsbewegungen im Vorfeld sind u. a. zu nennen: die im Gefolge des Maastricht-Vertrags 1993 entstandene und 2000 wieder aufgelöste europakritische Partei „Bund freier Bürger“, die „Hayek-Gesellschaft“, die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“, das „Bündnis Bürgerwille“, die „Wahlalternative 2013“ und das von Beatrix von Storch initiierte fundamental-christliche Kampagnennetzwerk „Zivile Koalition“.

⁶ Gauland kritisierte lange Jahre den Verlust des konservativen Profils der CDU. Gegenüber der „Welt“ erklärte er vor einiger Zeit seine Motivation für ein alternatives politisches Projekt so: „Ich sehe in der CDU nicht die Möglichkeit, das Thema voranzubringen, um das es geht, nämlich die Geldrettung und nicht die Eurorettung.“ So habe er sich die Frage gestellt, wo es in Deutschland noch Kräfte gebe, die eine Politik, die er und „mindestens eine sehr große Minderheit, wenn nicht die Mehrheit“, für falsch halten, verändern wolle.

⁷ Weiter schreibt F. Petry hier in einer Mail, die am 7. März 2016 um 00:42:08 MEZ mit dem Betreff: „Glückwunsch nach Hessen“ und „Weiter geht's“ an die „lieben Mitglieder und Förderer“ verschickt wurde: „Um sich medial Gehör zu verschaffen, sind daher pointierte, teilweise provokante Aussagen unerlässlich. Sie erst räumen uns die notwendige Aufmerksamkeit und das mediale Zeitfenster ein.“ (<http://www.presseportal.de/pm/18686/3270491>)

⁸ So ist festgehalten: „Gebildet im Sinne der Erwachsenenbildung wird jeder, der in der ständigen Bemühung lebt, sich selbst, die Gesellschaft und die Welt zu verstehen und diesem Verständnis gemäß zu handeln. ... Der demokratische Staat und die Erwachsenenbildung sind in der heutigen Gesellschaft aufeinander angewiesen.“ (Deutscher Ausschuss, zitiert nach <http://www.zeit.de/1960/15/zur-situation-der-deutschen-erwachsenenbildung>)

⁹ <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2017/01/170118-Amtszeitende-Rede.html>



Die Aktionsgruppe „Menschen Miteinander“ informiert in Bad Wildbad mit einem Boot über Fluchtwege nach Europa.

2010 aufrief. Lucke und die Mitunterzeichner kritisierten die Euro-Politik der Bundesregierung. Anlass waren die Beschlüsse des Bundestages zur Griechenlandhilfe im Frühjahr 2010. In der Öffentlichkeit nahm sie allerdings kaum jemand wahr. Das geschah erst, als sich die inzwischen 189 Volkswirtschaftsprofessoren im Februar 2011 in einer Stellungnahme scharf gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) aussprachen.

Betrachtet man die Entstehungsgeschichte der Partei genauer, zeigt sich, dass sie dabei auf ein bereits vorhandenes Netzwerk an gesellschaftlichen und politischen Strukturen zurückgreifen konnte. Die AfD fing bei ihrer offiziellen Gründung im April 2013 nicht bei null an, sondern die Verbindung von wirtschaftlich liberalen und nationalen Positionen war in der politischen Stoßrichtung der Partei von Anfang an angelegt.⁵ Ihre politischen Wurzeln liegen eindeutig in der CDU. Bernd Lucke war 33 Jahre in der CDU. Einer seiner engsten Mitstreiter, der frühere Herausgeber und Geschäftsführer der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ in Potsdam, Alexander Gauland, ist ebenfalls CDU-sozialisiert. Gauland war einst unter dem zum rechten Flügel der CDU zählenden Walter Wallmann Staatssekretär in der hessischen Staatskanzlei.⁶ Gemeinsam appellieren die führenden Bundesakteure mit unterschiedlicher Fremdenfeindlichkeit, Euroskeptizismus und bewusstem Rückgriff auf das Vokabular des Nationalsozialismus (wie die populäre Rede vom ‚Volk‘) an subtile Angstgefühle. Sie beschränken sich auf wenige Themenfelder (vor allem auf Flüchtlinge und Europa), verstärken Ressentiments gegenüber Gruppen, suggerieren einfache Lösungsmodelle und wollen polarisieren. Das ist Strategie: „Für die AfD ist nicht wichtig, was man über sie spricht.

Für sie ist wichtig, dass man über sie spricht. Es ist ihre Dauerpräsenz, weshalb sie in Umfragen nun bei 15 Prozent liegt.“⁷

Es ist ein offenes Geheimnis, dass es zur Strategie der AfD gehört, durch gezielte Provokationen, eine Wortwahl unterhalb der Gürtellinie die Schlagzeilen zu dominieren, um den Bekanntheitsgrad zu erhöhen. Wer Diskussionen zum Nationalpark oder zur Unterbringung von Flüchtlingen zu leiten oder zu begleiten hat, kann ein Lied davon singen, wie sich die politische Debattenkultur in den letzten Jahren verändert hat. Auch die kirchliche und politische Erwachsenenbildung stößt angesichts dieser Begleiterscheinungen an ihre Grenzen, wenn sie ihren Grundsätzen treu bleiben möchte.⁸ Für die Akteure der Zivilgesellschaft in Staat und Kirchen geht es mittlerweile darum, nicht den Anschluss zu verlieren, nicht das Heft des Handelns aus der Hand zu geben. Aber wie kann man agieren, ohne zu reagieren? Wie können politische und kirchliche Institutionen und ihre Verantwortlichen Offenheit signalisieren? Sie stehen vor dem Dilemma, einerseits den Vorwurf zu kassieren, dem Themenkatalog der AfD auf den Leim zu gehen, den Argumenten, die oftmals als ‚Sorgen‘ oder ‚Ängste‘ der Bürger formuliert werden; andererseits geraten sie in Gefahr, sich mit einer Taktik des ‚business as usual‘ blind zu stellen für die reale gesellschaftlichen Probleme.

Grundzüge einer Handlungsstrategie für konfessionelle Erwachsenenbildung

Wer davon ausgeht, dass Rechtsextremisten in der AfD eine Minderheit bilden, doch die Bewegung instrumentalisieren, muss mit Widerstand aus dem politischen Spektrum der etablierten Parteien rechnen. So musste Frank Richter, Geschäftsführer der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen, Rückgrat beweisen, nachdem er Gesprächsangebote auch an die Organisatoren von PEGIDA unterbreitete und ihnen 2015 Räumlichkeiten der Landeszentrale für politische Bildung für die bislang einzige Pressekonferenz der PEGIDA-Organisatoren zur Verfügung stellte.

„Wir müssen eine Kommunikation wagen, die deutlich stärker als bisher die Vielen einbezieht und nicht nur die, die regelmäßig am politischen Diskurs teilnehmen. Austausch und Diskussion sind der Sauerstoff der offenen Gesellschaft, Streit ihr belebendes Element. ... Darum schließe ich mich dem fast paradoxen Vorschlag des britischen Historikers Timothy Garton Ash an, der für die Diskussionskultur eine ‚robuste Zivilität‘ fordert. Was meint: Heftig streiten, aber mit Respekt und mit dickem Fell. Heftig streiten auch, füge ich hinzu, aber wie im Sport unter Anerkennung von Regeln.“ Bundespräsident Johannes Gauck am 18.01.2017⁹

Für Akteure der kirchlichen Bildung im Lebenslauf bedeutet dies insbesondere angesichts der momentanen AfD-Popularität:

- Sie befassen sich mit der Rhetorik und dem allgemeinen Auftreten von Personen aus dem Umfeld der AfD. Sie wissen, dass einfaches Vokabular, ein unbeherrschtes Verhalten und Gefühlsäußerungen Bestandteil des öffentlichen Auftretens sind.¹⁰ Sie reagieren darauf in geeigneter Weise und bemühen sich, den Zusammenhang und ein Gleichgewicht zwischen Gefühls- und Sachebene herzustellen und einfache Lösungsmodelle zu hinterfragen. Sie hinterfragen insbesondere die Verwendung von Begriffen, die (Minderheiten) ausschließen und Lösungsmodelle propagieren, die auf eine Einschränkung der Bürger- und Freiheitsrechte abzielen. Sie versuchen, den beteiligten Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern die jeweiligen Beweggründe für politische Einstellungen erkennbar und nachvollziehbar zu machen.
- Pädagog/inn/en prüfen mit Vorsicht und Zurückhaltung Themen, die von der AfD und rechtspopulistischen Bewegungen ‚besetzt‘ werden. Sie vertrauen dabei darauf, dass die am Meinungsbildungsprozess beteiligten Personen über hinreichend Möglichkeiten verfügen, sich differenziert zu informieren.
- Es braucht Orte und Formate, die Raum lassen für den Austausch von Meinungen und Erfahrungen, in denen Raum ist für Befürchtungen und offene Fragen sowie für die Suche nach Lösungen im lokalen Kontext. Ein wesentlicher Grund für die Teilnahme an Veranstaltungen ist der Wunsch nach Begegnungen. Hier ist die Erwachsenenbildung verantwortlich für ein anregendes Klima des Gedankenaustausches – eventuell unter Verzicht auf namhafte Rednerinnen und Redner, aber unbedingt unter Einbeziehung von Erfahrungen der Personen, die vor Ort sachlich und fachlich zuständig sind.
- Als evangelische Erwachsenenbilder/innen dürfen wir uns orientieren am Beispiel Jesus Christus und sollten ohne Berührungängste und Schuldzuweisungen menschenzugewandt Fragen und Lebensentwürfe mit ihren Brüchen in den Blick nehmen.
- Wir sind uns der Vorläufigkeit alles menschlichen Handelns und der unvermeidlichen Verstrickung in Schuld bewusst. Wir sind nicht im Besitz der letzten Wahrheiten und vertrauen auf Gott, der uns „in allen Gefahren beschirmt und vor allem Übel behütet und bewahrt“¹¹.

- Die spirituelle Dimension kirchlichen Handelns kann in der Einladung zum Gebet ihren Ausdruck finden, die zur Ruhe und Einkehr in stürmischen Zeiten befähigt und Mut gibt für engagiertes Handeln aus der Kraft des Geistes.
- Wir erleben Menschen in unseren Kirchen, die sich vorbildlich in Feldern einsetzen, die von der AfD und ihrem Umfeld kritisch bis verachtend gesehen werden (Umgang mit Flüchtlingen, Homosexualität, Gespräche mit Muslimen, Stärkung Europas usw.). Es ist wichtig, sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen.¹² Selbst gut gemeinte Kritik an dieser Arbeit kann instrumentalisiert und diskreditierend eingesetzt werden.
- Kirche ist keine Heile-Welt-Nische, es gibt Fragestellungen, die außerhalb der Kirche anders und zum Teil weit kontroverser diskutiert werden. Programmplanerisch müssen diese Fragen im Sinne des „Beutelsbacher Konsens“¹³ behandelt werden: gesellschaftlich, politisch oder wissenschaftlich strittige Themen sind auch in der kirchlichen Bildungsarbeit als Kontroversen aufzugreifen.
- Kirchliche Einrichtungen sollten verstärkt in Netzwerken aktiv werden, denn im Verbund können christliche Werte breiter zum Tragen kommen.

Angst ist nie und erst recht nicht in Auseinandersetzungen mit der AfD ein guter Ratgeber. Im Endeffekt handelt es sich um Wählerinnen und Wähler aus Fleisch und Blut mit ihren Sehnsüchten und Erwartungen, ihren Erfahrungen und Kenntnissen, die ernst genommen werden können. Wir sollen – wie Carlo Schmid es 1948 formuliert hat – nicht „(...) verharren in einer ewigen politischen Warteschleife – in einer unheilvollen Kultur von Ängstlichkeit, Indifferenz und Selbstzweifel. Bis andere, mit anderen Werten und ganz ohne Selbstzweifel, Hand an unsere Lebenswelt, an unsere Freiheit legen.“¹⁴ Die Akteure stehen in der Verpflichtung, „(...) auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“¹⁵ Oder wie der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck es formulierte: „Was das Wichtigste ist, das wir unseren Kindern und Kindeskindern mit auf den Weg geben, (...) ist (...) für mich vor allem eine Haltung: Es ist das Vertrauen zu uns selbst, das Vertrauen in die eigenen Kräfte.“¹⁶ Im kirchlichen Kontext darf hinzugefügt werden: Es geht um das Vertrauen auf Gott, in dessen Auftrag wir unterwegs sind.

¹⁰ Bei Donald Trump fällt auf, dass er im Wesentlichen nur Wörter verwendet, die aus nicht mehr als zwei Silben bestehen, dass er nicht Argumente sucht, sondern Formulierungen in eine meist nicht kohärente Satzführung einfließen lässt, die sich als nachhaltig prägend herausstellen und ausreichende Interpretationsspielräume für eine konkrete Umsetzung eröffnen. Das rhetorische Ziel ist es, im Gespräch zu bleiben und einen Begriff zu setzen, an dem sich andere abarbeiten. Eine gewisse ‚Rüpelhaftigkeit‘ unterstreicht die dominante Wirksamkeit, die sich nicht an den Kriterien einer auf Dialog abzielenden Debattenkultur messen lässt.

¹¹ Luthers Kleiner Katechismus, 2. Hauptstück. https://www.ekd.de/glauben/grundlagen/kleiner_katechismus_2.html

¹² Siehe Diskussion um das Ablegen des Kreuzes auf dem Tempelberg beim Besuch des katholischen Kardinals Reinhard Marx und des Ratsvorsitzenden der EKD Heinrich Bedford-Strohm im Oktober 2016.

¹³ <http://www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens.html?type=123>

¹⁴ Carlo Schmid, Rede im Parlamentarischen Rat am 8. September 1948, http://www.spd.de/linkableblob/5652/data/rede_carlo_schmid.pdf

¹⁵ A. a. O.

¹⁶ Bundespräsident Johannes Gauck am 18.01.2017. <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2017/01/170118-Amtszeitende-Rede.html>

WEITERBILDUNGSFORSCHUNG

» Das Politische in der Erwachsenenbildung bedenken. Zum Vermächtnis von Peter Faulstich



Petra Herre

Theologin und
Sozialwissenschaftlerin
PetraHerre@t-online.de

„Das Politische in der Erwachsenenbildung“ zu (be-)denken, forderte er im Januar 2016 früh verstorbene Peter Faulstich. Das wurde zu seinem Vermächtnis. Diese Aufforderung setzte die Tagung „Das Poli-

tische in der Erwachsenenbildung“ in eindrucksvoller Weise um, die im März 2017 in Hamburg ausgerichtet wurde und mit ca. 200 Teilnehmenden eine starke Resonanz fand.

Peter Faulstichs Kommentar „Die Leute denken zu wenig, die machen nur noch Projekte“, geäußert auf einer seiner letzten Tagungen der DGfE-Sektion Erwachsenenbildung, steht symbolisch für den wissenschaftlichen und demokratischen Habitus Faulstichs, der in seinem ganzen Wissenschaftlerleben der reflexiven, kritisch-streitbaren Auseinandersetzung verpflichtet war.

Die Tagung nahm das weitgespannte Schaffen des profilierten Erwachsenenbildners, das vom Kernbereich der Erwachsenenbildung bis zur beruflichen Bildung und kulturellen Bildung reichte, in den Blick. In drei Diskurs- und zehn Fachforen wurden politische Fragestellungen der Erwachsenenbildung insbesondere betreffs der Lerntheorie und der internationalen Erwachsenenbildung vertieft.

Das Politische – im Sinne von Peter Faulstich verstanden als gesellschaftliche Dimension, bei der es immer auch um Interesse und Konflikt, um Macht, Herrschaft und Legitimation geht – beschäftigt die Erwachsenenbildung seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert. Als Gegenbewegung zum etablierten Bildungssystem, das Machtverhältnisse legitimiert, verstand sich Erwachsenenbildung als eigenständige soziale Bewegung, deren Anliegen Emanzipation und Befreiung sind.

Für Faulstich ist das Proprium der Erwachsenenbildung, den Menschen Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen für die persönliche Entfaltung und Handlungsfähigkeit, die Entwicklung von Urteilskraft und Kritikfähigkeit im Sinne der Aufklärung. Sie zielt auf gesellschaftliche Partizipation, auf gleichberechtigte politische wie ökonomische und ge-

sellschaftliche Teilhabe und ist verbunden mit der Vision einer humanen Gesellschaft. Gegen den wirtschaftlich begründeten und auf Anpassung gerichteten Zwang zu lernen, hat Peter Faulstich ungeachtet der von der Dynamik gesellschaftlicher Transformationsprozesse ausgehenden Anforderungen an die Erwachsenenbildung am Bildungsbegriff als tragfähiger Idee menschlicher Entfaltung festgehalten, wie sein Konzept der „*lebenseftaltenden Bildung*“ zeigt.

Erwachsenenbildung sah sich in den letzten Jahrzehnten einem starken Ökonomisierungsdruck ausgesetzt, der sowohl die Praxis betraf wie auch den wissenschaftlich-theoretischen Diskurs beeinflusste. Das führte zu der Tendenz, Erwachsenenbildung zu funktionalisieren und instrumentalisieren. Der steuernde Zugriff seitens des politischen Systems zeigt sich vor allem in der Projektpolitik und -finanzierung und verbindet sich mit Begrifflichkeiten und Konzepten wie dem Lebenslangen Lernen, dem Kompetenzdiskurs, mit Erwägungen zu Nützlichkeit und Wertbarkeit, mit Effizienz- und Effektivitätsdiskursen, mit dem Primat der Beschäftigungsfähigkeit etc. Peter Faulstich hat sich mit diesen Diskursen intensiv kritisch, konzeptionell und produktiv auseinandergesetzt und oft Position gegen den Mainstream in Politik und Wissenschaft vertreten, immer bemüht, die bildungspolitische und gesellschaftliche Relevanz der Erwachsenenbildung zu verteidigen. Vor diesem Hintergrund forderte Peter Faulstich die ‚Scientific Community‘ immer wieder auf, politische Strategien und Interessen zu analysieren sowie ihre Folgen zu benennen: Wissenschaft ist nicht einseitig von politischen Rahmenbedingungen abhängig, so sein Credo. Durch ihre Instrumente und Modelle kann und muss sie Einfluss auf Politik nehmen, ein stärkerer politischer Akteur werden. Peter Faulstich hat durch sein Engagement in Wissenschafts-, Bildungs-, Arbeits- und Gewerkschaftspolitik vorgemacht, was er damit meint.

Die Tagung, ausgerichtet von den Professorinnen A. Grotlüschen und S. Schreiber-Bartsch von der Universität Hamburg und C. Zeuner und S. Schmidt-Lauff von der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg, war ein gelungener Beitrag gegen die Entpolitisierung der Erwachsenenbildung und ein überzeugendes Plädoyer für die Rückgewinnung des Politischen.

STANDPUNKT

» Dem Rechtspopulismus begegnen

Drei bildungspraktische Thesen

Schlagwörter wie ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘, ‚Flüchtlingsströme‘ oder ‚Gutmenschen‘ und Parolen wie ‚Deutschland den Deutschen‘ sind in den Medien dauerpräsent. Auf politischer Ebene haben sich Rhetorik und Repression gegenüber Asylsuchenden verschärft, und manche Volkspartei greift sogar Themen auf, die bisher als (zu) nationalkonservativ oder rechtsorientiert abgetan wurden. Umfragen und Statistiken zeigen eine zunehmende Akzeptanz von Gewalt in der Bevölkerung gegenüber marginalisierten Gruppen und eine tatsächliche Zunahme sogenannter Hasstaten auf.

Männlich, familiär, mittlerer bis hoher Bildungsabschluss, vollzeitberufstätig – politisch rechts außen?

Das Phänomen ‚Rechtspopulismus‘¹ ist schwer zu fassen. Es ist klar, dass es einen Gegenpol zu einer offenen, integrationswilligen und toleranten Gesellschaft bildet, bisher verborgene Spannungen in der Bevölkerung sichtbar macht oder schon vorhandene verstärkt – in jedem Fall kommt es zu einer Polarisierung der Bürger/innen (etwa PEGIDA-Demonstration und Gegendemonstration). Wie lässt sich der Rechtspopulismus noch weiter charakterisieren? Laut Frank Decker ist der durchschnittliche Anhänger von PEGIDA „mittelalt, männlich, in familiäre Strukturen eingebunden, befindet sich in einer Vollzeitanstellung und verfügt über einen mittleren bis gehobenen Bildungsabschluss“². Als Gründe für die Teilnahme an den Demonstrationen geben „71 Prozent die ‚Unzufriedenheit mit der Politik‘, 35 Prozent ‚Kritik an Medien und Öffentlichkeit‘ und 31 Prozent ‚grundlegende Vorbehalte gegen Asylbewerber und Migranten‘“³ an. Der größte gemeinsame Nenner besteht demnach also darin, dass es sich um Personen handelt, die mit der Politik im Allgemeinen unzufrieden sind, wobei unklar bleibt, ob es dabei beispielsweise um die Demokratie als Regierungsform, um die Performanz des politischen Systems, des Parteiensystems und/oder der gewählten Repräsentanten geht. Unspezifisch wird sich beschwert über ‚die da oben‘ und ‚die anderen‘ eben, um Gräben aufzureißen. Die Bedeutung rechtspopulistischer Schlagwörter wird sogar bewusst offengehalten, denn nur dann funktioniert Schwarz-Weiß-Denken auch für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und lässt sich eine gemeinsame Identität stiften.⁴ Dies wird unmittelbar deutlich, wenn Wortführer/innen rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen in ihrer Spannweite an

Themen (die zum Beispiel von einer Anti-EU-Haltung über Anti-Genderismus bis hin zu Fremdenfeindlichkeit reichen) näher betrachtet werden. Ein letzter wichtiger Punkt ist, dass rechtspopulistische Parteien und

Bewegungen gegenwärtig zum Sammelbecken für Menschen aus nahezu allen Teilen der Bevölkerung mit rechtsorientierten Einstellungen gegenüber marginalisierten Gruppen werden – laut der sogenannten Mitte-These handelt es sich nicht um ein Randphänomen, sondern um eines, das den Kern der bürgerlichen Gesellschaft trifft.⁵

Die in der gebotenen Kürze dargelegten Punkte machen mit Nachdruck darauf aufmerksam, dass es keine einfachen Lösungen gibt. Und weil das Phänomen ‚Rechtspopulismus‘ äußerst komplex ist, reichen auch Erklärungsmuster wie etwa der sozio-ökonomische Status oder der Wohnort allein nicht aus.

Die Suche nach Antworten gestaltet sich also schwierig. Die folgenden Thesen sind daher Anregungen und keine Patentrezepte. Aus bildungspraktischer Sicht geht es allgemein um die gemeinsame Reflexion von politischen Positionen und insbesondere um den Mut und die Geduld, sich auch mit Standpunkten auseinanderzusetzen, die den eigenen oder mehrheitlichen Überzeugungen widersprechen. Gefragt ist an dieser Stelle eine realistische Sichtweise auf die eigenen bildungspraktischen und bildungspolitischen Möglichkeiten.

Entschlossene Offenheit

Wir sollten in der Erwachsenenbildung nicht weitere Methoden der Überzeugungsarbeit suchen, sondern wir brauchen Wege, um mit den Anhängern rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen (wieder) ins Gespräch zu kommen. Das Ignorieren – aber auch Belehren – von Protestwähler/innen und Demonstrant/inn/en birgt die Gefahr, dass sich gesellschaftliche Gräben weiter vertiefen, sich zu ‚Fronten‘ verhärten. Es hilft, sich vor Augen zu führen, dass nicht wenige Themen, die auf der Agenda von Rechtspopulisten stehen, gar nicht



Michael Görtler

Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Erwachsenenbildung und Weiterbildung der Universität Bamberg
michael.goertler@uni-bamberg.de

¹ Vgl. Spier, T. (2014): Was versteht man unter „Populismus“. Dossier Rechtsextremismus, bpb, veröffentlicht am 25.9.2014, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/192118/was-versteht-man-unter-populismus> (Stand 01.03.2017).

² Decker, F. (2015): AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte. In: APuZ, 65. Jg., 40/2015, S. 27–32, hier S. 31.

³ A. a. O.

⁴ Vgl. Decker, F./Lewandowsky, M. (2009): Populismus. Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomens. Dossier Rechtsextremismus, bpb, veröffentlicht am 3.6.2009, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41192/was-ist-rechtspopulismus>

⁵ Küpper, R./Zick, A. (2015): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Dossier Rechtsextremismus, bpb, veröffentlicht am 20.10.2015, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit> (Stand 01.03.2017).



neu sind und immer vehementer aufgegriffen werden – man denke vor allem an die ‚Schere zwischen Arm und Reich‘ oder an die ‚Bildungsungerechtigkeit‘. Ängste vor dem Verlust von Sicherheit und Privilegien spielen zweifelsohne eine große Rolle – das Stichwort hierfür heißt „Abstiegsgesellschaft“⁶. Es steht außer Frage, dass Erwachsenenbilder/innen entschieden gegen fremdenfeindliche Äußerungen Stellung beziehen müssen, sie sollten sich aber auch mit den komplexen und teilweise unbequemen Beweggründen befassen. Gefordert ist damit eine Haltung, die sich nicht allein durch Entschlossenheit, sondern auch durch Offenheit und Verständnis auszeichnet.

Differenzierte Sach- und Gefühlsebene

Unverzichtbar ist es für Erwachsenenbildner/innen, ihre eigenen Sichtweisen, aber auch Vorurteile reflektieren zu können und möglichst differenziert ins Gespräch zu gehen. Man darf sich nicht selbst vom Ereignis-, Bild- und Wortstrudel mitreißen lassen. In der Debatte um Rechtspopulismus vermischen sich derzeit viele Dinge: Rationalität, Emotionalität, Dramatisierung, Ausgrenzung, Verweigerung, und anderes. Hinzu kommt die Verschränkung verschiedener Analyseebenen, z. B. die individuelle, gruppenbezogene, wirtschaftliche oder politische. Doch wenn bereits die Verständigung auf einen gemeinsamen Gegenstand scheitert, dann reden die Protagonist/inn/en sehr schnell aneinander vorbei und bald schon gar nicht mehr miteinander. Gern werden dann mediale Eindrücke wechselseitig instrumentalisiert, um das Gegenüber zu verunglimpfen und ihm die Schuld zuzuschreiben; dabei ist es wenig diskussionswürdig, dass ein adäquater Kommunikationsstil die Grundlage einer funktionierenden Demokratie darstellt. Aus diesem Grund ist es für den Bildungsbereich entscheidend, dass zwischen ‚Meinungsmache‘, ‚Fremdenfeindlichkeit‘ und ‚den Dingen, über die wirklich gesprochen werden muss‘, differenziert werden kann. Und man muss in der politischen Bildung zwischen der Sach- und Ge-

fühlsebene nicht nur unterscheiden können, sondern sollte es auch verstehen, beide angemessen zur Geltung zu bringen.

Moderate Kräfte stärken

Schaut man auf die eingangs dargestellte Faktenlage und konstatiert man nüchtern, dass mittels Bildungsarbeit das Handeln von politischen, medialen oder zivilgesellschaftlichen Entscheidungsträgern zumindest nicht unmittelbar zu beeinflussen ist, bleiben im Endeffekt zwei Möglichkeiten: Über Verbände und Vereine kann die Erwachsenenbildung zivilgesellschaftlich und politisch Stellung nehmen; und in individueller und gruppenbezogener Hinsicht kann sie das Gespräch suchen, differenzieren, moderieren und damit möglichen Dramatisierungs-, Ausgrenzungs- und Verweigerungsversuchen entgegenwirken. In einer zunehmend von Angst besessenen und von Ressentiments getriebenen Gesellschaft kann die politische Erwachsenenbildung noch weit stärker als demokratischer Gegenpol in Erscheinung treten, nämlich durch übergreifende Positionierungen und eine Besinnung auf die ihr eigene Gesprächskultur im Sinne des Beutelsbacher Konsens, laut dessen ‚Kontroversitätsgebot‘ auch heftig umstrittene Standpunkte eine Berechtigung haben. Inwieweit dann Positionen, die demokratische, rechtsstaatliche oder menschenrechtliche Grundprinzipien überschreiten, diskutiert werden sollten oder nicht, muss selbst kontrovers verhandelt werden.

„Den Befunden der repräsentativen Studie ‚Fragile Mitte‘ (2014) zufolge ist Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland weit verbreitet: Nur rund ein Fünftel der Deutschen (21 Prozent) lehnt alle dort erfassten zwölf Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab, während 80 Prozent der Befragten zu mindestens einem der Elemente Zustimmung signalisieren.“ (ebd.) Vgl. dazu kritisch: Neu, V./Pokorny, S. (2015): Ist „die Mitte“ (rechts)extremistisch? In: APuZ, 65. Jg., 40/2015, S. 2–8.

⁶ Vgl.: Nachtwey, O. (2016): Die Abstiegsgesellschaft – Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Frankfurt a. M.



Demonstration gegen Rechts in Heidelberg

POLITISCHE BILDUNG

» „Die Menschenfreundlichkeit Gottes leben – aber wie?“ – Ein Tagungsbericht

„Ja zu gelebter Menschenfreundlichkeit Gottes. Nein zum Rechtsextremismus. – Haltungen, Erfahrungen und Perspektiven der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.“ So lautet der Titel des Handlungskonzepts der bayerischen Landeskirche (ELKB), das seit einigen Monaten nicht nur im Internet, sondern auch in gedruckter Form vorliegt.

Die Verabschiedung dieses Papiers war Anlass und Ausgangspunkt für die mit insgesamt 65 Personen gut besuchte Fachtagung Anfang Februar in der Evangelischen Akademie Tutzing. Bayerische Ministerien, Stiftungen, die Erwachsenenbildung und Universitäten waren ebenso zahlreich vertreten wie beide Kirchen samt Diakonie und Caritas.

Der nun folgende Bericht schildert die wichtigsten Impulse und Ergebnisse anhand der drei großen Blöcke der Tagung.

Das Handlungskonzept der ELKB

Dr. Britta Schellenberg führte inhaltlich in das Handlungskonzept der ELKB ein – als felderfahrene Wissenschaftlerin hatte sie den gesamten Prozess begleitet und mit ihrer externen Perspektive immer wieder „Betriebsblindheiten“ aufgedeckt. In ihrem Vortrag betonte sie, dass mit dem Handlungskonzept seitens der ELKB eine wesentliche Klärung der Grundlagen des eigenen Handelns aus theologischer, historischer und gesellschaftlicher Perspektive stattfand.

Kirchenrat Reiner Schübel, der seitens des Landeskirchenamts und der zuständigen Fachabteilung für die Erarbeitung des Konzepts verantwortlich ist, hob in seinem Beitrag insbesondere die Breite des Vorgehens hervor. Um alle Akteursgruppen einzubeziehen, wurden systematisch alle inhaltlichen Handlungsfelder der ELKB schriftlich angefragt. Kirchengemeinden und Dekanate wurden in Form von Fallstudien einbezogen, sodass ein umfassendes Bild des landeskirchlichen Engagements entstand.

Kirchliche und politische Reaktionen auf das Handlungskonzept

Im kirchlichen Raum gibt es seit etwas mehr als zehn Jahren ein koordiniertes Agieren gegen Rechtsextremismus. Durch vier kurze Impulsreferate wurde dies verdeutlicht: Karl-Georg Ohse stellte für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland die Beratungsarbeit der dortigen Regionalzentren vor sowie eine seit 2014 jährlich stattfindende

Tagung zu „Kirche und Rechtsextremismus im Norden“; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl richtete den Blick auf die katholische Kirche. Bei der Kommission *Justitia et Pax* wurde eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe

eingerrichtet, die sich eher grundsätzlich und wissenschaftlich mit Fragen von Rechtspopulismus, menschenfeindlichen Einstellungen, Rechtsextremismus und dem angemessenen Umgang damit durch Kirche beschäftigt; Dr. Christian Staffa schilderte seinerseits den Aufbau der ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R), die aus dem Engagement der protestantischen Kirchen Ostdeutschlands gegen einen erstarkten Rechtsextremismus entstanden ist; und Thomas Andonie und Andreas Belz beschrieben die Aktivitäten des BDKJ, des Bundesverbands der Deutschen Katholischen Jugend, der anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahlen seine Kampagne „Zukunftszeit: Gemeinsam für ein buntes Land“ gestartet hat.

In einem zweiten Schritt stellten dann Vertreter der zuständigen Ministerien auf Bundes- und Landesebene (Thomas Heppener, Dr. Christiane Nischler-Leibl) die Bedeutung kirchlichen Engagements in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dadurch heraus, dass es gerade die Kirchen seien, die mit ihrem jahrhundertlang gewachsenen Wertekanon eine Handlungsperspektive eröffneten, auf die der ideologisch neutrale säkulare Rechtsstaat dringend angewiesen sei (Böckenförde-Diktum).

In der abendlichen Podiumsdiskussion mit Irmgard Schwaetzer, Präses der EKD-Synode und ehemalige Bundesministerin, Dr. Britta Schellenberg, Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl und Thomas Heppener wurde dann zum einen deutlich, dass sich Kirche offensichtlich der eigenen Stärken in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus (fundierter Wertekanon, gesellschaftlich breit akzeptierter Partner) zu wenig bewusst ist. Zum anderen wurde aber auch ein Augenmerk darauf gelenkt, dass inner-



Martin Becher

Leiter der Projektstelle gegen Rechtsextremismus im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad
 becher@ebz-alexandersbad.de



Martin Becher, Udo Hahn, Irmgard Schwaetzer und Reiner Schübel

kirchlich zwar ein Konsens über die grundsätzliche Frage des Engagements gegen Rechtsextremismus bestehe, aber im Detail (bezogen auf einzelne Syndrome der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit) durchaus noch großer innerkirchlicher Diskussionsbedarf hinsichtlich der Notwendigkeit dieses Engagements vorhanden sei.

Phänomene des Rechtsextremismus: Menschenfeindlichkeit und Terrorismus

Am zweiten Tag wurde der Blick auf die Phänomene, mit denen Kirche auf diesem Feld konfrontiert ist, geweitet. Zwei Aspekte standen im Vordergrund:

Dr. Christian Ganser, Soziologe der Ludwig-Maximilians-Universität München, berichtete von den Ergebnissen der ersten für Bayern durchgeführten Studie zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die Ende Oktober 2016 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Als Ergebnis für Bayern lasse sich festhalten, dass es ablehnende Einstellungen insbesondere gegenüber Muslimen, Sinti und Roma, Flüchtlingen und Arbeitslosen gebe. Besonders förderlich dafür seien ein „geringes Institutionenvertrauen“ und eine besonders hohe „Identifikation mit Deutschland“.

Robert Andreasch, Journalist aus München und engagiert in der Initiative „NSU-Watch“, hat nahezu alle Verhandlungstage des NSU-Prozesses am Münchener Oberlandesgericht verfolgt und gab einen

Einblick in den Prozessverlauf. Anhand mehrerer Fälle kritisierte er die Ermittlungsarbeit der Behörden, insbesondere der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamts, indem er aufzeigte, dass immer wieder prozessrelevante Fragen durch die engagierte Einzelrecherche von Opferanwälten aufgeklärt werden konnten anstatt durch die eigentlich zuständigen Behörden.

Heike Kleffner, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau („Die Linke“) und als Journalistin arbeitet, berichtete von den Untersuchungsausschüssen zum NSU-Komplex im Bund und in den Ländern. Sie zeigte auf, dass es zwar durchaus in Einzelfällen gelungen sei, Licht in das Dunkel des Gesamtkomplexes NSU zu bringen, allerdings hätten es die verschiedenen Ausschüsse ebenso wie der Prozess selbst nicht leisten können, die Strukturen um das Trio wirklich zu entschlüsseln – das vollständige Schweigen der Angeklagten und vieler Zeugen aus der Szene sowie ein gewisses Zögern mancher Behörden, zur Aufklärung beizutragen, seien hierfür die wichtigsten Gründe.

Ausblick

Als Fazit der Tagung kann gezogen werden, dass kirchliches Engagement gegen Rechtsextremismus ein Thema ist, dessen Bedeutung erst langsam sichtbar wird. Die Tagung hat einerseits deutlich gemacht, dass dieses Handeln innerkirchlich nicht mehr in Frage gestellt wird und dass andererseits außerkirchlich, insbesondere im politischen Raum, dieses Engagement aus unterschiedlichen Gründen außerordentlich begrüßt wird. Inzwischen wird dieses kirchliche Handlungsfeld auch in den Medien und als Forschungsobjekt auch in der Wissenschaft wahrgenommen. Für die Professionalisierung des Arbeitsfeldes leistete die Tagung einen wichtigen Beitrag – nicht nur unter dem Aspekt der bundesweiten Vernetzung.

DISTANCE LEARNING



Keine Macht den Enten!

Können Fake News die Wahl entscheiden?

Die Nachricht selbst hat sich zur Nachricht gemacht und zwar im Gewand ihres Gegenteils, der Falschnachricht, die ihrem Wesen nach ja eine Nichtnachricht ist, denn sie ist zwar neu, aber nicht echt. Fake News sind aber nicht einfach nur Enten, allenfalls Zombie- oder Horrorenten. Denn so richtig zum Problem geworden sind sie vor allem durch sogenannte Bots, das sind Computerprogramme, die weitgehend automatisch sich wiederholende Aufgaben abarbeiten. Bots, die Kurzform von Roboter, bilden zum Beispiel den virtuellen Gegner bei Computerspielen. Sogenannte Social Bots produzieren als Fake-User aber auch Falschnachrichten.¹ Zwar wüten die durch eine Software programmierten Fake-User schon etwas länger durch die Sozialen Medien. Aufgefallen sind sie aber erst im vergangenen Wahlkampf in den USA. So haben Unbekannte mit Social Bots beispielsweise rassistische Nachrichten im Netz verbreitet und an selber Stelle zeitgleich Trump-kritische Statements hinterlassen. Möglich, dass Anhänger der Demokraten die Trump-Anhänger mit rassistischen Nachrichten auf schlechte Nachrichten über ihren Wunschkandidaten stupsen wollten.

Was dürfen wir noch glauben?

Der Wahlkampf 2016 in den USA hat die Frage aufgeworfen, was wir noch glauben dürfen und welche Nachrichten eigentlich richtig sind. So sind die Fake News selbst zur Nachricht geworden, die derzeit die Gemüter beschäftigt: Die Grünen wollen die Social Bots juristisch bekämpfen: „Wir wollen den Einsatz von Social Bots rechtlich regeln“, so Katrin Göring-Eckardt im Januar, nachdem sie und Cem Özdemir zum Spitzenduo von Bündnis 90/Die Grünen gewählt wurden.² Aber auch die Alternative für Deutschland (AfD) hat sich diese Entwicklung seit einiger Zeit zu eigen gemacht. Der „Lügenpresse“ sollen wir nicht mehr glauben. Nicht wenige Politiker im aktuellen Bundestagswahlkampf haben Angst, durch Fake News ins falsche Licht gerückt zu werden und potenzielle Wähler an die Konkurrenz zu verlieren. Die Grünen fordern sogar eine Kennzeichnungspflicht von automatisch generierten Nachrichten. Auch die Bundeskanzlerin und der netzpolitische Sprecher der SPD haben das Thema problematisiert und die Hoffnung geäußert, dass die Parteien im Bundestagswahlkampf auf den Einsatz von Social Bots verzichten.

Zumindest sollen Nutzer der Sozialen Medien wissen, dass sich hinter dem Gelesenen kein anderer „echter“ Nutzer mit einer selbstgefassten Meinung verbirgt, sondern nur ein Roboter.

Mit ihrer Forderung treffen die Grünen auf ein mittlerweile weit verbreitetes Gefühl. Wahlkampf im Netz scheint wenig kontrollierbar. Jeder kann jederzeit überall seine Meinung hinterlassen. Und niemand kontrolliert, was sich im Netz verbreitet. Nachrichten werden zu Meinungen und Meinungen werden zu Nachrichten.

Chancen nutzen

Es gibt aber auch eindeutig positive Seiten des Onlinewahlkampfes. Schon 2008 hat Obama hauptsächlich mit Facebook Wahlkampf gemacht. Die Plattform boomte damals vor allem in den USA. Ihm gelang es so, eine gut gebildete, junge Wählerschicht anzusprechen. Obama erreichte die Wähler auf einem Kanal, der ihnen entsprach. Er benutzte eine Sprache, die sie verstehen konnten, und fügte sich in ihre Lebenswirklichkeit ein.

Das Ergebnis ist bekannt. Der amerikanische Jurist gewann die Wahl. Und mehr noch, er wurde vier Jahre später wiedergewählt. Das ermöglichte ihm vor allem seine Onlinespendenkampagne. Obama hat im Internet mobil gemacht und damit Wähler an sich gebunden. Traditionell sind Großspender für den amerikanischen Wahlkampf wichtig. Wer die Milliardäre und Millionäre des Landes hinter sich vereint, kann die Wahl gewinnen. So hieß es. Aber Obama gelang es, über das Netz die breiten Massen zur Wahlkampfspende zu bringen. Über das im Internet organisierte Crowd-Funding spendeten viele Bürger regelmäßig kleinere Beträge und haben Obama so den Wahlkampf mitfinanziert. Ihm gelang es auf diese Weise, mehr Spenden zu sammeln als sein Gegner Mitt Romney. „Big money in little sums“ nannte man das im Obama-Team.



Katharina Zittel

Juristin und
Freie Journalistin

Katharina.zittel@gmail.com

¹ Vgl. Simon Hege-lich: Social-Bots als Meinungsmacher. Interview im Norddeutschen Rundfunk vom 17.10.2016. <http://www.ndr.de/kultur/Social-Bots-als-Meinungsmacher,socialbots102.html>

² Statement von Katrin Göring-Eckardt zu Social Bots via Twitter vom 23.01.2017. <https://twitter.com/GoeringEckardt/status/823558645992583168>



Hillary Clintons „I am with her“-Kampagne acht Jahre später hat vor allem Instagram und Twitter bespielt. Clinton setzte dabei auf persönliche, feministische Statements und Fotos. Die jungen Wähler erreichte sie damit wohl nicht ausreichend. Ob dies an der Spaltung der demokratischen Partei lag oder an der Kampfbereitschaft ihres Gegners?

Trump verletzt Frauenrechte und gewinnt trotzdem

In diesem Wahlkampf ist der Twitter-Account des US-Präsidenten Donald Trump zu einer eigenen Berühmtheit geworden. Trump nutzte seinen Account mit dem Namen @theRealDonaldTrump nicht zur Verbreitung seines politischen Programms, sondern zur Wählergewinnung. Der Milliardär attackierte früh im Wahlkampf vor allem auf persönlicher Ebene. Dabei ging Trump strategisch clever vor. Er kommentierte Kritik an seiner Kampagne schnell, in einfacher Sprache und oft unter der Gürtellinie. Die FOX-Journalistin Megyn Kelly bekam das zu spüren, als sie Trump bei einem Fernsehduell zu seiner Einstellung gegenüber Frauen ins Kreuzverhör nahm. Der Kandidat Trump twittert noch in der Nacht: *„She gets out and she starts asking me all sorts of ridiculous questions. You could see there was blood coming out of her eyes, blood coming out of her wherever. In my opinion, she was off base.“* Trump warf der Journalistin vor, unprofessionell gearbeitet zu haben, lächerliche Fragen zu stellen und mit ihrer Art „daneben zu liegen.“ Anstatt aber inhaltlich auf Kellys Vorwurf einzugehen und sich zu verteidigen, greift er die Journalistin persönlich an. Der Effekt: In den darauffolgenden Wochen wird das Duell der beiden immer persönlicher. Kelly fühlt sich bedroht und sucht das Vier-Augen-Gespräch. Danach ebbt die Fehde etwas ab. Zurück bleibt ein immenses Medieninteresse an der Person Trump. Niemand sprach mehr über sein politisches Programm, sondern über seine Beziehung zu Frauen. Trump war es über Social Media gelungen, den Wahlkampf zu lenken. Zum Zeitpunkt seiner Amts-

einführung Ende Januar folgten über 22 Millionen Menschen seinem Twitter-Profil.

Können Fake News die Wahl entscheiden?

Doch sind diese Zahlen so beeindruckend wie nichtssagend. Denn lässt sich daraus ableiten, dass man mit Social Media Wahlen entscheiden kann? Ist es so, dass durch das Internet „falsche Fakten“ die Macht über die Meinung der Wähler gewonnen haben?

US-amerikanische Politiker nutzen die Sozialen Medien strategisch zur Wähleranwerbung und Wahlkampffinanzierung. Sie bedienen das Informationsinteresse der Wähler an der Privatperson. Deshalb laden sie Familienbilder hoch, informieren über Termine vor Ort und greifen ihre Gegner mit kurzen Statements an.

Politisch interessierte Bürger haben die Möglichkeit, darüber hinaus zu recherchieren. Wenn Hillary Clinton kurz nach der verlorenen Wahl twittert, dass alle Mädchen in den USA nun die realistische Möglichkeit haben, Präsidentin zu werden, dann ist das eine Einladung, ihre feministischen Reden zur Rolle der Frau aus dem Wahlkampf anzuhören. Auf ihrem YouTube-Kanal finden sich zahlreiche Reden der Politikerin vor Frauen und Mädchen, in denen sie über Chancengleichheit von Frauen und Männern spricht. Der Twitter-Account der Politikerin dient sozusagen als Wegweiser durch ihre politische Agenda. Denn die Informationsflut im Internet ist schwer zu bewältigen. Wer aber einer Vielzahl von Journalisten und Wissenschaftlern folgt, die Social Media bedienen, hat eine Bandbreite von qualitativ hochwertiger Meinungsvielfalt. Der Einzelne hat über das Netz die Möglichkeit, sich sehr viel breiter zu informieren, als es die Zeitungslektüre allein zulässt.

„Der beste Garant für den mündigen Bürger ist die Vielfalt der Information, der Meinungen und Wahrheiten unterschiedlicher Verleger, TV- und Radiosender oder Online-Anbieter“, sagte Matthias Döpfner, Springer-Chef und Präsident des Bundes der Deutschen Zeitungsverleger im Februar in einem Interview. Wer sich nicht nur über einen Kanal informiert, kann Fake News als Lüge oder Verschwörungstheorie erkennen. Denn das, was früher das Flugblatt war, ist heute der Blog, der Twitter-Account oder die Facebook-Page. Hier findet man Gehör und kann Meinungen machen. Man kann aber auch vieles in den Raum rufen, was nicht abschließend überprüft ist. Deshalb brauchen wir den mündigen Bürger, der Nachrichten und Meinungen bewertet und für sich und andere einordnet. Eine Wahrheitsgarantie liefert das Netz nicht mit. Dafür brauchen wir die Qualitätsmedien.

Im Vergleich zu den USA läuft der deutsche Bundestagswahlkampf sehr viel analoger. Allerdings gibt es auch hier interessante Blogs. Die Institute der Hochschulen betreiben Forschungsprojekte

³ Vgl. US-Wahlkampfblog von Frau Prof. Christiane Lemke auf der Seite des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Hannover: <https://www.ipw.uni-hannover.de/wahlkampfblog2016.html>

zu Wahlen und haben begonnen, diese auch online zu begleiten. Frau Professor Lemke von der Universität Hannover hat einen Blog zur letzten US-Wahl geschrieben, bei dem man sehr nah an der Stimmung der Bevölkerung dran war.³ Solche Projekte sind auch für die Bundestagswahl wünschenswert.

Um Fake News im aktuellen Wahlkampf zu entlarven, brauchen wir Menschen, die analoge wie digitale Medien konsumieren und die Diskussion nicht scheuen. Denn es ist angezeigt, wach, aber nicht ängstlich zu sein. Fake News machen unter Umständen Eindruck, sind aber wohl weniger bedeutend als gedacht. Forscher gehen davon aus, dass bis zu 95 Prozent der Wähler nicht über das Internet beeinflussbar sind, weil sie die Informationen aus dem Netz viel mehr hinterfragen als das, was in der Tageszeitung steht.

Die Diskurslandschaft ist vielfältiger geworden. Niemand sollte sich deshalb aber resigniert zurücklehnen und das Zeitunglesen aufgeben. Im Gegenteil. Unsere Medienlandschaft ist eine Macht, auf die wir zurückgreifen sollten, denn sie schützt unsere Freiheit. Die Zeitungs- und Fernsehlandschaft in Deutschland bietet im politischen Spektrum hohe Qualität und ist frei von staatlicher Zensur. Diese große Freiheit der Presse ist gewollt. Die Presse- und Meinungsfreiheit genießt einen besonders hohen grundgesetzlichen Schutz. Kein Pressegesetz soll dieses Grundrecht einschränken. Nur der Deutsche Presserat, ein eingetragener Verein, kontrolliert anhand des selbstauferlegten Pressekodex Printmedien und Onlineauftritte der Printmedi-

en. Jeder kann – seit 2009 auch online – eine Rüge beim Presserat auf den Weg bringen. Das Gremium des Rats entscheidet sich dann bei Unwahrheiten oder der Verletzung von Persönlichkeitsrechten für einen Hinweis an die Redaktion (nicht öffentlich), eine Missbilligung (ebenfalls nicht öffentlich, aber viele Redaktionen drucken daraufhin die Entscheidung des Presserats ab) oder es ergeht sogar eine Rüge. Die Rüge verpflichtet die Redaktion zur Richtigstellung oder erneuten Berichterstattung mit einer Entschuldigung oder dergleichen.

Die Forderung nach einer Ausweitung des Zuständigkeitsbereichs des Deutschen Presserats auf Blogs ist naheliegend. Allerdings muss auch gelten: Meinungen dürfen nicht kassiert werden, nur weil sie gegen unseren Sinn vom Korrekten und Guten gehen. Ehrverletzende Blogbeiträge können auch heute schon mit den Mitteln des Strafrechts geahndet werden. Ein Gremium, das Blogbeiträge von Internetnutzern bewertet, müsste wohl unabhängig vom Presserat arbeiten. Die Kontrolle des professionellen Mediengeschäfts unterliegt strengeren Regeln als das ehrenamtliche oder hobbymäßige Schreiben. Und ein aus Steuermitteln finanziertes Gremium darf nicht zur Political-Correctness-Polizei werden. Fake News und provokante Statements, die an den Rand des guten Geschmacks gehen, sind auch Herausforderung für den mündigen Bürger, teilzunehmen am Diskurs: am Diskurs, der uns zusammenbringt, die Demokratie im Gleichgewicht hält und Gewalt verhindert. Damit Nachrichten Nachrichten bleiben und Meinungen Meinungen.

» Die Jury der Evangelischen Filmarbeit empfiehlt

The Salesman

Iran, Frankreich 2016
Regie: Asghar Farhadi
Preise: Bestes Drehbuch und Bester Hauptdarsteller, Cannes 2016

Wohnungen sind ein knappes Gut im heutigen Teheran. Als das junge Ehepaar Emad und Rana seine Wohnung wegen Einsturzgefahr des Hauses – ausgelöst durch Bauarbeiten auf dem Nachbargrundstück – verlassen muss, findet es nur mühsam eine neue Unterkunft. Emad unterrichtet tagsüber in einer Jungenschule, am Abend probt er gemeinsam mit Rana in einem Theaterensemble Arthur Millers Drama „Tod eines Handlungsreisenden“. Ihr Kollege Babak bietet ihnen spontan ein leerstehendes Apartment an, das ihm gehört. Als sie einziehen, finden sie in einem der Räume nicht abtransportierte Habseligkeiten ihrer Vormieterin, die offenbar eine Prostituierte war. Rana wird, während sie unter der Dusche steht, von einem unbekanntem Eindringling attackiert und schwer misshandelt. Sie muss ins Krankenhaus, wirkt traumatisiert, will aber keine Anzeige bei der Polizei erstatten. Emad



versucht herauszufinden, wer der Täter ist. Aber wem hilft es, alles aufzudecken, wenn dabei Existenzen zerstört werden?

Der Film erzählt die Geschichte eines Paares aus der urbanen iranischen Mittelschicht. Sie sind gebildet, an Kultur interessiert und führen eine gleichberechtigte Ehe. Durch den Verlust der Wohnung werden sie beide mit völlig neuen Herausforderungen konfrontiert und durch eine Gewalttat vor existenzielle Fragen gestellt. Wie in Millers Drama aus dem New York der Nachkriegszeit funktionieren auch die gewohnten Sicherheiten im gegenwärtigen Teheran nicht mehr. Die Rollen auf der Bühne werden zu Spiegelbildern des sozialen Lebens. Sowohl im Verhältnis untereinander als auch zu ihrer Umgebung müssen Emad und Rana sich neu orientieren. Dabei gelingt es Regisseur Asghar Farhadi, der Suche nach dem Gewalttäter, dem Thema von Strafe und Schuld und dem schwierigen Umgang mit einer traumatischen Verletzung immer neue Wendungen abzugewinnen. „The Salesman“ stellt die Frage, was geschieht, wenn die Fundamente von Moral und Religion sich auflösen und soziales Vertrauen verlorengegangen ist.

Moonlight

USA 2016
Regie: Barry Jenkins
Preise: Bester Film (Oscar 2017)

In einem ärmlichen Viertel von Miami wächst der zehnjährige Schwarze Chiron auf. Er wird „Little“ gerufen, von seiner alleinstehenden und drogenabhängigen Mutter vernachlässigt und gilt unter den Mitschülern als Außenseiter. Als er vor ihren Attacken flieht, nimmt sich Juan, ein Drogendealer kubanischer Herkunft, seiner an. Er und seine Freundin Teresa werden für Chiron zu Vater- und Mutterersatz. Als Jugendlicher kämpft Chiron mit seiner Zuneigung zu Kevin, einem Schulkameraden. Der Zustand seiner Mutter hat sich verschlechtert und ein gewalttätiger Angriff auf dem Schulhof verändert sein Leben nachhaltig. In Atlanta hat er sich als Erwachsener ein neues Leben aufgebaut. Er wird mit seinem Gangnamen „Black“ gerufen. Doch ein Anruf aus Miami ruft Erinnerungen wach. Er besucht seine Mutter in einer Entzugsklinik und findet zu ihr neue emotionale Nähe. Schließlich trifft er



den Jugendfreund Kevin wieder. Endlich können beide offen über ihre Gefühle füreinander sprechen.

In den drei Kapiteln des Films wird vom Kind über den Jugendlichen bis zum Erwachsenen der Entwicklungsprozess eines Schwarzen erzählt, der unter schwierigsten sozialen und persönlichen Bedingungen heranwächst. Verletzbar und ohnmächtig sucht er seinen Platz in der Gesellschaft. Was es heißt, anders als die Mehrheit zu empfinden und sich in einem von Gewalt geprägten Milieu behaupten zu müssen, macht der Film in einer geschickten Mischung von dramatischen und emotionalen Momenten deutlich. Der im Original glänzend getroffene Jargon, die Körperlichkeit der Darstellung und eine bewegliche, wechselnde Perspektiven eröffnende Kamera verleihen der Persönlichkeit Chirons plastisches Profil. Entstanden ist dabei das sensible Porträt eines Menschen und seiner sozialen Welt, die Diskriminierung und Marginalisierung ausgesetzt sind und sich selbst überlassen bleiben. Der Film nimmt ihre Würde ernst und sensibilisiert für die Eigenart und Verletzlichkeit jedes Einzelnen.

Die andere Seite der Hoffnung

Finnland 2017
Regie: Aki Kaurismäki
Preise: Silberner Bär (Beste Regie), Berlinale 2017

Khaled kommt als „schwarzer Mann“ im Hafen von Helsinki an, buchstäblich: In einem Frachtschiff hatte sich der junge Syrer unter einer Ladung Kohlen verborgen. Frisch geduscht begibt er sich zur Polizei und bittet um Asyl. Sein Fall scheint klar: Khaled hat im umkämpften Aleppo fast seine ganze Familie verloren, und auf der leidvollen Flucht über die Balkanroute wurde er auch noch von seiner Schwester getrennt. Aber Syrien ist als Bürgerkriegsland bei den Finnen nicht anerkannt – Khaled wird in die Illegalität gedrängt. Hilfe findet er ausgerechnet bei dem stoischen Herrn Wikström, der seine Frau verlassen und seinen Hemdenhandel aufgegeben hat, um mit einem Pokergewinn eine heruntergekommene Gaststätte auf Vordermann zu bringen. Obwohl Wikström seine eigenen Angestellten kaum bezahlen kann, gibt er Khaled einen Job und besorgt ihm einen falschen Pass.



Mit „Die andere Seite der Hoffnung“ knüpft Aki Kaurismäki an seinen letzten Film „Le Havre“ an, der ebenfalls um die Frage kreiste, wie die Menschen in Europa auf die Flüchtlinge aus den südlichen Krisengebieten reagieren. Neu ist, wie dezidiert Kaurismäki die Geschichte von Khaled ans aktuelle politische Geschehen anbindet – der Meister des Märchenhaften und Metaphorischen mischt hier Nachrichtenbilder vom zerstörten Aleppo in seine schön komponierten, farbsatten Tableaus und lässt seinen Protagonisten so ruhig und präzise aus seinem Leben erzählen, dass das Elend der Migration sehr real wird. Scurril und stilisiert erscheint dagegen das finnische Personal des Films, die Gesellschaft um den Kneipier Wikström. Aber auch diese Menschen haben ihre eigenen Sorgen und Nöte – sie leben in prekären Verhältnissen und es fehlt ihnen an Erfahrung im Umgang mit anderen Kulturen. Indem Kaurismäki diese sehr unterschiedlichen Welten verbindet und überblendet, konterkariert er die Vorstellung vom Clash der Kulturen, von der Zuwanderung als Anschlag auf die westliche Lebensart. Und das „Märchenhafte“, die wundersame Selbstverständlichkeit, mit der dem Flüchtling hier geholfen wird, sagt: Humanität erweist sich in der Praxis.

» Publikationen



Adolf Reichwein

Pädagogische Schriften

Band 5. Schriften zur Museumspädagogik und Volkskunde während der Kriegsjahre sowie Dokumente zum Erziehungsdenken im Widerstand 1939–1944

€ 60,00, 688 S., Bad Heilbrunn 2015

Julius Klinkhardt Verlag

ISBN 978-3-7815-1715-8

Adolf Reichwein (1898–1944) ist vor allem als Vertreter der Reformpädagogik in Erinnerung geblieben, da er seine sechsjährige Arbeit (1933–1938) in einer einklassigen Dorfvolksschule durch Schriften, Rundfunkreden und Unterrichtsfilme publik machte. Er ist aber auch der einzige ausgewiesene Erwachsenenbildner, der wegen seiner Beteiligung am Widerstand gegen Hitler hingerichtet wurde.

A. Reichwein entschied sich beim Aufarbeiten seiner schweren Verwundung im Ersten Weltkrieg zum Beruf des Volksbildners nach Lektüre von F. Grundtvigs Schriften (hrsg. v. A. Hollmann 1909). Das Verständnis ‚Volk‘ beruhte auf der romantischen Linie der Aufklärung, die auch nationalistische und antisemitische Richtungen hervorbrachte. Volksbildung habe den erwachsenen Mitbürgern eine ‚Schule des Lebens‘ zu bieten, um ihnen verantwortliches Tun für das Volk und eine sinnvolle Lebensführung zu ermöglichen. Methodisch modern in Unterrichtsmitteln und durch den Austausch zwischen Erzieher und Schüler entwickelte und pflegte A. Reichwein ein, seinem Charakter entsprechendes, Wissenschafts- und Lehrverständnis.

Nach seiner Promotion 1921/23 arbeitete A. Reichwein als Erwachsenenbildner auf Reichsebene, für die VHS Thüringen und als Leiter der Volkshochschule Jena. Er entwickelte das Jenaer „Volkshochschulheim für Jungarbeiter“ und reiste durch die Welt. Nach einem Jahr im preußischen Kultusministerium folgten drei Jahre als Professor an der Pädagogischen Akademie Halle. Wegen seiner SPD-Mitgliedschaft entlassen arbeitete er ab November 1933 für 5,5 Jahre als Dorfschulmeister. Im Mai 1939 gelang ihm der Karriereaufstieg in das Museum für Deutsche Volkskunde nach Berlin. Zwei Drittel seiner etwa 20-jährigen pädagogischen Tätigkeit lehrte A. Reichwein junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren. Sein hohes Engagement für diese Zielgruppe speiste sich aus seinen Erfahrungen in der Jugendbewegung und aus der Kooperation mit Erwachsenenbildnern der Weimarer Republik.

Der 2015 erschienene fünfte, 700-seitige Band der Werkausgabe (die Bände 1–4 wurden 2009/2011 veröffentlicht) dokumentiert seine pädagogischen Schriften zwischen 1939 und 1944, von seinem Biografen U. Amlung mit 558 Anmerkungen kommentiert. Ein Editorial, fünf Zeitzeugenberichte, das Quellen- und Literaturverzeichnis und das Personenregister für alle Bände sind angefügt.

Für die Geschichtsschreibung der deutschen Erwachsenenbildung liegt hier ein exemplarisches Beispiel dafür vor, wie sich ihre Praxis und Funktion zwischen 1917 und 1944 kontinuierlich entwickelte.

A. Reichwein wurde in beiden deutschen Staaten rezipiert. Die Beurteilungen seiner Tätigkeiten werden bis heute politisch gegensätzlich eingeschätzt: die überwiegenden Meinungen interpretieren ihn als Demokraten und Widerstandskämpfer (Friedenthal-Haase, Hrsg., 1999) – spätestens aber seit der Arbeit von Christine Hohmann (2007) wird dies als Hagiographie kritisiert und auf A. Reichweins faktische „dienstbare“ Beteiligung am Nationalsozialismus hingewiesen. Nun ermöglicht die Werkausgabe eine Überprüfung der konträren Interpretationen.

Vielleicht hilft zum Verständnis von A. Reichweins Position zwischen seinen *persönlichen Motiven* und den *funktionalen Wirkungen* zu unterscheiden. Durch seinen Wechsel ins Machtzentrum Berlin kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs konnte er seine pädagogischen Vorstellungen in einem breiteren Feld umsetzen und auch leichter Kontakte zu Gesinnungsfreunden knüpfen (WA 5:424–426, 441–491 dokumentiert die Beiträge im „Kreisauer Kreis“). Zugleich gliederte er sich dem nationalsozialistischen System aber auch weitergehend an, als es in der „pädagogischen Provinz“ des Dorfes nötig war (WA 5:369–391 gibt seine Vorschläge zur Effektivierung wieder; WA 5:306–346 weisen seine Reise- und Rundfunk-tätigkeiten nach). Wenn einerseits also die persönliche Integrität von A. Reichwein als (religiöser) Sozialist unbestritten ist, muss andererseits seine Funktion als Volksbildner im Nationalsozialismus beschrieben werden. Sein erwachsenenpädagogischer Einfluss auf Erzieher/innen, Lehrer/innen und Organisatoren von Museen erfolgte in Kontakt zum „Reichsnährstand“, dem Nationalsozialistischen Lehrerbund und zur SS. Er lehrte Führerinnen des weiblichen Reichsarbeitsdienstes, er wurde ab 1943 zur Truppenbetreuung herangezogen. Selbst den Einsatz des weiblichen Reichsarbeitsdienstes bei der „Umvolkung“ im sogenannten Warthegau (WA 5:203–225, 371f., 392–402, 411–426, 432–440) sah A. Reichwein in gleicher Weise als „kleine Gruppe von ‚Volk‘“ (WA 5:392) wie die „Erziehungsgemeinschaft“ von Jungarbeitern in seinem Jenaer Volkshochschulheim 15 Jahre früher. Wo er jungen Frauen in der Führerinnenausbildung Hinweise zur „inneren Zucht“ (WA 5:393) und „Menschenführung“ gab, dürfte den Zuhörerinnen schwerlich eine Ablehnung der seit 1933 verordneten Ziele „unserer politischen Revolution“ (WA 5:399) aufgefallen sein. Die funktionale Wirkung der Vorträge von A. Reichwein während des Zweiten Weltkriegs muss als systemstabilisierend gewertet werden. Auch die Notizen von Teilnehmenden belegen bestenfalls eine gewisse Distanz zur offiziellen NS-Pädagogik (WA 5:392–421). Seine eigenen Texte sind zeitgemäß auf „Volk“ abhebend formuliert und enthalten sich expliziter Systemkritik. Stattdessen kritisierte er „Verfallssymptome“ (WA 5:165) in Geschmacksfragen durch kitschige Massenware (WA 5:178), die „Windbeutelerei einer städtischen Modejagd“ (WA 5:183), den „Formzerfall“, der „als Folge der industriellen Revolution zu einer sehr weitgehenden Auflösung des ursprünglichen Heim- und Volkswerts führte“ (WA 5:205). Im Februar 1943 lobte er in Königsberg seine „volkserzieherische Arbeit“ (WA 5:411) vor 150 geladenen Gästen; seine intensive Erwachsenenbildung während des Krieges erfasste über 3000 junge Menschen (Summe aus Zahlenangaben WA 5:306–317).

A. Reichwein plädierte für eine „naturverbundene natürliche Lebensführung, die grundsätzliche Schätzung des länd-

lichen Daseins" (WA 5:207, wobei er in Klammern auf „Bejahung der großtechnischen Notwendigkeiten" hinwies). Widersprüche zwischen A. Reichweins volksbildnerischem Ethos und seiner, ihm vom Nationalsozialismus zugebilligten und angenommenen Rolle waren unvermeidlich und führten ihn sukzessive in den Widerstand: Je weniger Erfolg seine Taktik brachte, „die verantwortlichen Herren ... in meine Richtung zu bringen" (WA 5:425), desto mehr erweiterte er seine Beteiligung beim ‚Kreisauer Kreis‘. Bei einer Kontaktaufnahme zum Aufbau der ‚überparteilichen Volksbewegung zur Rettung Deutschlands‘ wurde A. Reichwein am 4. Juli festgenommen, vier Monate eingesperrt und gefoltert und am 20. Oktober 1944 hingerichtet.

Der Erwachsenenbildner A. Reichwein praktizierte selbst, was er von seinen Zielgruppen forderte, nämlich an der Entwicklung einer „sittlichen Volkswelt" (WA 5:453) mitzuarbeiten. Sein personenbezogener Sozialismus hätte durch kommunikativen Austausch unter allen politischen Kräften (d.h.

ebenso mit dem Strasser-Flügel (1932) wie mit moskauhörigen Kommunisten (1944)) hergestellt werden sollen. Die wirtschaftliche und staatliche Ordnung sollte sich auf kleine, regionale Einheiten stützen. Das Deutschland nach Hitler sollte sich nicht rückwärts an Weimar, sondern müsste sich zukunftsgestaltend an Europa orientieren. Die deutsche Kultur und christliche Werte sollten eine ethisch fundierte Gesellschaft prägen. Erwachsenenbildung habe gemeinschaftliches Weiterbilden zu organisieren, welches subjektiv sinnvolles Dasein ermöglichen sollte und Verantwortungsbewusstsein für die Gemeinschaft zu entwickeln habe. Dafür arbeitete A. Reichwein – und dafür wurde er ums Leben gebracht.

Dr. Georg Fischer

Kernmühleweg 2
74850 Schefflenz
Tel.: 06261 79231



Volker Leppin, Werner Zager
(Hrsg.)

Reformation heute Band II: Zum modernen Staatsverständnis

€ 34,00, 138 S., Leipzig 2016
Evangelische Verlagsanstalt
ISBN 978-3-374-04560-0

„Wie hältst Du es mit dem Staat?“ – das ist die Gretchenfrage an alle Religionsgemeinschaften aktuell. Und es ist eine Frage, die speziell den Protestantismus seit seinen reformatorischen Ursprüngen umgetrieben hat und auch 500 Jahre danach noch umtreibt. Dabei wird immer wieder die Vermutung geäußert, die auch zum Verdacht und zum Vorwurf werden kann, dass gerade das Luthertum staatstragend und obrigkeitlich konform agiert und sich dementsprechend entwickelt hat. Umso wichtiger ist, gerade im Gedächtnis- und Wahljahr 2017 und in den politischen Umbrüchen der Zeit, die Gretchenfrage nochmals zu stellen. Antworten darauf bietet das kleine Bändchen „Zum modernen Staatsverständnis“ als Band II der Reihe „Reformation heute“. Darin werden theologische und staatsrechtliche Theorien mit Veränderungen von Kirche und Staat – vornehmlich in Deutschland – zusammengebracht, und dies in Beiträgen, die den geschichtlichen Entwicklungen nachdenken und, was für einen Sammelband von Relevanz ist, gedanklich ineinandergreifen: „Luther vor Kaiser und Reich“, „Die Änderung der politischen Landschaft durch die Reformation“, „Staat und Luthertum im Dreißigjährigen Krieg“, „Evangelische Staatslehre zwischen Hobbes und Kant“, „Protestantismus und Staat in der Neuzeit“, „Obrigkeitsglauben und Obrigkeitskritik im 20. Jahrhundert“ und „Gesellschaftliche Verantwortung in der synodal verfassten Kirche“.

Kann man 500 Jahre lutherisches Staatsdenken auf eine Linie bringen? Die Beiträge warnen vor einer einlinigen Antwort, die sich unter dem Stichwort einer „Zwei-Reiche-Lehre“ selbsterklärend zusammenfassen ließe. Vielmehr führen

sie hinein in zeitbedingte politische Konstellationen, in denen dann evangelische Theologie und speziell die lutherische Kirche sich im Staat (oder vorsichtiger: der politischen Institutionalisierung von Herrschaft) und dem Staat gegenüber einbringen. Dass sie es tun, sich theoretisch und praktisch einbringen, darin mag man bereits eine erste Konstante erkennen: Luthertum verantwortet das, was Staat oder Obrigkeit ist, mit – und sieht umgekehrt theologisch wie staatsrechtlich Staat und Obrigkeit in der Verantwortung für die Organisation von Kirche, die Gestaltungsräume für Religionsgemeinschaften und die freie Ausübung des Glaubens. Diese Verantwortung wiederum korrespondiert mit einer durch die letzten 500 Jahre hindurch überraschend hohen Konsistenz und Kontinuität staatlichen Handelns im Blick auf Kirchen, Religion und Glaube. Dies bedeutet aber auch, dass diese Verhältnisbeziehung immer neu auszutarieren und zu bestimmen ist. In welcher Vielfalt das geschehen ist, darüber geben die Beiträge dieses Bandes in hervorragender Weise – gelehrt, informativ, gut lesbar – Auskunft.

Der Ausgangspunkt bei Luther bzw. der theo-politischen Urszene, dem Reichstag zu Worms 1521, ist gut gewählt, verbinden sich doch hier explizit theologische Perspektiven, nämlich die Unterscheidung von ‚weltlich‘ und ‚geistlich‘ mit konkretem politischen Handeln. Signifikant ist, wie hier etwa unter Drängen von Kurfürst Friedrich dem Weisen Ständevertreter Kompetenz und Verantwortung in der Beurteilung und Entscheidung zu geistlichen Fragen beanspruchen. Diese Ausweitung des politischen Bereichs war umgekehrt gestützt durch die theologische Vorstellung eines Priestertums aller Getauften, die dem Herrscher auch in geistigen Dingen, bis hinein zur Leitung der Kirche, qua Herrscheramt Leitungskompetenz zuschreibt.

Ausgesprochen spannend ist der Beitrag von Klaus Dicks, Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Uni Jena, „Evangelische Staatslehre zwischen Hobbes und Kant“. „In den ca. 150 Jahren zwischen Hobbes und Kant, zugleich zwischen dem Westfälischen Frieden und der Französischen Revolution, entstand in Europa ein reicher Fundus an staatsrechtlichen Publikationen, deren überwiegenden Teil man als ‚evangelische Staatslehre‘ bezeichnen kann.“ (S. 69) Dies bedeutet: Im Ausgangspunkt weltlicher Staatstheori-

en findet sich speziell evangelisches Gedankengut. Der Grund war schlicht: Ein Wandel in der Organisationsform Staat hin zu einem regelgeleiteten, autonomen Territorialstaat suchte zur Vergewisserung nach einer neuen Theorie des Staates und nach neuer Organisationspraxis. Hier beteiligten sich evangelische, vor allem lutherische Theologen bezogen auf ihren Territorialstaat (das Pfarrhaus spielte dabei eine wesentliche Rolle) und an protestantischen Universitäten etwa wurde Politik zum Pflichtfach. Dabei wurde inhaltlich der absolutistische Wohlfahrtsstaat legitimiert, dem Gehorsam geschuldet ist. Zugleich wächst aber mit dem Naturrecht, der Vertragslehre und vor allem in calvinistischer Tradition mit der anthropologisch begründeten Partizipation des Einzelnen eine Art Bürgerrecht heran. Womit dann auch ein spannungsgeladenes Szenarium eröffnet ist: Der Wohlfahrtsstaat hat nicht an sich ein Recht auf Gehorsam, wohl aber, solange er der Wohlfahrt aller dient – und darauf zu achten, obliegt zunehmend der bürgerlichen Gesellschaft. Diese Konstellation hat sich dann nach dem Zweiten Weltkrieg so ausbuchstabiert, dass die Kirche, speziell die evangelische Kirche in Deutschland, nun – in einem längeren Prozess – ein prinzipielles Ja zum demokratischen Rechtsstaat formuliert und zugleich das Wächteramt der Kirche als eine Aufgabe im Kontext der Zivilgesellschaft für sich reklamiert.



Karl-Heinz Dejung/Gert Rüppell
**Ökumenische
 Gemeinschaft im Wandel
 der Zeiten**

**Interkulturelle und interreligiöse
 Perspektiven der ökumenischen
 Bewegung**

€ 24,80, 366 S., Berlin 2016
 EB-Verlag Dr. Brandt
 ISBN 978-3-86893-212-6

Der Untertitel dieser ebenso theologischen wie historischen Darstellung der ökumenischen Bewegung und ihrer institutionellen Gestalt im Ökumenischen Rat der Kirchen benennt die Perspektive der Untersuchung, die auf Vorlesungen und Seminare der Autoren, beides ausgewiesene Ökumeniker, zurückgeht. Die ökumenische Bewegung und ihre institutionellen Kontexte werden unter der Frage dargestellt und diskutiert, was sie zu ihrer Zeit und insbesondere in unserer Gegenwart für interkulturelle und interreligiöse Begegnungen leisten. So hat das Buch immer Geschichte und Gegenwart im Blick, wie es sich auszeichnet durch einen durchgängigen Zusammenhang von historischen und theologischen Fragestellungen.

Dabei ist ein besonderes Buch entstanden – nicht nur weil es zu dem ökumenisch-theologischen Vermächtnis eines der Autoren (K.-H. Dejung) geworden ist, sondern vor allem, weil es persönlich erlebte – gestaltete und erlittene – Ökumenegeschichte, ökumenisches Zeugnis und wissenschaftliche Darstellung miteinander verknüpft. Vielleicht kann auch nur so authentisch ökumenische Geschichte geschrieben werden.

Der letzte Beitrag des Bandes „Gesellschaftliche Verantwortung in der synodal verfassten Kirche“ spielt dieses Grundverhältnis von synodal verfasster Kirche in einem demokratischen Rechtsstaat nochmals durch. Doch leider überwiegt hier der Blick auf eine konkrete Kirche innerhalb der EKD – worin sich zum einen zwar der Charme des Protestantisch-Regionalen widerspiegeln mag, zum anderen aber auch ein Defizit dieses Bandes zum Ausdruck kommt: der Mangel an europäischer Perspektive. In etlichen Beiträgen klingt diese als neue Herausforderung, den europäischen Staatenverbund neu zu denken, zwar an, wird aber im Ausblick nicht weiter verfolgt und daher vom Leser schmerzlich vermisst: Man bleibt deutsch-territorial. Auch hier ist die Reformation unvollendet.

Das Buch ist ein gelungener Beitrag zur politischen Bildung und eine Motivation für die Erwachsenenbildung. Wohl nicht zufällig wird in diesem Buch darauf verwiesen, dass es für den modernen Staats-Kirchen-Diskurs einen herausgehobenen Ort gibt: die Evangelischen Akademien.

Prof. Dr. Hans Jürgen Luibl
 Evang. Stadtakademie Erlangen

In 14 Kapiteln und einem biographischen Nachwort erläutern die Autoren die Geschichte wie die zentralen theologischen Themen und Debatten der ökumenischen Bewegung von ihren vorinstitutionellen Anfängen bis zu den gegenwärtigen Krisen im Sinne von Schwierigkeiten und damit zusammenhängenden Chancen der Weiterentwicklung der ökumenischen Bewegung sowie des „Global Christian Forum“ und des Ökumenischen Rates der Kirchen, wobei für die Autoren feststeht: „Ohne einen aktiven ÖRK wird es je länger desto weniger eine lebendige Ökumenische Bewegung geben!“ (339) Und: „Die Ökumenische Bewegung ist mehr als der ÖRK. [...] Die Ökumenische Bewegung droht, ohne den ÖRK bzw. ein ihm vergleichbares Instrument, zu zerfließen und zu verkommen. Die Frage der Zukunft der Ökumenischen Bewegung wird von der Zuordnung beider Thesen abhängen.“ (338)

Auf erste Kapitel zur Geschichte folgt eine Darstellung der Akteure der neuzeitlichen ökumenischen Bewegung, die themen- und aktionsübergreifend als Lernbewegung dargestellt wird. Nach einer solchen zunächst historischen Herangehensweise ergeben sich daraus nun thematische, eher systematisch-theologische Schwerpunktsetzungen zu missionswissenschaftlichen, hermeneutischen, ekklesiologischen sowie ethischen Themenbereichen der Arbeit des ÖRK und seiner weltweiten Arbeitsgruppen. In einem weiteren Abschnitt kommen die Beziehungen zu den ‚Konfessionsfamilien‘ in den Blick: die römisch-katholische Kirche, die orthodoxen Kirchen, die quer zu den traditionellen Konfessionsgrenzen entstehenden Pfingstkirchen (und das Global Christian Forum) sowie – diesen Teil abschließend – eine Darstellung des deutschen Protestantismus in der ökumenischen Bewegung. Das Buch schließt mit Kapiteln zu Einsprüchen und Widersprüchen gegen die ökumenische Bewegung sowie zu deren Krisen und Zukunft sowie dem bereits erwähnten eher biographischen Nachwort.

Quasi quer zu diesen Darstellungen haben die Autoren in allen Kapiteln die jeweils interreligiösen Herausforderungen und interkulturellen Aufgabenstellungen eingearbeitet, die sich für sie beispielsweise aus dem ‚einen‘ Evangelium in den vielen Kulturen oder aus dem vielgestaltigen Christentum in der einen Welt mit ihren vielen Religionen ergeben. So lässt sich das Buch auch als ein Kompendium interreligiöser und interkultureller Themen- und Aufgabenstellungen lesen, die auf der gegenwärtigen Agenda der ökumenischen Bewegung auf Weltebene wie innerhalb der partikularen Christentümer in ihren jeweils lokalen und regionalen, religiösen und kulturellen Kontexten stehen. Dabei gelingt es den Autoren, das „bleibend wichtige“ aus der Geschichte der ökumenischen Bewegung und zugleich das „jetzt dringliche“ (Dietrich Ritschl hat dieses Doppelte als die (!) theologische Aufgabe formuliert) ihrer Themen klar herauszustellen.

Damit ist das Buch m. E. insgesamt als „challenge“ zu lesen, die auf die Antwort der Lesenden aus ist. Diese Lesenden sehe ich in ganz unterschiedlichen kirchlichen und außerkirchlichen Zusammenhängen. Es werden solche sein, die sich einen ersten kurzen Überblick über die ökumenische Bewegung verschaffen und wissen wollen, was das ‚eigentlich‘ ist. Es werden solche sein, die als ‚alte Hasen und Häsinnen‘ der Ökumene interessiert sind an dem Blickwinkel der beiden Autoren Karl-Heinz Dejung und Gert Rüppell. Und schließlich gehören solche dazu, die das Buch selbst in ganz unterschiedlichen institutionellen oder libertären Kontexten als Lehrbuch ihrer Veranstaltungen nutzen möchten, was anhand

der vielen Originalzitate sehr gut möglich ist. Dazu sollten m.E auch evangelische Erwachsenenbildner/innen sich aufmachen.

War die ökumenische Bewegung in ihrem Beginn eine Lernbewegung, die an den Rändern der Großkirchen vorwiegend von Laien getragen wurde, so könnte hier für die evangelische Erwachsenenbildung von ihrem Selbstverständnis her eine besondere Chance liegen, waren doch die „magic words“ ökumenischer Bildungsarbeit allesamt auch einmal Zentralwörter theologisch-politischer evangelischer Erwachsenenbildung: „global denken – lokal handeln“, „Kampf und Kontemplation“, „einfach leben, damit andere einfach leben können“, „Konziliarität“ und „versöhnte Verschiedenheit“ (vgl. 98f.). Und es gab ja nicht nur die „magic words“, sondern vor allem auch die „magic persons“, die zugleich bedeutende Ökumeniker/innen und bedeutende Erwachsenenbildner/innen waren: Elisabeth Adler und Johanna Linz oder Ernst Lange und Werner Simpfendörfer. Lässt sich daran unter veränderten Bedingungen und vielleicht mit neuen Wörtern und ganz sicher neuen Personen, die jene Ausstrahlungs- und Anziehungskraft entfalten, anknüpfen? Ich möchte es mir wünschen!

Prof. Dr. Gottfried Orth

TU Braunschweig

Seminar für Evangelische Theologie und Religionspädagogik

g.orth@tu-bs.de.

» Veranstaltungstipps

Termin/ Veranstaltungsort	Veranstaltung	Kontakt & Information
19.–20.05.2017	<p>Rechtspopulismus in Europa – Hintergründe und Ursachen</p> <p>Bereits seit den achtziger Jahren gewinnen rechtspopulistische Strömungen in Europa an Einfluss. Zum Spektrum gehören nationalistische Parteien wie auch identitäre Bewegungen, die Europaskepsis und Islamfeindlichkeit schüren. Mit ihren jüngsten Wahlerfolgen und durch die Präsenz im Europaparlament stellen sie das Projekt einer toleranten, solidarischen, sozialen und pluralistischen Europäischen Union infrage und bedrohen die europäische Idee einer Gesellschaft, die allen Menschen offen steht. Die Tagung fragt nach den politischen Hintergründen und nach Perspektiven für ein menschenfreundliches Europa.</p>	<p>Ev. Akademie Bad Boll http://www.ev-akademie-boll.de/tagung/620717.html</p>
22.–23.05.2017 Ludwigshafen	<p>Fachkonferenz „Mehr(-)Wert als Zahlen – Wert, Wirkung und Nutzen der Erwachsenen- und Weiterbildung“</p> <p>Was kann der Mehrwert von Erwachsenen- und Weiterbildung sein? Wie kann man ihn transparent beschreiben? Wie kann man ihn begründet einschätzen? Die Tagung soll Anregungen für den eigenen Arbeitsalltag vermitteln. Dazu stellt sie Beispiele vor und zur Diskussion, wie Mehrwert in der Erwachsenen- und Weiterbildung gefasst werden kann.</p>	<p>Europäische Agenda Erwachsenenbildung (bestehend aus dem Bildungsbereich Erasmus+ Erwachsenenbildung, den Nationalen Koordinierungsstellen der Europäischen Agenda für Erwachsenenbildung und der ePlattform für Erwachsenenbildung in Europa (EPALE)) https://www.agenda-erwachsenenbildung.de</p>
24.–25.05.2017 Loccum	<p>Tagung Europa? Europa!</p> <p>Welche Vorstellungen haben wir von Europa und von einzelnen Nachbarländern? Welche Chancen liegen in den persönlichen Kontakten? Wie können wir sensibel werden für die interkulturellen Unterschiede? Wie können wir unser eigenes Land und unsere Kultur anderen verständlich machen?</p>	<p>Ev. Akademie Loccum http://www.loccum.de</p>
25.05.2017 Hattingen	<p>MultiplikatorInnenqualifizierung Rechtsextremismus: Prävention und Intervention 25.05.–11.12.2017</p> <p>Rechtsextremismus und Rassismus rücken zunehmend in den Alltag von Menschen vor. Das Fortbildungskonzept „MultiplikatorInnenqualifizierung Rechtsextremismus: Prävention und Intervention“ setzt hier an und versetzt angehende MultiplikatorInnen in die Lage, in unterschiedlichen Settings qualifiziert gegen rechte und menschenverachtende Einstellungen zu handeln.</p>	<p>Bundeszentrale für politische Bildung/bpb und DGB Bildungswerk Bund http://www.bpb.de</p>
29.–30.05.2017 Mainz	<p>Zukunft der institutionellen Familienbildung – Die Bedeutung der Familienbildungsstätten im sozialen und pastoralen Raum</p> <p>Jahrestagung für Leitungskräfte in Einrichtungen der Familienbildung</p>	<p>familienbildung deutschland Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Einrichtungen der Familienbildung, Düsseldorf http://www.familienbildung-deutschland.de</p>

31.05.2017 Hannover	AdB-Fachtagung: Neue Kriege – neue Wege zum Frieden? Aktuelle Herausforderungen für die politische Bildung	
	<p>Die Fachtagung soll durch verschiedene Inputs und Diskussionen Wege aufzeigen, wie politische Bildner/innen auf aktuelle Konflikte und damit verbundene Herausforderungen reagieren können und welche friedenspädagogischen Konzepte helfen, sich für ein friedliches Zusammenleben einzusetzen und Verunsicherungen abzubauen. Es wird diskutiert, wie Wissenschaft und Politik die politische Bildung in ihrer friedenspolitischen Arbeit unterstützen können.</p> <p>Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es, um Verantwortung für den Frieden jenseits militärischer Mittel zu denken und ernst zu nehmen? Und welche Rolle kommt in diesem Zusammenhang der politischen Bildung zu?</p>	<p>Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V./ Institut für Didaktik der Demokratie an der Leibniz Universität Hannover (IDD) / Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung/in Koop. mit der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung Niedersachsen (AEWB) http://www.adb.de</p>
31.05.–01.06.2017 Berlin	Fachtagung „Rechte Werte und Familie“	
	<p>Familie spielt im Zusammenhang mit rechter Politik in doppelter Hinsicht eine zentrale Rolle: Zum einen bekennen sich rechte Bewegungen und Parteien immer lautstarker zu einem reaktionären Familienbild, zum anderen ist die Familie einer der wichtigsten Sozialisationsorte für die Herausbildung und Weitergabe von Werten.</p>	<p>Zukunftsforum Familie e.V. in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. http://www.zukunftsforum-familie.de</p>
07.06.2017 Köln	Fachtagung Demokratie und der Streit um Werte	
	<p>Was hält die offene Gesellschaft noch zusammen? Welche Herausforderungen werden an Schulen gestellt, wenn unterschiedliche Wertorientierungen aufeinanderprallen? Die Tagung präsentiert wissenschaftliche Forschung und deren Übersetzung in Praxis und Didaktik.</p>	<p>Bundeszentrale für politische Bildung/bpb in Kooperation mit dem Verein zur Förderung der Philosophie phil e.V. http://www.bpb.de</p>
15.–16.06.2017 Berlin	9. Kulturpolitischer Bundeskongress: WELT.KULTUR.POLITIK. Kulturpolitik und Globalisierung	
	<p>Die Globalisierung und die sie vorwärtstreibenden Kräfte und Motive werden von einem nicht unwesentlichen Teil der Bevölkerung grundsätzlich in Frage gestellt. Kultur- und Bildungspolitik stehen deshalb nicht nur vor der Herausforderung, sich konzeptionell neu aufzustellen, sondern sich auch demokratiepolitisch zu positionieren und die Menschen in die Lage zu versetzen, Sinn und Orientierung zu finden und sich für die kulturelle Demokratie neu begeistern zu können. Der 9. Kulturpolitische Bundeskongress will dazu einen Beitrag leisten.</p>	<p>Kulturpolitische Gesellschaft und Bundeszentrale für politische Bildung/bpb http://www.bpb.de</p>
19.–21.06.2017 Bad Herrenalb	Zentrale Jahrestagung der EKFuL 2017: Fremdsein und Fremdheitserfahrungen in der psychologischen Beratung	
	<p>Jede/r von uns kennt die Erfahrung, sich fremd zu fühlen: in seiner Umgebung, in seinen Beziehungen und in sich selbst. Auch Ratsuchende kommen mit vielfältigen Fremdheits- und Entfremdungserfahrungen in die Beratung. Dort begegnen ihnen Berater/innen, die eine eigene Geschichte mit Fremdheit und Befremdung mitbringen. Was geschieht, wenn diese unterschiedlichen oder auch ähnlichen Erfahrungen mit Fremdheit aufeinandertreffen?</p>	<p>Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e. V. EKFuL http://www.ekful.de/veranstaltungen/aktuelle-ekful-veranstaltungen/</p>
23.–24.06.2017 Tutzing	Gender – Migration – Öffentlichkeit	
	<p>Politische Herausforderungen durch Zuwanderung, rechtslastige Strömungen und Anti-Genderismus rücken Frauenrechte und sexuelle Selbstbestimmung in den Fokus. Wird hier Geschlechtergleichheit als Lackmustest der Integration zweckentfremdet? Differenzierte Blicke auf die kontroverse und schwierige Verquickung von Migration, Flucht, Öffentlichkeit und Geschlecht.</p>	<p>Ev. Akademie Tutzing http://www.ev-akademie-tutzing.de</p>

26.06.–07.07.2017 Bromma bei Stockholm	Bibliodrama Facilitator Basis Course	
	Ein Basiskurs nach den Richtlinien des Europäischen Netzwerks Bibliodrama mit besonderem Schwerpunkt auf die Arbeit in kulturell und sprachlich gemischten Gruppen. Das Zertifikat setzt ein anschließendes Praxisprojekt voraus. Fünf fünftägige Aufbaumodule in unterschiedlichen Ländern führen den Kurs weiter zur Qualifikation als Bibliodramaleiter/in. Kurssprache ist einfaches Englisch. Die Fortbildungsdezentrate der Landeskirchen nehmen Anträge auf Unterstützung entgegen.	Gesellschaft für Bibliodrama, Berlin http://www.bibliodrama-gesellschaft.de
30.06.–02.07.2017	Tagung: Die Reformation, das Recht und unser Rechtsstaat – Wirkungen der Reformation in Kirchenrecht und staatlicher Rechtssetzung	
	Im Rahmen eines kirchengeschichtlichen und -rechtlichen Seminars der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen beschäftigt sich diese Tagung exemplarisch und interdisziplinär mit der durch die Reformation nötig gewordenen Neuaufstellung des Kirchenrechtes, reformatorischen Kirchenordnungen und der neuen Verhältnisbestimmung von Kirche, Recht und Staat. Darüber hinaus geht es um die rechtsgeschichtlichen Folgen der Reformation und die durch sie beförderte Verrechtlichung im frühmodernen Staat. Diese Tagung ist offen für alle, die an den Fragen zu den Folgen der Reformation und den Grundlagen unseres Rechtsstaates interessiert sind.	Evangelische Akademie Bad Boll http://www.ev-akademie-boll.de
10.–12.07.2017 Bad Alexandersbad	Dimensionen der Machtkritik – ‚Das Politische‘, politische Bildung und politische Praxis	
	Wie die Erfolge nationalistischer und fremdenfeindlicher rechtspopulistischer Parteien in allen Staaten der EU möglich geworden und zu verstehen sind, ist zur zentralen Herausforderung der politischen Erwachsenenbildung geworden. Über die Diagnosen des postdemokratischen Zustands der EU hinaus sollen in der 8. Werkstatt kritische Bildungstheorie religiöse, wissenschaftliche und politische Dimensionen der Machtkritik als Impulse einer Neuorientierung der politischen Erwachsenenbildung entwickelt und diskutiert werden.	Evangelisches Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad http://www.Werkstatt-kritische-Bildungstheorie.de
11.09.2017– 17.01.2018	Zertifikatskurs Fortbildung zum Interkulturellen Trainer (w/m)	
	Unsere Gesellschaft lebt davon, dass Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen solidarisch miteinander leben und arbeiten. Dies ist nicht immer einfach und erfordert neue Kompetenzen. In der zertifizierten „Fortbildung zum interkulturellen Trainer (m/w)“ erwerben die Teilnehmenden die Kompetenzen, um eigenständig interkulturelle Trainings konzipieren und durchführen zu können. Konkret geht es um das Erkennen der eigenen „kulturellen Brille“, die Analyse und den Umgang mit interkulturellen Chancen, Konflikten, Toleranzansätzen und Wertvorstellungen. Die Teilnehmenden erhalten unterstützend Zugang zu einem E-Learning-Modul mit allen Materialien und der Möglichkeit zur Kommunikation.	Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Westfalen und Lippe e.V., Dortmund http://www.ebwwest.de
22.–24.09.2017 Bremen	Tagung: Hier stehen wir – können wir auch anders? Reformation und Aufklärung: Impulse für den Gottesdienst	
	Das 500. Reformationsjubiläum bildet einen guten Anlass, darüber nachzudenken, in welcher Weise eine Reformation der evangelischen Kirche im 21. Jahrhundert Gestalt annehmen kann. Dies wird Gegenstand der Tagung sein, wobei der Gottesdienst im Fokus stehen soll. Hier gilt es nicht nur Impulse der Reformation, sondern auch der Aufklärung fruchtbar zu machen. Ist es doch für den liberalen Protestantismus ein wesentliches Anliegen, den christlichen Glauben gerade auch als eine Option für den aufgeklärten Menschen zur Sprache zu bringen.	Bund für Freies Christentum, Evangelische St.-Remberti-Gemeinde Bremen und Evangelische Erwachsenenbildung Worms-Wonnegau Tel.: 06241-87970, E-Mail: ev.erwachsenenbildung@t-online.de

» Nehmen Sie sich Zeit für Bildung im Erwachsenenalter!

Unsere Themenschwerpunkte

Einsendungen zu den Themenschwerpunkten sind erwünscht. Bitte nehmen Sie hierzu frühzeitig Kontakt mit der Redaktion auf. Änderungen der Planung vorbehalten.

Ausgabe 3/2017 (erscheint am 06.08.2017):

Armut – arm an Mut?

Arm sind in Deutschland diejenigen, die sich von Zwängen, Zwielt und Zweifel nicht vehement genug lossagen. Niemand schlittert hier einfach in Abhängigkeit, Demoralisierung und Destruktivität, jeder Armutsfall hat seine eigene Geschichte. Arme bildungsferne Menschen sind von Fall zu Fall zu reintegrieren und dabei ist Bildung im Lebenslauf vor allem als berufliche Qualifizierung oder als Prävention gefragt. Weitergehende Bildungsangebote scheitern an mangelnden Voraussetzungen und fehlenden Interessen. Wo bestenfalls Grundbildung möglich ist, helfen bürgerliche Bildungsideale nicht weiter. Ein christliches Ideal, mutwillig in Armut zu leben, hat es nie gegeben ... Oder?

Ausgabe 4/2017 (erscheint am 13.11.2017):

alleinstehend/eigenständig

Nüchtern betrachtet zählen zur alleinstehenden Bevölkerung nicht allein Witwen und verlassene oder partnersuchende Frauen. Hinzugekommen sind längst auch Männer mit ausgeprägten sozialen Netzen, Mütter, die sich in keiner Übergangs- oder Lebensendphase sehen, Ältere, die neue Wohnformen für sich entdeckt haben oder weibliche Singles, die in ihrem Nahfeld eigenständig bleiben wollen. – Wie also können Bildungsangebote auf die Lebensform ‚Single‘ zugeschnitten sein?

» Impressum

forum erwachsenenbildung

Die evangelische Zeitschrift für Bildung und Lebenslauf

50. Jahrgang, Heft 2/2017
ISSN 1433-769X

Herausgegeben von der

Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für
Erwachsenenbildung e.V. (DEAE)
Schreiberstraße 12, 48149 Münster
Tel.: 0251 98101-43
E-Mail: info@deae.de
www.deae.de

in Zusammenarbeit mit dem
Comenius-Institut

Evangelische Arbeitsstätte für Erziehungswissenschaft e.V.
Schreiberstraße 12, 48149 Münster
Tel.: 0251 98101-0, Fax: -50
E-Mail: info@comenius.de
www.comenius.de

Redaktionsbeirat:

Martin Becher, Annette Berger, Karola Büchel, Gerrit Heetderks, Dr. Klaus Heuer, Dr. Karin Jurczyk, Dr. Steffen Kleint, Prof. Dr. Ulrich Klemm, Prof. Dr. Hans Jürgen Luibl, Dr. Andreas Mayert, Prof. Dr. Arnulf von Scheliha, Prof. Dr. Freimut Schirmmacher.

Redaktion und Schriftleitung:

Dr. Steffen Kleint

Herstellung, Verlag und Vertrieb:

Waxmann Verlag GmbH
Steinfurter Straße 555, 48159 Münster

Unsere Empfehlung: Ein Jahresabonnement für jeweils vier Ausgaben der *forum erwachsenenbildung* inklusive Zugang zur Online-Ausgabe für € 25,-.

Weitere Informationen unter
[www.waxmann.com/
forumerwachsenenbildung](http://www.waxmann.com/forumerwachsenenbildung)

Jahresabo
ab
€ 20,-

Leserservice:

Daniela Langer

Tel.: 0251-26504-23

Fax: 0251-26504-26

E-Mail: langere@waxmann.com

Bezugsbedingungen für ein Jahresabonnement (4 Ausgaben) der *forum erwachsenenbildung*: € 25,- (zzgl. Versandkosten); ermäßigtes Abonnement für Studierende: € 20,- (zzgl. Versandkosten), bitte gültige Studienbescheinigung beilegen; Online-Abonnement: € 20,-. Das Abonnement läuft bis auf Widerruf, zumindest jedoch für ein Kalenderjahr. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Jahresende. Einzelhefte können für € 9,90 (inkl. Versandkosten) bezogen werden.

Bildnachweise:

Titelbild und Seite 4: © magele-picture / fotolia.com; S. 14: © E. Zacherl / fotolia.com; S. 21: © TZIDO SUN / Shutterstock.com; S. 26, 27: © Wolfgang Rappel / InterACT; S. 44 oben: © Melanie Lemahieu / Shutterstock.com; S. 44 unten: © Shanti Hesse / Shutterstock.com; S. 48: © flyparade / istockphoto.com; S. 50, links: © PROKINO Filmverleih GmbH; S. 50, Mitte: © DCM Film Distribution GmbH; S. 50, rechts: © Pandora Filmverleih

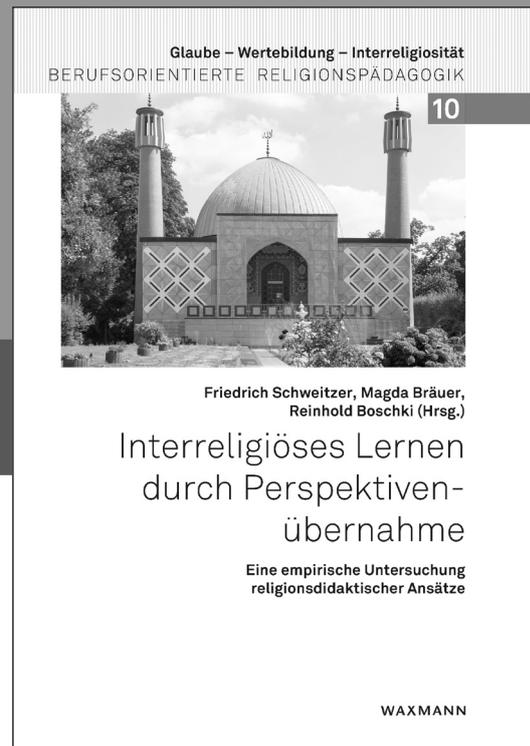
»» Unsere Buchempfehlung

www.waxmann.com | info@waxmann.com | order@waxmann.com

Friedrich Schweitzer, Magda Bräuer,
Reinhold Boschki (Hrsg.)

Interreligiöses Lernen durch Perspektivenübernahme Eine empirische Untersuchung religionsdidaktischer Ansätze

Interreligiöses Lernen ist ein Schlüsselthema, das nicht nur für Religionsunterricht und Religionspädagogik eine zentrale Bedeutung gewonnen hat, sondern für Bildung und Schule insgesamt. Dabei wird erwartet, dass Wissen über verschiedene Religionen erworben und die Fähigkeit zu einer religionsbezogenen Perspektivenübernahme ausgebildet wird. Doch welche Ziele lassen sich durch interreligiöses Lernen in der Schule tatsächlich erreichen?



Glaube – Wertebildung – Interreligiosität,
Band 10, 2017, 264 Seiten, br., 29,90 €,
ISBN 978-3-8309-3573-5
E-Book: 26,99 €, ISBN 978-3-8309-8573-0

Der vorliegende Band stellt die Frage nach der Wirksamkeit interreligiösen Lernens ins Zentrum. Dazu werden verschiedene didaktische Realisierungsformen mithilfe von Methoden der Empirischen Bildungsforschung am Beispiel des Religionsunterrichts im beruflichen Bildungswesen untersucht. Der entsprechende Unterricht bezieht sich auf die Themen „Religionen und Gewalt“ sowie „Islamic Banking“. Die Befunde eröffnen zugleich Perspektiven für die Gestaltung von Religionsunterricht und tragen damit zur Weiterentwicklung der schulischen Praxis auch in anderen Schularten bei.

WAXMANN

» Unsere Buchempfehlung

www.waxmann.com | info@waxmann.com | order@waxmann.com

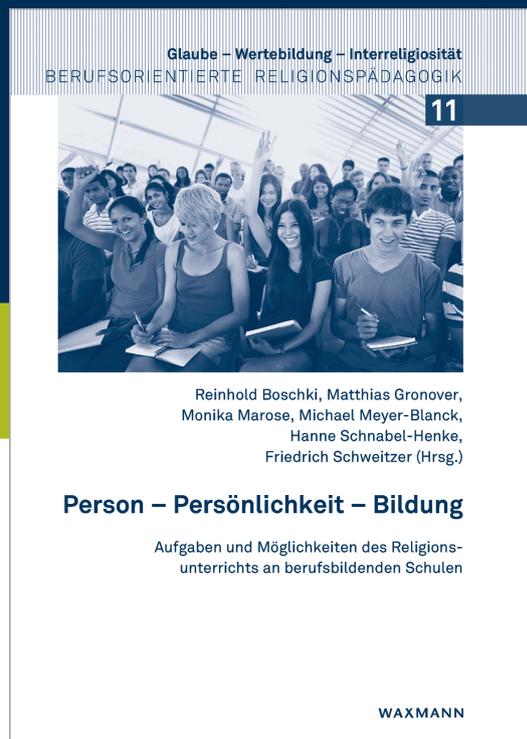
Reinhold Boschki, Matthias Gronover,
Monika Marose, Michael Meyer-Blanck,
Hanne Schnabel-Henke, Friedrich Schweitzer (Hrsg.)

Person – Persönlichkeit – Bildung

Aufgaben und Möglichkeiten des Religions-
unterrichts an berufsbildenden Schulen

Wie lässt sich Bildung im Sinne von Persönlichkeitsbildung im Horizont zweckrationaler Ausbildung verstehen? Welchen spezifischen Beitrag kann religiöse Bildung hierzu leisten? Welche Relevanz haben dabei Leitbegriffe wie Menschenwürde, Bildung, Identität oder Beziehung? Und: Welche Praxisfelder stellen Bewährungskontexte dar, in denen sich religiöse Bildung realisiert?

Diesen Fragen gehen die Autorinnen und Autoren des vorliegenden Bandes aus verschiedenen Disziplinen



Glaube – Wertebildung – Interreligiosität,
Band 11, 2017, 194 Seiten, br., 24,90 €,
ISBN 978-3-8309-3592-6
E-Book: 21,99 €, ISBN 978-3-8309-8592-1

(Religionspädagogik, Sozialpsychologie, Berufspädagogik, berufliche Schulen) nach. Weitere Beiträge aus kirchlicher Sicht stammen von Kardinal Karl Lehmann und Bischof em. Wolfgang Huber. Die Expertinnen und Experten erörtern in ihren Beiträgen die Facetten einer subjektorientierten und berufsorientierten Religionspädagogik, mit der die Bedeutung der religiösen Bildung für die Persönlichkeitsbildung und als Teil der beruflichen Bildung identifiziert wird.

WAXMANN